

Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission 1913



August Graf von Limburg-Stirum

Fürstbischof von Speier

Miniaturbilder aus einem geistlichen Staate im 18. Jahrhundert
von

Jakob Wille.

Karl Winter's Universitätsbuchhandlung
Heidelberg.

Die „Neujahrsblätter der Badischen Historischen Kommission“ sollen in gemeinverständlicher Sprache enthalten:

1. Blätter aus der Geschichte des Großherzoglich Badischen und der jetzt das Großherzogtum Baden bildenden Landesteile von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. 2. Lebensbeschreibungen hervorragender Fürsten und verdienter Männer aller Stände. 3. Darstellungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens, aus Geschichte, Literatur, Kunst usw.

Die Neujahrsblätter wenden sich, im Gegensatz zu den von der Badischen Historischen Kommission herausgegebenen wissenschaftlichen Quellenwerken, an die weitesten Kreise unseres Volkes, um die Kunde der Vergangenheit unserer Heimat zu verbreiten und die Liebe zur vaterländischen Geschichte zu wecken und zu nähren. Sie finden daher auch außerhalb der Grenzen unseres engeren Vaterlandes Würdigung und Interesse.

Die „Neue Folge“ der Neujahrsblätter erscheint in Heften zu dem mäßigen Preise von je 1 M. 20, von denen jährlich gegen Neujahr eines ausgegeben wird. Das 16. Neujahrsblatt ist auch in besserem Einband für 2 M. käuflich.

Erschienen sind:

- Heft 1. 1898. **Römische Prälaten am deutschen Rhein. 1761—1764.** Von Friedrich von Weech.
- Heft 2. 1899. **Johann Georg Schlosser.** Von Eberhard Gothein.
- Heft 3. 1900. **Konstanz im Dreißigjährigen Kriege. 1628—1633.** Von Konrad Beyerle.
- Heft 4. 1901. **Baden zwischen Neckar und Main in den Jahren 1803—1806.** Von Peter P. Albert.
- Heft 5. 1902. **Samuel Friedrich Santer. Ausgewählte Gedichte.** Eingeleitet und herausgegeben von Eugen Kilian.
- Heft 6. 1903. **Bilder vom Konstanzer Konzil.** Von Hch. Finke.
- Heft 7. 1904. **Deutsche Heldenjagen im Breisgau.** Von Friedrich Panzer.
- Heft 8. 1905. **Die Besitznahme Badens durch die Römer.** Von Ernst Fabricius.
- Heft 9. 1906. **Kupprecht der Kavalier, Pfalzgraf bei Rhein (1619 bis 1682).** Von Karl Hauck.
- Heft 10. 1907. **Der Breisgau unter Maria Theresia und Joseph II.** Von Eberhard Gothein.
- Heft 11. 1908. **Der Minnesang im Lande Baden.** Von Fridr. Pfaff.
- Heft 12. 1909. **Mittelalterliche Gesundheitspflege im heutigen Baden.** Von Karl Baas.
- Heft 13. 1910. **Die badischen Markgrafschaften im 16. Jahrhundert.** Von Eberhard Gothein.
- Heft 14. 1911. **Die Anfänge des Christentums und der Kirche in Baden.** Von J. Sauer.
- Heft 15. 1912. **Baden nach dem Wiener Frieden 1809.** Von Willy Andreas.
- Heft 16. 1913. **August Graf von Limburg-Stirum, Fürstbischof von Speier.** Von Jakob Wille.



Augustus Bissop, Bishop of Exeter

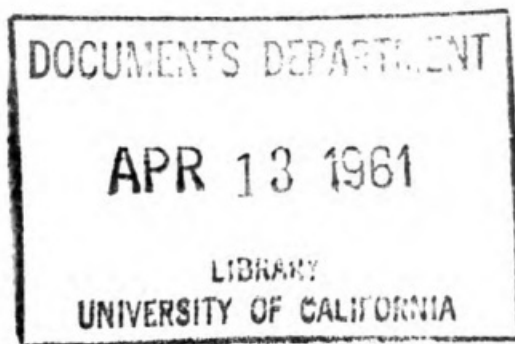
Neujahrsblätter
der
Badischen Historischen Kommission
Neue Folge 16
~~~~~ 1913 ~~~~~

August  
Graf von Limburg-Stirum  
Fürstbischof von Speier

Miniaturbilder aus einem geistlichen Staate im 18. Jahrhundert

von

Jakob Wille



Heidelberg 1913  
Carl Winter's Universitätsbuchhandlung

Verlags-Nr. 831.





## Vorwort.

Mit dem Neujahrsgruße der Badischen Historischen Kommission für 1913 löse ich ein altes Versprechen\* ein, daß ich schon vor mehreren Jahren gegeben habe, bei dem ersten glücklichen Versuche in den verlassenen Räumen des Bruchsaler Schlosses Gestalten einer unserm politischen Gesichtskreise längst entschwundenen Zeit wieder lebendig zu machen: auf kleiner Bühne kleine Figuren. Auch diese neuen Bilder aus einem geistlichen Staate im achtzehnten Jahrhundert bleiben im alten Rahmen. Das historische Leben des Fürstbistums Speier ist kein Stück Weltgeschichte und die einstige fürstbischöfliche Residenzstadt kein ewiges Rom, obwohl auch heute noch St. Peter, das schlichte und schöne Werk Balthasar Neumanns den städtischen Prospekt von Bruchsal beherrscht.

Als Johannes Zick für Treppenhäus und Festhale Historienbilder malen sollte, hat er im Olymp eintreten, allegorisch und mythologisch dozieren müssen. Nur in kleinen Medaillon-Bildern hat er Geschichte gemalt, die ohne Kommentar kaum der Lokalhistoriker kennt, denn es sind keine außerordentlichen Ereignisse, wenn ein neuerwählter Fürstbischof in die Stadt, wo seine Domkirche steht, den Eintritt hält, oder vor der Armada des Kaisers Franz auf freiem Felde eine Messe liest. Die Geschichte des Speierer Fürstentums liefert mehr Stoff für die Feder als für den Pinsel. Miniaturbilder sollen und können aber auch die vorliegenden Blätter nur sein, denn staatlichem Kleinleben sind sie entnommen. Ich will weder eine zusammenhängende Geschichte, noch eine Biographie, sondern nur Skizzen von Zeit- und Kulturbildern geben und die Figur hineinzustellen versuchen, die ihnen eine

---

\* J. Wille, Bruchsal. Bilder aus einem geistlichen Staat im 18. Jahrhundert. Vorwort zur ersten und zweiten Auflage.

eigenartige Färbung gibt und wieder von ihnen empfängt. Auch der Graf von Limburg-Stirum Fürstbischof von Speier (1770—1797) ist keine welthistorische Persönlichkeit, selbst die ausführlichste deutsche Geschichte weiß nichts von ihm zu berichten. Durch seine großartigen Stiftungen hat er sich zwar in seiner Residenz Bruchsal einen dauernden Namen gemacht, aber doch mehr als ein wunderlicher Kauz lebt er noch da und dort in den Anekdoten der Bruchsaliner Bevölkerung weiter. Er gehört zu den Originalen, die bekanntlich auf kleinstem Raume am meisten Zeit haben, sich auszuwachsen. Daß er sonst noch mehr getan hat, als nur Stoff zu Anekdoten zu liefern, soll dies Neujahrsblatt erzählen. Möge es zugleich für viele Anregung geben, dem kulturellen und sozialen Leben der geistlichen Staaten im achtzehnten Jahrhundert das historische Interesse weiterhin zuzuwenden, denn erfreulicherweise stehen wir ja mitten in der Erfüllung dieses Wunsches. Ihr beherrschender Einfluß auf die Entwicklung einer Kunst, die Jakob Burckhardt geneigt ist, „für das Ende und Hauptresultat der lebendigen Architektur zu halten“, tritt immer glänzender hervor, und auch sonst wird uns immer deutlicher, daß die Mitglieder einer bunt gefügten kleinen Staatenwelt nicht zwecklos gelebt haben. Es bedeutete schon einen Fortschritt, wenn wir endlich einmal von dem Vorurteile geheilt wären, daß die geistlichen Verwaltungen schlecht sein müssen, nur weil sie geistliche sind.

Nur vereinzelte Früchte sind die vorliegenden Studien, aber frisch gepflückt vom Baume historischer Erkenntnis, der tief verwurzelt im General-Landes-Archiv zu Karlsruhe wächst, unter sorgfamer Pflege gedeiht und nicht verboten ist. Ich habe gar nicht alles mitteilen können, was mir von Früchten zugefallen ist. Da von Theodor Ludwig in unübertroffener abschließender Weise die Beziehungen des kleinen Speierer Fürstentums zum Elsaß, zur französischen Krone und Republik dargestellt sind und die Revolutionskriege von anderer Seite in diesen Blättern behandelt werden sollen, habe ich auf eine Betrachtung dieser Verhältnisse verzichtet und mir vorbehalten, über die Stellung des Fürstbischofs zum Reiche späterhin zu berichten. Auch das Verwaltungsarchiv hätte ich noch mehr ausräumen können. Man muß doch auch den Andern noch etwas übrig lassen! Cameralia geben ohnedies zur Miniaturmalerei nur wenig Farbe ab und große Weltbegebenheiten



zuviel des Stoffes. Vieles aber, was nur geeignet wäre, das Bild aus dem Rahmen hinauszudrücken, habe ich den Anmerkungen überwiesen, die nicht aus besonderer Freude daran so umfangreich geworden sind. Wer mit dem Spaten des Lokalforschers weiter den Boden schürfen will, wird hier manchen Wegweiser finden. Für viele sind sogar Anmerkungen wichtiger als der dargestellte Stoff: Wirtshaus-schildern gleich, die nach den ersten akademischen Würden durstigen Scholaren sagen, wo sie noch neuen Wein in die leeren Schläuche füllen können.

Heidelberg, im November 1912.

**Jakob Wille.**





## I.

### Hochstift und Dechant.

Es gab im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation Staatengebilde in Menge, die nun über ein Jahrhundert von der Karte verschwunden, aber noch nicht vergessen sind; die historische Betrachtung kann über sie nicht hinweggehen. Ihre entscheidende Teilnahme am politischen, kirchlichen und vor allem am kulturellen Leben war von nachwirkender Kraft. Alle diese Staatswesen von Grund aus verändernden Erschütterungen konnten den geistigen Zusammenhang mit dem Denkreise einer andern Zeit nicht lösen. Aus einem sonst vergessenen Winkel ragen oft Figuren von monumentaler Größe in die Gegenwart hinein und geben dem Stüddchen Erde ihrer dynastischen Herkunft geschichtliche Bedeutung.

An dem Lose, vergessen zu werden, nehmen wohl am meisten die kleinen geistlichen Staaten teil, obwohl viele von ihnen das nicht verdient haben. Schon das ihnen eigene, unserm heutigen Staatsbegriffe fremde, doppelte Gesicht weltlicher und geistlicher Züge und der Mangel einer dynastischen Tradition haben sie nur im wissenschaftlichen Interesse lebendig erhalten, dem historischen Bewußtsein sind sie fast entschwunden. Von den geistlichen Kurfürsten abgesehen, die vielfach das Schicksal des Deutschen Reiches mitbestimmt haben, sind die Vertreter der meisten Stifter, vom Bischof bis zum kleinen Reichsprälaten, vergessene Figuren. Sie müssen erst wieder ausgegraben werden, und man ist dann erstaunt, wieviel eigenartiges Leben, wieviel bunter Farbenwechsel aus solch einem Miniaturbilde einer längst vergangenen Kultur hervorleuchtet. Manchmal sind die Schattenseiten noch interessanter und lehrreicher wie das Licht. Von dem uralten Bistum Speier weiß ein jeder sofort, wenn er die Türme der Kathedrale schon aus der Ferne am Horizonte auftauchen sieht. In ihren Grüften ruhen zwar die einst machtvollen weltlichen Herrscher des Reiches, aber die Steine

des Domes reden eine geistliche Sprache. Man denkt zunächst an die Kirche und nicht an den Staat, wenn man die Dome am Rhein betrachtet. Die alte Bischofspfalz zu Speier, die Meister Schoch mit festen Türmen geziert hat, ist vom Erdboden verschwunden. Man muß über den Rhein, nach Bruchsal gehen, über die Treppe des einst fürstbischöflichen Schlosses schreiten, in den prunkvollen Sälen Halt machen, wo von heiterer Lichtfülle durchströmt weltliche Gestalten herniedersehen, die züchtigen Madonnen und ernstesten Heiligen von heidnischen Göttern verdrängt sind. Man muß alle die nun verlassenen Gemächer durchwandern, wo in weltfreudiger Stimmung, grazios und mutwillig und doch vornehm zurückhaltend auch im grotesken Spiele, auf dem harmonisch gestimmten Hintergrunde wechselnder Farben, die kurzlebige Welt des Rokoko wiederum lebendig wird.<sup>1</sup> Dann ist man im Staat und denkt nicht mehr an die Kirche. Der Dom zu Speier und die Residenz zu Bruchsal sind der monumentale Ausdruck einst geistlicher und weltlicher Herrschaft zugleich.<sup>2</sup> Die Verfassung dieser doppelseitigen Staatsgebilde war ein starker Gegensatz zum geistlichen Hirtenamte und seiner ursprünglichen Sendung in die Welt des inneren Lebens, aber der Doppelstaat war nur das folgerichtige Ergebnis der äußeren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Man wollte, ja man mußte „mit dem Schwerte behaupten, was man durch den Hirtenstab gewonnen.“<sup>3</sup> Der Charakter des Episkopates in der altchristlichen Kirche, ein rein demokratischer, war aristokratisch geworden, das geistliche Fürstentum konnte sich gar nicht mehr demokratisieren, wenn es sich nicht selber aufgeben wollte. Bei vielen hohen Herren war die Fühlung mit der Kirche ebenso verloren gegangen wie mit dem Volke. Aber so waren sie nicht alle, und unter ihnen waren eben jene die Besten, die ohne innere und äußere Konflikte die Aufgaben des Priesters und Landesherren erfüllt haben. Vor allem aber ist es ungerecht und unhistorisch zugleich, die Schuld einer schlechten Regierung und einer ungeordneten Wirtschaft dem geistlichen Charakter dieser Staaten zuzuschreiben und hier den Stoff ihrer tödlichen Krankheit zu suchen.

Wer bei diesem Doppelcharakter Schaden gelitten hat,<sup>4</sup> war meist die kirchliche, nicht die weltliche Seite. Ernsthafte Betrachter dieser Verhältnisse waren sogar der Überzeugung, daß die Regierungen der geistlichen Staaten vielfach besser seien als jene der weltlichen.<sup>4</sup> Die geistlichen Fürsten von Mainz, Würzburg, Bamberg und Fulda,



viele kleine Reichsprälaten haben noch kurz vor dem Ende des geistlich-weltlichen Regiments in Deutschland den Beweis geliefert, daß sie nicht allein gute Verwalter, umsichtige Regenten und beliebte Landesherren gewesen sind, sondern auch bestrebt waren, einer freieren Geistesrichtung der Zeit Rechnung zu tragen. Nicht wirtschaftliche und moralische Schwäche, die gebessert werden konnte, nicht Mängel der Verfassung, über deren mögliche Änderung begabte, im Staats- und Kirchenrecht erfahrene Köpfe sich geäußert haben,<sup>5</sup> sondern die geschichtliche Grundlage dieser Staatswesen war ihr Verhängnis. Als Stütze des Reiches, das sie einst kulturfähig gemacht, das sie schon im 10. Jahrhundert als treuer Helfer des Kaisers gegen die widerspenstigen Vasallen mit zahlreichem Heerbann geschützt, ward die kirchliche Macht auch eine politische und wirtschaftliche, das geistliche Element zugleich weltlich. Was der Staat der Kirche einst gegeben, glaubte er wieder zurückzunehmen berechtigt zu sein. Die Worte, die Tallenrand, der Bischof von Autun, in der französischen Nationalversammlung gesprochen: „Tous les biens ecclésiastiques sont à la disposition de la nation“, haben allzeit gegolten, Karolinger und Salier, Alt- und Neugläubige des sechzehnten Jahrhunderts waren darin einig. Kirchengut war und blieb immer das bequemste und ungefährlichste Zahlungsmittel in dem großen politischen Wechselgeschäft, das unsere Staatenkarte verändert hat. Erörterungen der staats- und kirchenrechtlichen Theoretiker, Betrachtungen der Moralisten kamen nicht in Betracht, sobald einmal das weltliche Schwert mächtiger war als das geistliche. Einst im streitbaren Mittelalter, kein bloßes Symbol, war es jetzt nur ein Schmuck des Wappenschildes der geistlich-weltlichen Herrschaft geworden. Wie der ehemalige gelehrte Rat der gefürsteten Propstei Ellwangen treffend sagte, fühlten diese Staaten bei jedem widrigen Ereignis, „daß ihre Stiftung nur Bistümer und keine weltlichen Fürstentümer zum Grunde haben, ihre Verfassung nur ein Werk des Zufalls und eine dem Stiftungszweck entgegengesetzte Veränderung war“.<sup>6</sup> So waren es auch Zufälle und Ereignisse welterschütternder Art, vereint mit der Macht moderner Staatsauffassung, die diese doppelgliedrigen politisch schwachen Gebilde ihren ursprünglichen geistlichen Aufgaben wieder zugeführt haben.

Der Westfälische Friede<sup>7</sup> hatte zwar mit der Festsetzung des Normaljahres und seinen damit zusammenhängenden Bestimmungen, der



Gefahr einer Reformation und der daraus folgenden Säkularisierung geistlicher Staatswesen vorgebeugt. Aber das Protektionsrecht des Staates über die Kirche blieb theoretisch immer lebendig und die von „Febronius“ dargestellte Kirche, die, sich vom Primat freimachend, in die Arme der katholischen Landesherren stürzt,<sup>8</sup> mußte doch den souverän gewordenen geistlich-weltlichen Herrn zu denken geben, ehe sie dieser gewagten Einladung folgten. Hatten sich doch einst die weltlichen Staaten selber auf dieser Schutzherrlichkeit aufgebaut.

Wie mit dem weltlichen Staat, so gerieten die zu Landesherren gewordenen Bischöfe auch mit den Vertretern der bürgerlichen Freiheit in schweren Konflikt, der von Mittelalter und Neuzeit an bis zum Ende des Reiches die politisch erstarkten Reichsstädte erfüllte. Von der geistlichen Herrschaft des Bischofs haben die einen, wie das mächtige Straßburg, nach blutigen Kämpfen sich losgemacht, andere haben ihre freie Verfassung an den geistlichen Staat verloren, wie die stolzen Mainzer 1462 Erzbischof Adolf ihre Freiheitsbriefe ausgeliefert haben. War vollends die Reichsstadt ein protestantischer Reichsstand geworden, so war ein Nebeneinanderleben zweier auch noch so winziger Territorialherren unmöglich. Auch sonst ging man sich aus dem Wege. Der Straßburger Bischof hat seine Residenz in Zabern, der Kölner Kurfürst in Bonn und Brühl aufschlagen müssen. Über Meersburg thront die wettergraue Burg neben dem graziösen Baue Bagnatos als Sitz des Konstanzer Bischofs. Die selbstbewußten Augsburger haben dauernd den Vertreter geistlich-weltlicher Herrschaft nach Dillingen vertrieben, und er hat keinen schlechten Tausch gemacht mit seiner malerischen Residenz hoch auf dem Fels über der jungen Donau. In dem Bistum Speier lagen die Verhältnisse nicht anders. Seit der Sitz des Bischofs, die Stadt Speier, am Ende des dreizehnten Jahrhunderts<sup>9</sup>, geschützt von kaiserlicher Macht, ihre reichsstädtische Freiheit ausgebaut und die beiden Reichsstände durch die konfessionellen Gegensätze getrennt waren, blieb der Streit nicht aus. In den Zeiten niedergehender politischer Macht ward er zum kleinlichsten Formalismus. Man einigt sich anno 1580, daß die Stadt Speier den Bischof nur von Speier, der Bischof sich nur zu Speier nennen dürfe.<sup>10</sup> Die Bürger hatten des Streiches nicht vergessen, den Bischof Raban von Helmstadt (1395—1439) gegen ihre Freiheit führen wollte. Das Mißtrauen war um so größer, je schwächer sie sich



fühlten. Ohne Kampf, dem Zwange der mißlichen Verhältnisse weichend, in der halbzerstörten Stadt ohne Residenz, ist zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts auch der Graf von Schönborn, Damian Hugo, der neugewählte Fürstbischof, auf den von Heinrich III. (1056) dem Hochstift geschenkten Boden nach Bruchsal übergezogen. Dieses Fürstentum war eines der kleinsten<sup>11</sup> unter den geistlichen Staaten, aber seine Besitzungen links und rechts des Rheins, nördlich und südlich der Queich, von zahlreichen größern und kleinern Herrschaften begrenzt und durchbrochen, von der Gunst der Natur reich bedacht. Die Ebene im Bruchrain füllte die Kornkammern des Fürsten in der Residenz zu Bruchsal, der Wald Lußhart, von Kaiser Heinrich III. dem Hochstift geschenkt, hatte seine Grenzen in der Rheinebene bis Mingolsheim und Kirrlach und zur Schwetzingen Hardt und war in Zeiten guter Wirtschaft für die fürstliche Hofkammer ein erträgnisreicher Besitz.<sup>12</sup> Über dem Rhein war der Bientwald mit seinen Eichen und Buchen und reichem Wildstand ein alter, der Kirche geschenkter Besitz. Links des Rheins aber lag das kostbarste Gut des Hochstifts, um das der Pfalzgraf bei Rhein seinen Nachbarn beneiden konnte. Das waren die Ämter Kirrweiler und Deidesheim mit den Orten Forst und Rupertsberg, die Weindomäne des Fürstbischofs, von der die Schloßkeller zu Bruchsal zu erzählen wußten und deren noch erhaltene Inventare eine köstliche Weinkarte aus alten Zeiten vor uns ausbreiten.<sup>13</sup> Der Fürstbischof konnte sich rühmen, zwei Vota im Reichstag zu führen, denn er war zugleich Propst der gefürsteten Abtei Weißenburg,<sup>14</sup> die 1524, in eine weltliche Propstei verwandelt, 1546 durch Kauf dem Hochstift zugefallen war. Aber die südlich der Queich gelegenen Ämter waren ein unsicherer Besitz. Die nominelle französische Oberherrschaft, die seit dem westfälischen Frieden sich hier festgesetzt und die Beziehungen zum Reiche und Bistum durch die Lettres patentes von 1756 verbrieft hatte, schuf in ihrer mit französischen und deutschen Räten 1761 zunächst in Lauterburg eingesetzten Regierung staatsrechtliche Verhältnisse unerträglicher und unhaltbarer Art.<sup>15</sup> Alle diese wirtschaftlichen Quellen aber sind zeitweise versiegt. Das kleine Hochstift, häufig nur der Anhang zu einem andern Staatswesen, wie im siebenzehnten Jahrhundert unter dem streitbaren Philipp Christoph von Sötern mit Trier verbunden, ward nur durch Statthalter und Herren des Domkapitels nicht



zum Besten des Ländchens regiert. Als 1720 Damian Hugo, Graf von Schönborn<sup>16</sup> zur Regierung kam, fand er eine heruntergekommene Wirtschaft. Seinem bewundernswerten kameralistischen System, auf das er selber mit Recht nicht wenig stolz war, seinem Verwaltungsgeschick und seiner Tatkraft war es zu danken, daß nach seinem Tode ein blühender Zustand des Landes geschaffen war. Auch äußerlich gab sich diese Wandlung kund. Der unermüdlche Bauherr, der künstlerischen Geschmack mit praktischen Interessen verband, schuf weithin durch das Land die zahlreichen der Kirche und der Verwaltung dienenden Gebäude. Aus dem „Bauernloch“, wie er die Stadt Bruchsal beim Antritt seiner Regierung nannte, ward eine glänzende Residenz geschaffen. Das Schloß, die Damiansburg mit ihrem weiten Ehrenhofe, die zahlreichen Häuser der Verwaltungsbehörden, alle geschmackvoll mit dem Sitze des Landesherrn zu einem einheitlichen Architekturbilde verbunden, geben heute noch dieser kleinen Provinzialstadt ihr eigenartiges fürstliches Gepräge. Im Innern aber schuf Schönborns Nachfolger Kardinal Franz Christof von Hutten (1743—1770) eines der schönsten Denkmale des Rokokostiles in Deutschland, das nun seit Jahren die Freunde der Kunst in der einstigen fürstbischöflichen Residenzstadt Halt machen läßt und nicht flüchtige Eindrücke zurücklassend, auch das Kunstleben unserer Tage befruchtet. Hutten war ein glanz- und prunkliebender Fürst, aber kein Verwalter im Stile seines Vorgängers. Er hinterließ für die Hofkammer eine Schuldenlast von 25,000 Gulden.<sup>17</sup> Mit Schönborn teilte er nur die unbeugsame Auffassung des absoluten Herrschers. Die an ihm gerühmte Güte,<sup>18</sup> die auch aus dem von Zick gemalten Porträt des Fürsten im ehemaligen Thronsaale des Bruchsaler Schlosses heraus spricht, konnte auch einer selbstbewußten Strenge Platz machen.<sup>19</sup> Immerhin hinterließ seine Regierung dem Ländchen eine wohlthuende Erinnerung. Wenn man späterhin von besseren Zeiten sprach, so ward der Kardinal Hutten immer wieder genannt. Nur eine Erbschaft hatte er übernommen, die seine Regierungszeit dauernd beunruhigt und vor allem ihm selber viel Ärger und Verdruß gebracht hat. Nicht mit den Bürgern und Bauern, sondern mit der Aristokratie des Domkapitels nahm der Streit kein Ende. Das alte Presbyterium, das einst beratend dem Bischof zur Seite stand und gemeinsamen Tisch mit ihm geteilt, hatte längst einer korporativ organisierten Geistlichkeit Platz gemacht, die,

nach völliger Hintwegdrängung des Laienelements bei den Bischofswahlen, das Vorrecht zu diesem für die Zukunft auch politisch wichtigen Akte schon seit der Mitte des zwölften Jahrhunderts auf dem Wege kirchengesetzlicher Einwirkung besaß. Die Kapitulare waren nach der längst vollzogenen Trennung des Vermögens an Stelle der gemeinsamen mensa und durch Erwerb von Besitz und Boden gleich den Bischöfen in weltliche Interessen hineingewachsen und gleich ihnen dem kirchlichen Leben vielfach entfremdet.<sup>20</sup> Viele hatten nicht einmal die kirchliche Weihe. Dom- und Kollegiatstifte mit ihren reichen Präbenden waren die Versorgungsanstalten für den Adel geworden, dem allein auf Grund einer strengen Ahnenprobe der Weg vom blutjungen Domizellaren bis zum Kapitular und Bischof und Landesherrn als Ziel des Ehrgeizes wie auch politischer und wirtschaftlicher Erwägungen gegeben war. Viele, im Besitze mehrerer weit voneinander gelegener Domherrnstellen, konnten die Pflichten einer dauernden Residenz gar nicht erfüllen und darum auch mit dem Lande, an dessen Verwaltung sie gleich Landständen teilzunehmen beanspruchten, dauernde Fühlung nicht gewinnen.

Wie nun auch da und dort die Verhältnisse sich gestalteten, wo geistliche und weltliche Verwaltung ineinander aufging, die Kapitel an der Verwaltung von Land und Diözese teilnahmen, da waren Reibungsflächen zwischen Bischof und Domherrn dauernd gegeben. Vor allem ließen sich die Kapitulare das Recht an der Verwaltung und Verwendung der Landeseinkünfte nicht nehmen.<sup>21</sup> Wieweit die Grenzen dieser vorhandenen oder beanspruchten Rechte gingen, war durch besondere Abmachungen,<sup>22</sup> durch sogenannte Kapitulationen geregelt. Wo keine Landstände waren, die an der Verwaltung teilnahmen und vor allem über den Geldbeutel der Untertanen die Hand hielten, konnte diese Mitregierung nur vorteilhaft sein. Das hat auch der staatsmännisch gebildete Schönborn, der Kurfürst Franz Georg von Trier nur erkannt.<sup>23</sup> In vielen Stiftern aber, zumal wenn keine Landstände die Regierung des Landesherrn zur Verantwortung ziehen konnten, waren diese Kapitulationen der gegebene Weg, um die bischöflich-landesherrlichen Rechte in Verwaltung und Justiz immer mehr zu beschränken, den Bischof Verpflichtungen beschwören zu lassen, die er, ohne sich selber aufzugeben, gar nicht halten konnte und zu halten auch gar nicht gewillt war. Kaiser und Papst sind gegen



diese vielfach von privatem Interesse der adeligen Korporation geleiteten Abmachungen besonders seit dem siebzehnten Jahrhundert gesetzlich eingeschritten. Bei der Möglichkeit, sich des Eides nach der Wahl entbinden zu lassen, gab es daher reichlichen Stoff zu langwierigem Streit. So waren die einstigen Berater des Bischofs zu Rivalen geworden, die, in ihrem Besitz durch den westfälischen Frieden gesichert, der Reichsunmittelbarkeit zustrebten, sich die Erb- und Grundherren des Stiftes nannten und wohl auch „des eminenten Ausdrucks von Gottes Gnaden“ in ihren Ausschreiben sich bedienten.<sup>24</sup>

Auch unter dem Fürstbischof Franz Christoph von Hutten kehren die alten Verhältnisse wieder. Man hat auch mit ihm eine Wahlkapitulation abgeschlossen, ohne daß sich der Gewählte um den rechtlichen Inhalt kümmerte, der vielmehr überzeugt war, daß die Kapitulation bloß um „eigener das Domkapitel betreffender Sachen zusammenbuchstabiert worden sei“. Dann folgt die naive Erklärung: „Hätte man vorher von des Domkapitels Gerechtsamen Bericht bekommen, dann hätte man nicht unterschrieben“, und dann hebt Kaiser und Papst alle Verbindlichkeiten wieder auf. „Unnötige Schreiben des Domkapitels werden Stylus“,<sup>25</sup> Memorias und Promemorias häufen sich in den Kanzleien und die alten Lehrer des verwickelten und undurchbringlichen Reichsstaatsrechtes haben nicht umsonst geschrieben. Aber ein Landesherr, wie Kardinal Hutten macht es kürzer und erklärt, daß kein einziger Artikel der von ihm beschworenen Wahlkapitulation vor den päpstlichen und kaiserlichen Gesetzen bestehen könne und „in dem wenigsten, ja in keinem eine verbindliche Kraft habe.“ Klagt das Domkapitel „über hochfürstliche Zudringlichkeiten“, über „despotische Herrschaft“, so sieht der Bischof wiederum überall das Gespenst der „Reichsunmittelbarkeit“. Das geht bis in die lächerlichsten Kleinigkeiten. Man sieht sogar in der Einrichtung einer eigenmächtigen Kanzlei „Reichsunmittelbarkeitsgeist zum Sündenbock habende Neuerungen“, da es dem Domkapitel gleichgültig sein könne, „ob locus ibi eine Kanzlei oder Schreibstube heiße und sogar Reichsstädte, die das jus cancellariae hätten, sich des Wortes: Schreiberei statt Kanzlei bedienten.“ Vor allem wird dem Domkapitel die Territorial-Souveränität in den domkapitelischen Ortschaften, das Recht der Gesetzgebung, die Kriminaljurisdiktion beschnitten, denn der Landesherr will die „vogteilichen Ort-



schaften des Domkapitels vom Fürstentum nicht trennen lassen.“<sup>26</sup> Das Domkapitel ist für ihn allezeit „mediat“, wenn dasselbe auch „gegenwärtig einmal reichsunmittelbar werden will“. Im Hochstift Speier, wo der Landesherr einmal zugleich einen kurfürstlichen Stuhl innehatte und die Regierung Statthaltern und Domkapitel überlassen war oder auch innerhalb des Domkapitels bei der Häufung der Präbenden die adeligen Mitglieder in mehreren Stiftern Kanonikate besaßen, konnten sich bei Mangel einer kräftigen Verwaltung Rechte genug einschleichen, deren Verkürzung oder Abschaffung einen endlosen Stoff zum Prozessieren gab, sobald ein Landesherr kam, der Herr zu sein es ernst nahm. So hatte man mit der „kleinen Jagd begonnen, die große schließlich verlangt“. Die für die Domherren auf den Hausbedarf beschränkte Zollfreiheit war in Speier zu einem schwungvollen Weinhandel ausgeartet.<sup>27</sup>

Für die Verfassung eines solchen Wahlstaates, dessen Grundrechte bei jeder neuen Kapitulation dem Versuche einer Veränderung ausgesetzt waren, mußte es um so bedenklicher sein, wenn während Erledigung des Fürstenthums die Domherren von dem bestrittenen Rechte der Mitregentschaft und Erb- und Grundherrschaft Gebrauch machten. Der neue Landesherr hatte vielfach die schwere Aufgabe, Neuerungen in Verwaltung und Justiz oder Eingriffen in die Kameralgefälle unter dem Widerstande des Kapitels entgegenzutreten. So ward z. B. nach Schönborns Tode die Bestimmung, wonach Beamte ohne Einwilligung des Landesherrn liegende Güter nicht verkaufen durften, aufgehoben. Das Domkapitel bestritt dem Landesherrn das Recht, für eine künftige Sedisvakanz die Verwaltung vorzuschreiben und Kardinal Hutten mußte selber erfahren, daß nach Schönborns Tode Briefschaften abhanden gekommen waren, um dieselben gegen den neuen Landesherrn zu benützen.<sup>28</sup> Das Domkapitel ward Kläger und Richter zugleich. Kam noch hinzu, daß während des Interregnums Beamte gegen die künftige Regierung beeinflusst waren, so übernahm der neue Fürst zu dem Streite um die bedrohte Verfassung auch noch die schwierigsten persönlichen, alle Ordnung hemmenden Verhältnisse. Diese konnten sich sehr unliebsam in dem Kollegium der Domherren selber gestalten, aus dem der künftige Landesherr durch Wahl hervorging. Wo man wählt, da kommen die Stimmen der Parteien zum Ausschlag, deren Richtung politisch und religiös bestimmt, auch von der Macht



weltlicher Politik beeinflusst wird. Ein jeder strebte nach dem Roadjutor und dem Bischofsstuhl und war den Verbungen zugänglich, die von außen an ihn kamen. In den Jahren, da „Febronius“ das große kuriale Gebäude in seinen Fundamenten angriff und der Geist der Aufklärung die Lehrstühle der geistlichen Universitäten erfüllte, war die Wahl des Bischofs eine Frage, die fast mehr die Kabinette als die Kirche in Bewegung setzte und manchen aus der sorglosen Ecke des Domherrnstuhles in das Getriebe der Politik hineinführte. Auch im Speierer Kapitel war kein Stilleben. Verschiedenartig waren hier die kirchlichen und geistigen Strömungen, in starken Gegensätzen lebendig. Da saß neben dem kunstsinnigen Franz Philipp von Hutten und dem charaktervollen, freimütigen Freiherrn Anton Sigismund Joseph von Beroldingen,<sup>29</sup> der die große geistige Welt des Goetheschen literarischen Zeitalters in sich aufnahm, noch ein anderer Domherr. Er hatte mit beiden nichts Verwandtes als seine vornehme Herkunft nach seiner ganzen Natur und seinen praktischen Lebensinteressen der stärkste Gegensatz zu jenem geistig vornehmen Kreise, der späterhin um Sophie von Laroche und ihren charakterfesten Gatten in des Freiherrn von Hohenfeld Hause sich versammelte und die Gastfreundschaft des edlen in hoher vielseitiger Bildung abgeklärten liebenswürdigen Domherrn genossen hat.<sup>30</sup> Der solch einem geistlichen Sitze fremdartige Domherr war Damian August Philipp Karl Graf von Limburg-Stirum, der stolze Sprosse eines alten Hauses, dem die Ahnenprobe bei seiner Aufnahme als Domizellar nicht schwer geworden war. Er hat selber eine Abhandlung über sein altadliges Haus hinterlassen,<sup>31</sup> das er auf Aelius Gracilis, den römischen Legaten in Belgien zurückführt, von dem Tacitus uns erzählt.<sup>32</sup> Der alte Sitz des Geschlechts ist das Schloß Hohen-Limburg an der Lenne in Westfalen. Die Grafschaft Stirum im ehemaligen Herzogtum Berg kam erst später durch Kauf in den gräflichen Besitz.<sup>33</sup> Am 16. Juni 1721 geboren, war er durch seine Mutter, eine Gräfin v. Schönborn, die Schwester des Speierer Bischofs, mit einem Hause verbunden, dessen kunstsinnige und staatsmännisch begabte Sprossen die ersten geistlichen Fürstentümer<sup>34</sup> zierten und Einfluß in Kirche und Reich genug besaßen, um ihren Verwandten schon beizeiten sichere Pfünden an einem Domstifte zu verschaffen und den Weg in die Kapitel zu sichern. Schon 1730 wird der Graf als Domizellar zu Speier eingeschrieben und steigt nach vol-

lendeten nur kurzen Studien in Rom und Würzburg zum Domherrn des alten Hochstiftes Speier auf.<sup>35</sup> Kanonikate in Münster und Hildesheim besaß er schon.

Der Domherr aber war ein ehrgeiziger Herr. Seine Augen richteten sich schon beizeiten auf die einträgliche Stelle des Domdechanten, die ein Graf von Schönborn, Kurfürst Franz Georg von Trier, noch innehatte. Nicht sehr geschickt in der Maske der bescheidenen Selbstlosigkeit hat er bei dem Oheim angeklopft, einem Manne, „der den Dingen auf den Grund zu sehen pflegte und Vorspiegelungen sich nicht entgehen ließ.“<sup>36</sup> „Gott erhalte seine kurfürstliche Gnaden noch späteste Jahre,“ schrieb Graf Stirum an einen Freund des Trierers, „sonst wird diese Braut gewiß einem andern zufallen.“ Aber der Domherr war nicht so geduldig, als er sich stellte, und der Onkel von Trier hat den Neffen, der „so übereilt und mit übertriebenen Postpferden in ihn gesetzt, dem es nicht um Geld und Würden, sondern nur um Gottes Ehre zu thun ist,“<sup>37</sup> bald erkannt. Der unruhigste Mann, den das Speierer Domkapitel jemals gesehen, gibt vor, lieber die Ruhe zu wünschen, während der Kurfürst selber dem Neffen den Spiegel vorhält, damit er sein wahres Gesicht erschauere. Am 2. November 1755 legt Franz Georg das Dekanat der Domkirche zu Speier nieder. Seiner hohen Protektion verdankt der Nefte nicht ohne Umgehung des gesetzlichen Turnus seine Wahl schon am 3. November.

Nun hatte man „ein Subiektum, das auch die Einverständniß zwischen Haupt und Gliedern zu erhalten bedacht sein möchte“ und „zur allseitigen Freude und Vergnügen ward die Wahl glücklich beschloffen.“<sup>38</sup>

Das Vergnügen aber dauerte nicht lange, so wenig wie der ersehnte Friede. „Ich kann Euer Gnaden und Liebden,“ schrieb Franz Christoph an den Kurfürsten von Mainz, „aufrichtig versichern, wenn dieser hitzige Kopf nit wäre, daß ich mit meinem Domkapitel in der größten Einigkeit leben könnte.“ „*Lites spirane lites*“, ward jetzt die Devise für das Hochstift, dessen innere Geschichte sonst die Außenwelt wenig interessierte. Aber ein so lange dauernder Streit hatte sich schon lange nicht mehr in dem ohnedies nicht sehr friedlichen Deutschland abgespielt, lehrreich und voll Abwechslung, anziehend und wieder abstoßend durch die Persönlichkeit, die in der Mitte stehend die Fäden dieser Kleinigkeit von Domherrenzank bald verwirrt, bald hinein-



spinnt in das Gewebe der Politik, Bischof und Kapitel, die Richterstühle der Kurie und des Erzbischofs von Mainz, Reichshofrat und Reichskammergericht und die Spruchkollegien gelehrter Fakultäten beschäftigt.

Dieser Domdechant aber war eine Figur aus hartem Holze gebildet, knorrig und derb. Jene feinen Züge des geistlichen Aristokraten, wie sie in Güte und Milde aus den Bildern alter Domherren zu uns reden, heitern Weltfinn des Kavaliers mit dem Gewissensernst des Priesters verbindend, fehlten diesem echten Sprößling westfälischer Erde. Keines der Bildnisse des späteren Fürsten gibt uns so ausdrucksvoll das innere Wesen dieses Mannes wieder, wie das im Rathhause zu Bruchsal hängende Gemälde, wo die alten geistlichen Landesherren von dem hartgesinnten Philipp Christoph von Sötern bis herab zum charakterschwachen Walderdorf von den Wänden auf die Rathsherren der neuen Zeit fremdartig herabschauen. Ein jeder Besucher wird gefesselt von diesem eigenartigen Kopfe mit dem beobachtenden, durchdringenden Blick aus tiefstliegenden Augen, streng und herrisch, der scharfgeschnittenen, spitzen, abwärts fast bis an die Oberlippe ausbiegenden Nase und der aufgeworfenen Unterlippe. Ein spöttischer Zug gleitet um den kleinen Mund. In diesem Tone sprach er gerne auch als Landesherr im altenmässigen Verkehr und von Angesicht zu Angesicht mit Domherren, Geheimräten und Lakaien. Kein Durchschnittskopf, das sieht man ohne biographischen Text. Er war auch nach dem Zeugnisse seiner Gegner — Freunde besaß er wenig — ein hochbegabter, erfahrungsreicher Mann, von durchdringendem Verstande, von Geistesgaben, die allerdings mehr im Dienste des praktischen Lebens als der Pflege geistiger Werthe standen. Aber ein unruhiger Geist, von starkem, unbeugsamem, bis zum Eigensinn ausgearteten Willen, unnachsichtig, ehrgeizig und herrschsüchtig. Eine vielseitig geartete Natur, schwer in einem einheitlichen, geschlossenen Bilde zu fassen, von despotischer Willkür, doch nicht ohne Züge von Güte, die späterhin in landesväterlicher Fürsorge manch versöhnenden Ausdruck erhalten haben, bei praktischem Blick in Verhältnisse und Menschen doch wieder voll grotesker Gedanken, bei aller Kühle der Überlegung sein leicht erregbarer Hitzkopf, ein kampfesfreudiger Mann. Sei ganzes Leben ging in Streit auf, seine Prozeßsucht war weithin in deutschen Landen bekannt, für Advokaten und Reichskammer-



gerichtsräte von unterhaltendem Stoff. Er selbst, von berechnender Klugheit, war ein geschickter Advokat seiner eigenen Sache, der, so dünkt uns, oft weniger des Rechtes als des Streites wegen prozessierte. Auf streitbarem Boden zu Hause, wußte er, einem gewandten Fechter gleich, die Lage des Gegners auszunützen, Prozesse von neuem zu verwickeln, Kompetenzen zu verwirren. Nicht schmeicheltasthaft ist das Charakterbild, das sein eigener Bischof und Landesherr dem Kurfürsten von Mainz als oberstem Metropolitanrichter gezeichnet hat<sup>39</sup>, ein Bild, das in seiner Bestimmtheit und Rückhaltlosigkeit, auch in seiner Verantwortlichkeit dem vorgesetzten Gerichtshofe gegenüber, trotz der Stimme der Partei den Eindruck eines zuverlässigen, jedenfalls nicht mit Absicht gefärbten Berichtes hinterläßt. Mögen die Farben auch allzu stark aufgetragen sein, wahre Grundtöne wenigstens leuchten hindurch. Kardinal Hutten hat seinem Dekan nie getraut. Er galt ihm als raffinierter Verstellungskünstler, der unter der Maske des biedern, bescheidenen mit erkünstelter um das Wohl der Kirche sorgenvoller, fast ängstlicher Miene seine Umgebung für sich gewann, um sie bald wieder zu enttäuschen. Seine geschwätzige Art, sein taktloses Prahlen mit seinem eigenen hohen Geist, das Großtun mit seinen Leistungen und Verdiensten, das alles will der Fürstbischof beobachtet haben, und sucht seine vorichtige Zurückhaltung damit zu begründen. Er sieht in diesem ehrgeizigen Manne den Rivalen, der selber auf den fürstbischöflichen Stuhl seine unruhigen Gedanken richtet, das Ende des noch rüstigen regierenden Herrn nicht abwarten kann und sogar einen suspendierten Priester gegen das Leben des Kardinals die Sakramente zu nehmen und ein doppeltes Sakrilegium zu begehen veranlaßt hat.<sup>40</sup> Diese stärkste aller Anklagen allein gibt uns ein unerfreuliches Bild wieder; das in einem von Leidenschaften erregten, in Rede und Gegenrede, berechtigten und unberechtigten Anklagen verwirrten Streite uns vielfach nur die Stimmung, nicht immer die klare Wahrheit der Tatsachen erkennen läßt. Um so deutlicher tritt uns die Persönlichkeit des Dekans hervor, dessen machtvollem Einfluß zeitweise das Domkapitel bis zur unbedingten Gefolgschaft sich unterwirft.<sup>41</sup> Er ist der Störenfried zwischen Bischof und Domherrn, der unruhige Neuerer, der nach dem Ausspruche Huttens „ein ganz neu systema einzuführen und sich sowohl in geistlichen als weltlichen Dingen aller jurisdiktion zu entziehen und statum in statu zu formiren“

sucht.<sup>42</sup> Der Fahne aber, auf der die „principia der affectierten Unmittelbarkeit“ geschrieben standen, folgten die Domherren um so williger, als nach der Überzeugung Huttens, der Dekan selber das Banner, vorantrug.<sup>43</sup>

Nur ein paar Linien genügen, um ein Bild<sup>44</sup> uns deutlich zu machen, daß in ganzen Stößen von Prozeßakten und langstieligen, nur durch ihren groben Ton heute noch genießbaren Deduktionen zum vollen Ausdruck kommt. Es ist immer das alte Lied: Der Landesherr, auf seine Selbstherrlichkeit bedacht, will „keine Anarchie“, die er in dem Gespenste der „immediaten“ Gelüste seines Kapitels kommen sieht, und die stolze Aristokratie der Domherren will, wie sie sagt, nicht dem Vikariate unterworfen sein, wie der geringste Pfarrer der Diözese. Dabei merken sie selber nicht, daß der streitgewandte Dekan sie in seiner eigenen Herrschaft hat, bis sie den Streit im eigenen Hause haben.

Der frühere Dekan des Hochstiftes, Franz Georg Kurfürst von Trier, Graf v. Schönborn, der bereits durch namhafte Stiftungen den Dombau unterstützt hat, vermacht durch Testament vom 10. Januar 1756 seine noch rückständigen Dekanatseinkünfte, den Vorrat von Früchten und Wein im Werte von 8000 Gulden zu gleichem Zwecke. Unter dem Vorwande<sup>45</sup> nötiger Verbesserungen an den vernachlässigten Dekanatsgütern weiß Stirum einen Kapitularbeschuß (19. Jan. 1756) „zu erschleichen,“ wonach ihm diese 8000 Gulden von dem „in specie“ für den Dombau bestimmten trierischen Vermächtnis abzuziehen gestattet wird.<sup>46</sup> Zugleich werden die Schönbornschen Erben zuerst gütlich, dann durch Prozeß am Reichskammergericht zum Schadenersatz für die Domfabrik belangt.

Diese Summe hat der Dekan zurückbehalten. Da aber das Domkapitel nachträglich die Unbilligkeit seines Beschlusses einsieht, seinen Beschluß wieder aufhebt<sup>47</sup> und auf Rückgabe des für den Dombau und nicht für die Ausbesserung der Dekanatsgüter bestimmten Vermächtnisses besteht, so belangt Herr Graf Stirum beim Reichskammergericht sein eigenes Kapitel und weiß in geschickter Weise zwei Fragen ohne jeden rechtlichen Zusammenhang, zu einem langwierigen Prozeß zu verquicken,<sup>48</sup> der in seinen letzten Ausläufern die brennenden Fragen der allgemeinen Kirchenpolitik berührt.<sup>49</sup> Der Fürstbischof sieht in der Überweisung dieser kirchlichen Frage vor ein weltliches Gericht



nicht allein einen „schamlosen“ Eingriff in die Verfassung des Hochstiftes, sondern auch eine Gefahr für die bischöfliche Gerichtsbarkeit der deutschen Stifter überhaupt,<sup>50</sup> zumal in diesem Streite von Stirum eine absolute Jurisdiktion über das Domkapitel vorgegeben wird. Andere Anschauung hatten die Domherren. Kapitelsjurisdiktion ist für sie keine Dekanatsjurisdiktion, und „wo ein Kapitel eine jurisdictionem correctionalem hat, da kann es auch seinen Dekan selbst in Korrektion nehmen“<sup>51</sup> und an Klaggründen hat es nicht gefehlt. Die Stellung des Dekans war unhaltbar geworden, seitdem auch neue Domherren seine Partei verlassen, die Überzeugung, daß man sich auf eine schiefe Ebene habe führen lassen, in diesen Kreisen immer mehr Platz greift und man Stoff zu einer Gegenwehr zusammenzutragen beginnt. Da man eine kirchliche Frage zum Nachteil der deutschen Kapitel vor ein weltliches Gericht gebracht,<sup>52</sup> dem Hutten wegen seiner protestantischen Zusammensetzung ohnedies mit Mißtrauen gegenüberstand,<sup>53</sup> ward beraten, wie dem weiteren Vorgehen des Dekans entgegenzutreten sei.<sup>54</sup> Aber der wachsame, im Prozeßwesen mit allen seinen verschlungenen Wegen und vielgestalteten Mitteln wohl erfahrene Stirum hat rasch einen Gegenschlag gefunden. Unter dem Vorwande, als habe das Domkapitel nur unter dem Drucke seines Bischofs die ursprünglichen Kapitelbeschlüsse geändert, zieht er seine Klage gegen das Domkapitel zurück und richtet sie direkt gegen Hutten<sup>55</sup>. Er hat das Glück, ein Mandat des Kammergerichts zu erwirken, das dem Fürstbischof gebietet, den Dekan in seinem Amte ungehindert zu lassen, das Domkapitel wegen seines ersten Beschlusses vom 19. Januar 1756 nicht zu befehlen und bis zur Entscheidung des Schönbornschen Prozesses alles beim alten zu lassen.<sup>56</sup>

Dem ohne Zweifel unberechtigten Eingreifen des weltlichen Gerichts folgte die Entscheidung der kirchlichen Macht als Antwort. Am 24. November 1760 ward Graf Stirum, ohne nur verhört zu werden, bis zur endgültigen Entscheidung des Metropolitangerichts zu Mainz von seiner Stelle und seinen Einkünften suspendiert.<sup>57</sup> Kardinal Hutten hat die Gründe dieses Vorgehens, das, wie pfälzischerseits gesagt ward, „kaum aus Afrika, viel weniger in einem Hochstift von einer vornehmen Geistlichkeit zu erwarten sei“<sup>58</sup>, dem Kurfürsten von Mainz in einer umfangreichen „Information“ dargelegt.<sup>59</sup> Es ist ein langes Sündenregister: keine Handlung sei zu nennen, die während



des Dekanats frei von Eigennutz gewesen wäre. Der Prozeß wegen Zurückhaltung des trierischen Legats zum Schaden der Domfabrik war noch im Gange, aber auch der Urkundenfälschung hat man ihn angeklagt, da er zur Erlangung einer doppelten Präsenz auch während seiner Abwesenheit, durch Ausreißen von Blättern aus dem Protokoll des Kapitels und Einfügung von neuen mit verändertem Eintrag sich Vorteile zu verschaffen versucht habe.<sup>60</sup> Dabei soll er mit Hilfe eines zweiten Schlüssels<sup>61</sup> aus dem Archiv des Kapitels Aktenstücke entwendet, andere geheime Brieffschaften in seinen Prozessen zum Schaden des Kapitels ausgenützt haben.<sup>62</sup> Wie aber auch die vielen ihm zur Last gelegten Eingriffe heißen mögen,<sup>63</sup> die Tatsache der Suspension kam einer Achtung gleich. Dickleibige Streitschriften<sup>64</sup> folgen diesem in den deutschen Stiftern Aufsehen machenden Ereignis. Selbst Sallust muß zu diesem an ehrenrührigen Komplimenten reichen Schriftwechsel herhalten, um den „übelgesinnten“ Stirum, „den Wolf im Schafspelz, der die Kirche zerstört“, <sup>64a</sup> wie ihn Hutten einmal genannt hat, als das treue Abbild eines Katilina<sup>65</sup> zu brandmarken, und die Advokatenkünste des Stirumschen Helfers suchen mit den Beweisstücken des weltlichen und geistlichen Rechts den Klienten von seinen Sünden reinzuwaschen. Es ist schwer, aus diesem endlosen Streite ein gerechtes Urteil zu gewinnen. Nicht auf das juristische, sondern auf das menschliche und soziale Bild kommt es uns an. Graf Stirum aber spinnt die verwickelten Fäden weiter. Er appelliert an das Metropolitangericht zu Mainz, und das Kapitel erhält Befehl, seinen Dekan in Amt, Würden und Pfründen wieder einzusetzen. Dem fügt man sich nicht, man appelliert nach Rom und überweist die ganze Frage dem Richterstuhle der Kurie. Unter dem Proteste von Mainz und Trier gegen das päpstliche Gericht<sup>66</sup> als einen Eingriff in die Freiheiten der deutschen Kirche und der Konföderate wird Stirum um so kühner. Wir wissen nicht, wie weit es mit seinem Gedanken ernst war, mit der Stadt Speier und dem Domkapitel gemeinsame Sache gegen den Landesherrn zu machen<sup>67</sup> und so die alte Erbschaft des Streites zwischen Reichsstadt und Bischof wieder aufleben zu lassen. Um so sicherer ist ihm der pfälzische Nachbar.<sup>68</sup> Freimütig hat Stirum sich schon gerühmt, daß er Kurpfalz gegen das Hochstift und die Domkirche zu Speier noch weiter aufheizen und ihnen von allen Seiten Ungewitter zuziehen werde.<sup>69</sup> Nun läßt er die alte Schutzherrschaft



der Pfalz, unter dem katholischen Regimente wieder aufleben, weil er sie braucht, und die Güter des Domkapitels auf pfälzischem Gebiet mit Arrest belegen. Schon wird im Oberamt Bretten eine Versteigerung ausgeschrieben.<sup>70</sup> Dem Syndikus Bauer und Archivar Löbel wird für ihre Anteilnahme an dem römischen Prozeß beim Betreten des pfälzischen Territoriums mit Arrest gedroht.<sup>71</sup>

Durch diese pfälzische Protektion des Domdechanten kommt das Hochstift in eine bedenkliche Lage, da bei den verwickelten öffentlich-rechtlichen Verhältnissen im alten Reiche oft ein kleiner Handel in die Kabinette der großen Politik eingreift. Politische Erwägungen in einer Konferenz zwischen Fürstbischof und Domkapitel im Januar 1763 zu Bruchsal stehen unter dem Drucke der Pfalz, deren Streit mit dem Hochstift nur ein Erbstück aus alten Zeiten darstellt. Aber auch die kleine Macht des württembergischen Herzogs und der künftige Zuwachs des Hauses Baden-Durlach geben noch zu größeren Befürchtungen Anlaß.<sup>72</sup> Hilfe glaubte man nur bei der französischen Krone zu finden, die in der römischen Appellation auf Seite des Bischofs und Kapitels stand.<sup>73</sup> So reisen (1763) der Domherr von Wessenberg und der Obermarschall von Adenhausen nach Paris. Ihre Sendung galt zunächst der Ausdehnung der lettres patentes auch auf die in der französischen Souveränität gelegenen domkapitelischen Güter und dem Schutze des Königs gegen alle auswärtigen Gewalttätigkeiten und Bedrückungen, sie war aber zugleich eine Abwehr der von Stirum dem französischen Gesandten am Mannheimer Hofe gemachten Vor Spiegelungen.<sup>74</sup> Während der unruhige Domdechant in die Welt hinausposaunte, der Kurfürst von der Pfalz werde ihn „manu forti wiedereinfsetzen“,<sup>75</sup> hoffte das Kapitel, der französische König werde dafür dem pfälzischen Kurfürsten in seinen elsäßischen Besitzungen „Schitane machen“. <sup>76</sup> Es folgen in Paris Konferenzen der Domherren mit dem speierischen Residenten Brepaud und Braslin, dem französischen Minister des Außern. Durch etwas „weitgetriebene Careffen“ und unter Mitwirkung der Gräfin Forbach gewinnt man die Gunst des am französischen Hofe heimatberechtigten Herzogs Christian IV. von Zweibrücken. Es wird sogar an ein Hochzeitsgeschenk von zwei bis drei tausend Louisdors für die Tochter des Herrn de Bussy gedacht, um diesen vielvermögenden aber wankelmütigen Sekretär des Ministers bei guter Laune zu erhalten.<sup>77</sup> Doch wegen eines einzi-



gen unruhigen Mannes glaubte das französische Kabinet keine Veranlassung zu haben, seine elsässischen Mannschaften in die pfälzischen Güter einrücken zu lassen.<sup>78</sup> Auch der kaiserliche Gesandte am französischen Hofe, Graf Stahremberg, erklärte, dem kaiserlichen Hofe könne es jetzt, da man bei bevorstehender Kaisertwahl den Pfälzer nötig habe, nicht gleichgültig sein, „wenn gar zu hitzig gegen den Kurfürsten vorgegangen werde“.<sup>79</sup> So blieb es bei französischen Drohungen, die beiden Domherren hatten sechs Wochen lang ihre Gelder erfolglos verzehrt und Stirum triumphierte weiter. Unbekümmert um das Vorgehen des Kaisers, der ihn wegen des pfälzischen Arrestes zur Verantwortung zieht<sup>80</sup> und als Schutzherr der Kirche vom Domkapitel zur Vermittlung angerufen wird<sup>81</sup>, sucht Stirum vor allem diese Anrufung des obersten kaiserlichen Gerichtes, beim Kurfürsten von Mainz als einen Eingriff in die geistliche Gerichtsbarkeit vorzustellen. Er hat wiederum das Glück, ein Mandat zu erwirken, wodurch nicht allein der Reichshofrat als inkompetent erklärt, sondern auch dem Domkapitel unter namhafter Strafe anbefohlen wird, diesem höchsten Reichsgerichte zu entsagen, „widrigenfalls zur Exekution der verwirkten Strafe auch die weltliche Macht angerufen werden sollte.“<sup>82</sup>

So droht ein geistliches Gericht eines Reichsstandes dem allerhöchsten Reichsrichter, dessen Gerichtsbarkeit durch das *brachium seculare* eines andern Reichsstandes anzufechten.<sup>83</sup> Stirum aber weiß auch weiterhin Verwirrung in die Rechtsgänge zu bringen. Während er die Klage beim Reichshofrat als einen Eingriff in die geistlichen Rechte des Erzbischofs von Mainz hinstellt, erklärt er zur gleichen Zeit beim Reichskammergericht, daß dorten der Streit hänge und das *forum praeventum* sei.<sup>84</sup> „Die Kunst alles zu verdrehen, geistliche und weltliche Dinge untereinander zu vermischen, aus den verschiedensten Gegenständen die nämliche Sache zu machen“, war nach dem Ausspruche Hutten's „in diesem Prozesse auf das Höchste getrieben.“<sup>85</sup> Reichshofrat und Reichskammergericht, *tribunalis curia Romana* und *Metroropolitangericht*, vier hohe Kompetenzen im Streite, und das alles, wenn man auf den letzten Grund ging, um achttausend Gulden, die seiner Domkirche entzogen zu haben, ein Speierer Domdechant angeklagt war! „Mir kommt das Werk kraus vor“, sagte schon vor vier Jahren der Agent des Domkapitels beim Reichskammergericht, Herr Wehlach, der doch an prozessuale Abwechslung gewöhnt war.<sup>86</sup> Zuletzt



hat dieser Stirum'sche Streit auch in das Kurkollegium bei der Wahl Josephs II. eingegriffen<sup>87</sup> und stand im bewegten Mittelpunkte aller der kirchenpolitischen Fragen über die kirchliche Freiheit und die römischen Appellationen als interessantes Vorspiel zum Nuntiaturstreit und Emser Kongreß. Kurfürst Karl Theodor von der Pfalz hatte sein sehr scharfes, jede römische Appellation und Nuntiatur in Deutschland abweisendes, dem Kurtag überreichtes Monitum in seinem Briefwechsel mit Klemens XIII. insofern abgeschwächt, als er eine Unterwerfung Stirums unter das päpstliche Gericht in zweiter Instanz in Aussicht stellte. Unter Vermittlung des rührigen Nuntius Oddi war es ihm gelungen, daß die während des Mainzer Interregnums am 21. Juni 1763 mit Abschneidung alles Rechtsverfahrens des Stirum'schen „Dragonerkorps“, wie Franz Christoph einmal seine Gegner nannte,<sup>88</sup> an die Congregatio s. concilii gebrachte Frage dem erzbischöflichen Gerichte zu Mainz zur Prüfung und Entscheidung in erster Instanz überwiesen ward. Der neue Kurfürst, der edle Emmerich Joseph, war persönlich bemüht, der Furcht des Speierer Fürstbischofs, „daß der Graf von Stirum wider Vermuthen etwas Schändliches unternehmen könne“, vorzubeugen, nur dürfe das Domkapitel auf dem Gedanken nicht verharren, „daß man einen vorgesezten selbsterwählten Dechanten also suspendieren oder absetzen könne, wie einen weltlichen Bedienten“.<sup>89</sup> Daß diese Absetzung ein Spolium war, darüber hatten inzwischen auch die gelehrten juristischen Fakultäten in Löwen und Paris, Köln und Göttingen entschieden. So ward der Defan durch Entscheid des Metropolitangerichts in sein Amt wieder eingesetzt. Nach sechsjähriger „schwerer Arbeit“, während der Graf Stirum, durch hohe Protektion gesichert, fast in keinem einzigen Prozesse nachzugeben genötigt war, und das Domkapitel wiederum neue rechtliche Wege einzuschlagen gedachte, kam am 13. Januar 1767 durch den Kurfürsten zu Mainz mit dem Domkapitel ein Friede zustande.<sup>90</sup> In allen Stücken hatte Graf Stirum gesiegt, der schließlich noch die Hälfte von 20000 Gulden Prozeßkosten „aus Liebe zur brüderlichen Eintracht“ den Domherren nachzulassen großmütig sich bereit erklärte. Da vor allem die „reparation d'honneur“<sup>91</sup> des Domdefans noch in Frage stand, so sah man sich von vornherein gezwungen, über die eigentlichen Crimina, „obwohl viele ihren guten Grund hatten“,<sup>92</sup> hinwegzugehen und diese heißen Fragen von den juristischen zu scheiden.<sup>93</sup>

Der Anerkennung, daß man es mit dem Domdechanten als einem biedern und ehrlichen Manne zu tun habe, folgte das in den Augen der Domherren demütigende Bekenntnis, „daß er stets für das Wohl der Kirche bedacht gewesen sei“.<sup>94</sup> Nach einem frühern Vermittlungsvorschlag hätten die Domherren die „Nachgiebigkeit ihres Herrn Prälaten sogar bewundern sollen“.<sup>95</sup> So war endlich ein Friede zu Papier gebracht. Domherr v. Wessenberg aber war nach solcher Probe überzeugt, daß es dem Grafen Stirum fürderhin gelingen werde, durchzusetzen, was er wolle und er seine Präentionen nun immer höher schrauben werde“.<sup>96</sup>

---



## II.

## Fürstbischof und Domherrn.

Am 20. April 1770 war Fürstbischof Franz Christoph seinem großen Vorgänger auch im Tode gefolgt. In dem schlichten Meisterwerke Balthasar Neumanns, das von kleiner Anhöhe mit seinen beiden Türmen und der dominierenden Kuppel die einstige geistliche Residenzstadt überragt, in der St. Peterskirche zu Bruchsal, deren Grundstein der baulustige Schönborn gelegt, deren Ausbau der kunstsinnige Hutten vollenden ließ, fand auch er seine Ruhestätte. Nun kam das Interregnum, und die Frage, wer den uralten Bischofsstuhl von Speier besteigen sollte, beschäftigte Klerus und Laien. Vielleicht war man sich darüber in den Zukunftsgedanken längst einig. Wollte man unter den Domherrn nur den erfahrensten wählen, dessen Begabung ohne Widerspruch anerkannt war, so konnte es nur der Graf von Limburg-Stirum sein. Aber das war noch vor kurzem der „Mann im Schafspelz, der die Kirche zerstören wollte, der schlechte Haushalter, den man abgesetzt hatte, der eitle Schwäger, dem man nichts glauben wollte!“<sup>1</sup> Um so auffallender, daß er und kein anderer am 29. Mai einstimmig zum Bischof gewählt ward. Durch quasi inspiratio<sup>2</sup>, nicht durch scrutinium oder Kompromiß geschah diese Wahl. Dann war diese Eingebung dem Gewissen gleich, das gerne Genugtuung verschafft und sich selbstverleugnend die Ehre an den zurückgibt, dem sie genommen war. Christlich und kavaliermäßig, wie es aristokratischen Domherrn geziemte! So nur kann ich mir aus der persönlichen Stimmung des Domkapitels heraus diesen Wahlakt denken. Aber die Wahl eines Mannes, der Staat und Kirche zugleich regieren sollte, ward nicht im Kapitelsaale allein entschieden. Auch die Politik spricht in diese Fragen herein, hohe verwandtschaftliche Beziehungen und Versorgung mit reichen Pfründen stehen nicht immer in Einklang mit Gefühl und Recht. Wir kennen vorerst die diplomatischen Einwirkungen nicht, die auch dem Sprossen eines alten Geschlechts Krummstab und Schwert in die Hand gegeben haben. Es ist wahrscheinlich, daß der alte Vogt des Hochstifts, der Kurfürst von der Pfalz, ein Wort mitgesprochen hat, zumal in jenen Tagen der erregten kirchenpolitischen Verfassungs-

kämpfe. Ebensovienig wissen wir, wie weit diese Wahl auch den erzbischöflichen Stuhl des Kurerzkanzlers des Reiches beschäftigt hat. So, glaube ich, war die Macht der äußeren Eingebung entscheidender als die wahre Überzeugung der Domherren. Die friedliche Nachwirkung des Wahlattes war nicht von langer Dauer, denn persönliche Abneigung läßt sich mit Papier und Siegel allein nicht überwinden. Das Feuer glimmte unter der Asche weiter und brach um so stärker hervor, als kein Zweifel mehr war, daß der gewesene Domdechant, dessen gewandte Rede das Kapitel einst beherrschte, nun die Rolle zu wechseln begann.<sup>3</sup> Schon bei seinem Besuche in Speier (1773) blieben mehrere Domherren eine Erwiderung schuldig und einige reisten lieber ab, als der Einladung des Hofmarschalls zur Tafel zu folgen.<sup>4</sup> Unter Führung des Domherrn Freiherrn von Beroldingen trat dem neuen Herrn eine rührige Opposition entgegen, und die ganze lange Regierungszeit Stirums ist von einem Streite zwischen Landesherrn und Domkapitel erfüllt, der in seiner Zähigkeit und verfassungsrechtlichen Folge über die Grenzen des Hochstifts hinaus die deutsche Publizistik beschäftigte. Graf Stirum, eine herrschsüchtige, eigensinnige, unnachgiebige Natur, war von vornherein entschlossen, sich von jeder Mitwirkung des Domkapitels an der Regierung des Landes freizumachen. Die seinem Kapitel beschworene Wahlkapitulation,<sup>5</sup> die von zwei Deputierten aufgesetzt, ihm erst nach der Wahl vorgelegt ward, machte ihm mit all ihren Hemmnissen keine Sorge und blieb für ihn eine Formalität, die zu beseitigen er auch ohne Klage beim Reichshofrat die Macht zu haben glaubte.<sup>6</sup> Langsam und zielbewußt, aber hartnäckig und unnachgiebig, sucht der Fürstbischof im Lauf der Jahre alles, was durch Herkommen in Theorie und Praxis sich von Regierungsrechten geltend gemacht hatte, dem Domkapitel zu entziehen. „Abmaufern“ nannte ein Vertreter des Domkapitels bezeichnenderweise diesen ihm so bedenklichen Prozeß.<sup>7</sup> Er begann vor allem mit Klagen des Landesherrn beim Kaiser über Mißbräuche, die während der Thronerledigung sich im Domkapitel festgesetzt hatten. Nicht alle waren begründet, aber das schlimmste, für die Kammerkasse schädlichste waren die sogenannten Spolien. Wie in den ältesten Zeiten die Kaiser das Recht der Miterben der geistlichen Reichsstände als Regal beanspruchten, so folgten die Domkapitel als die vermeintlichen Erb- und Grundherren des Stifts diesem Beispiel. In Speier war das längst eine tief ein-



gewurzelte Unsitte, sodaß schon Philipp Christoph, der zugleich Kurfürst von Trier war, dagegen einschreiten mußte<sup>8</sup> und sogar von „öffentlichen Dieben“<sup>9</sup> sprach. Kardinal Hutten hat nach dem Tode Schönborns, als an fünfzehn Kapitulare 37 500 Gulden aus der Kammerkasse zur Verteilung kamen, dies als eine unverantwortliche Haushaltung gerügt. Galten diese Spolien als Ersatz für die Bemühungen der Domherrn während der Thronerledigung, so standen doch die in Speier zur Verteilung gelangten Summen in keinem Verhältnis zu andern weit reichern Stiftern, wie z. B. zum Erzstift Mainz. Dort bezog, wenn es hoch kam, der Kapitular nur 500 Gulden. Unter Stirums Vorstoß, wenn auch unter seinem Widerspruch, sind nach Huttens Tode 50 000 Gulden der Kammerkasse entzogen worden, sodaß auf einen Domherrn 3333 Gulden fielen. Der billig denkende Domsänger Freiherr v. Hutten machte sich ein Gewissen daraus, diese Summe zu behalten<sup>10</sup> und wie er, gab auch der neue Landesherr seinen Teil an die Kammerkasse zurück, ohne deswegen einen spätern Verweis der kaiserlichen Majestät sich damit zu ersparen, denn, wer reformieren will, darf eben selber nicht an alten Mißbräuchen hängen. Zahlreiche andere Anklagen gingen an den Richterstuhl des Reichshofrats. Vielsach als unberechtigt abgewiesen, hatten sie doch den einen Zweck und Erfolg, daß die vom Fürstbischof beschworene Wahlkapitulation in all ihren wichtigen die Selbstregierung des Landesherrn hindernden Artikeln sich in ein bedeutungsloses Papier verwandelte und die Mitregentschaft des Domkapitels bald als ein bloßer Traum erschien.<sup>11</sup> „Die ihrer verdorbenen Einbildung nach gewesenen Erbprinzen des Fürstentums Speier“, wie Graf Stirum sich spöttisch ausdrückte, waren auf einmal wieder in Administrationsräte tempore sedis vacantis verwandelt.<sup>12</sup> Im Kapitel wußte man wohl längst, daß im geheimen Minen gelegt waren, aber es war schwer, „dem fürstlichen Sturme Dämme entgegenzubauen und die gegen das Domkapitel gerichtete Bombe ins Wasser springen zu machen,“<sup>13</sup> solange nicht Urban, der Agent des Kapitels in Wien, mit dem Inhalte der vom Fürstbischof eingereichten Klagen bekannt war. Unerfroden vertritt Beroldingen, der zweimal wegen respektswidrigen Ausdrücken in seinen Schreiben an seinen Landesherrn schriftlich Abbitte hat leisten müssen,<sup>14</sup> selber in Wien die Sache seines Kapitels. Persönliche Abneigung gegen den Fürstbischof läßt ihn das Äußerste wagen, um den



Versuch eines autokratischen Regiments im Hochstift beizeiten zu brechen und die „Erb- und Grundherrschaft des Kapitels“ zu retten.<sup>15</sup> „Noch immer besser,“ sagte er, „man halte uns für hartnäckige Männer als für feige alte Weiber.“ Um so überraschender wirkte das Reichshofratskonkklusum vom 28. August 1781,<sup>16</sup> das als ein Erfolg der Stirum'schen Reformarbeit dem Domkapitel die Augen öffnete. „Gebührt ihm keineswegs“, heißt es nun, „die während der Sedisvakanz vom Kaiser als oberstem Lehensherrscher belassene potestatem vicariam et unde administrativam weiter als auf solche Handlungen zu erstrecken, aus deren Vorschub, so viel die interna principatus betreffen, dem Lande Schaden erwachsen könnte, die Justiz gehemmt, auch die allgemeine Ruhe und Sicherheit gestört, in Bezug auf die äußern Verhältnisse aber, auf Reichs- und Kreisgeschäfte, bei den Reichs- oder anderen ständischen Gerichten anhängigen Prozeß- oder anderen dergleichen Angelegenheiten, ein Aufenthalt verursacht werden könne.“ Alle anderen Regierungsgeschäfte stehen allein dem künftigen Regenten zu. Während der Thronerledigung werden dem Kapitel Änderung in den Landesverordnungen und Eingriffe in die Gehaltsverhältnisse der Staatsdiener verboten. Temporalien werden gesperrt, wenn nicht alle Spoliengelder in einer bestimmten Zeit an die Kammerkasse zurückgezahlt sind, den Domherren werden je 100 Taler für Trauerkleidung und den beiden Statthaltern je 600 Gulden als Vergütung für ihre Bemühungen während der Sedisvakanzzeit bewilligt. Dem neuen Herrn ist innerhalb Jahr und Tag über die interimistische Verwaltung genauer Bericht zu erstatten. Von der Wahlkapitulation wird so viel gestrichen, daß von besonderen Rechten dem Kapitel nicht mehr viel übrig bleibt. Als überflüssig ist unter anderem der Konsens desselben zu der Erhebung der Reichs- und Kreispraestanden erklärt. Vor allem wird dem Fürstbischof in Ungnaden verwiesen, daß er die von ihm bekämpfte angebliche Erb- und Grundherrschaft selbst beschworen habe, auf deren schwacher Grundlage eine ganze Reihe der Kapitulationsartikel, wie die Befreiung der domkapitel'schen Angestellten von allen Personalleistungen und eine Gleichstellung mit den fürstlichen Staatsdienern beruhte. Als ein besonderer Eingriff in die landesherrliche Gewalt aber ward der Artikel der Kapitulation aufgehoben, wonach der Landesherr zur unumschränkten Genehmigung aller während des Interregnums geführten Protokolle und aller während



desselben unternommenen Regierungshandlungen sich binden ließ. Wie eine bittere Ironie klingt es, wenn der Fürstbischof die Entscheidung des Reichshofrates den bestürzten Domherren übersendet und dabei den Wunsch ausspricht, daß die Worte des Jeremiaß: Pax et non erat pax heißen mögen: Pax et erat pax vera.<sup>17</sup> Was war das Kapitel mit der verlausulierten potestas vicaria anders mehr als ein bloßer Zuschauer? Eine „Maschine, die sich nicht eher bewegen darf, bis das Schlagwerk eine Gefahr auf den Verzug verkündet!“<sup>18</sup> Mit den Friedensworten im Munde bereitet aber der Fürstbischof nur einen neuen Ansturm vor, der auch die öffentlich rechtlichen Grundlagen der domkapitelschen Dorfschaften angreift und seine volle Landeshoheit darüber erklärt.<sup>19</sup> Mit einer Zähigkeit ohnegleichen muß sich das Kapitel gegen die Vorlage aller ihrer Originalprotokolle wehren, womit nicht allein jedes freimütige Beschließungsrecht ein für allemal unterbunden, sondern auch die in Vorschlag gebrachten Rettungsmittel als die Waffen, womit man den Gegner zu bekämpfen suchte, ihm selber ausgeliefert werden sollten.<sup>20</sup> Immer heftiger und leidenschaftlicher wird jetzt der Ton, der nun auch in Druckschriften den Speierer Domkapitelstreit aus den Kanzleien in die Öffentlichkeit trägt. Mit einer scharfsinnigen und gelehrten Verteidigung sucht das Domkapitel seinen Standpunkt staatsrechtlich, manchmal mit fossilen Beweisstücken, zu begründen. Briefe eines fränkischen Königs Childerich, Urkunden der salischen Kaiser, sogar ein Fehdebrief Friedrichs des Siegreichen von der Pfalz, nicht zuletzt der zur Analogie der Reichsvikariate kommentierte westfälische Friede und Zitate der berühmtesten Publizisten müssen zum Beweise herhalten, um sogar eine Reichsstandschaft der Domkapitel zu beweisen, den geborenen Senat, die Erb- und Grundherrschaft zu retten.<sup>21</sup> Mit Beweisstücken aus den Zeiten Konrads II.<sup>22</sup> wird das Spolienrecht verteidigt. Die Druckschrift des Domkapitels versetzte den reizbaren Landesherrn in leidenschaftliche Erregung, denn mit Hinweis auf den Mangel an Landständen war diese „Paritional-Anzeige“ zugleich das Sprachrohr der unzufriedenen Untertanen. Ein großer Teil der Domherrn war, wie besonders der feingeistige Freiherr v. Beroldingen, von den Gedanken des Josephinischen Zeitalters erfüllt und stand im Kampfe um des Kapitels wahre oder vermeintliche Verfassung zugleich als Advokat auf der Seite des mundtoten Volkes. Durch Aufhebung

der doppelten Schätzung, der Monopolen und anderer Erleichterungen während des Interregnums war das Domkapitel ohnedies populär geworden. Vor kurzem erst hatte eine Vermittlungsschrift der Domherrn beim Reichshofrat den Bruchsaler Bürgern, die wegen neuer lokaler Auflagen gegen den Landesherrn geklagt, zur Niederlage desselben mitgeholfen.<sup>23</sup> Wegen ungerechter, ungewohnter Forderungen besonders von neuen Abzugssteuern schwebte auch mit den Kollegiatstiftern zu Speier ein Prozeß.<sup>24</sup>

Unter den Domherrn war nur einer, eine friedliebende, konservative Natur, der Dekan Freiherr v. Hutten, der sich der revolutionären Strömung nicht anschloß und mit seiner ganzen staatsrechtlichen Auffassung auf die Seite des Landesherrn getreten war. Er sah mit Recht in dem so gelehrt verteidigten Spolium ein wahres Verhängnis für eine gute Wirtschaft. Für ihn war die Zeit vorüber, da die mensa episcopalis noch Bischof und Kapitel vereinigte. Ihm ist das Kapitel in Zeiten des Interregnums nur ein Vormund des verwaisten Stiftes; nicht jure proprio verwalten die Domherrn das Bistum. Sie können nur „kontinuieren“, nicht „innovieren“, wie er denn in der Mitregierung der Domkapitel, über deren Umwandlung in Landstände man sich damals ernsthafte Gedanken gemacht, nicht nur kein Glück, sondern auch kein historisch begründetes Recht sieht, „denn die Bischöfe haben ihre Gewalt in temporalibus durch die Investitur vom Kaiser und nicht vom Domkapitel“.<sup>25</sup> Graf Stirum aber sah in der Druckschrift des Domkapitels, die zugleich eine Klage war über die gesetzliche Hemmung der Eheschließungen, des freien Güterverkehrs, über die allzu harte Durchführung der Leibeigenschaftsrechte, übermäßige Bestrafung menschlicher Vergehen, zuletzt nicht über die Unterdrückung der Denkfreiheit einer aufgeklärten Zeit<sup>26</sup>, nur einen revolutionären Akt. Die Verfasser der „Anzeige“, unter denen er den Weihbischof Seelmann, den Grafen v. Mirbach und auch den freigeistigen Domherrn von Hohenfeld vermutete, sind ihm die Verführer und Aufwiegler des Volkes. „Nach den Zeiten des Faustrechtes und des entstandenen Bauernkrieges,“ schreibt er an den Kaiser, „wäre kein Beispiel in Deutschland aufzuweisen, wo ein Domkapitel, das aus Reichsgrafen und Freiherrn besteht, sich erfrecht hat, bei Eurer Kaiserlichen Majestät die Erlaubnis zu suchen, um seinen lebenden Landesherrn befehlen zu können.“ Der Verfasser des Ab-



drucks möge sich „als Großinquisitor nach Spanien begeben und dort sein Glück suchen“.<sup>27</sup> War auch der bis in Kleinigkeiten verbissene Fürst, der selbst in dem zweimaligen Gebrauche des Wortes *interregnum* „immediate Gelüste“ zu verspüren und die Domherrn deswegen zurechtzuweisen glaubte,<sup>28</sup> durch mehrere Beschlüsse des Reichshofrats<sup>29</sup> mit seinen autokratischen Ansprüchen in die Schranken der Billigkeit zurückgewiesen, so blieb doch in der wichtigsten Verfassungsfrage das Domkapitel unterlegen. „Der fürchterliche Name eines hochwürdigen gnädigst regierenden Domkapitels“, wie Stirum es bezeichnete,<sup>30</sup> hatte keinen Sinn mehr, seitdem unter Androhung der Sperrung seiner durch Rückzahlung der Spoliengelder<sup>31</sup> stark angegriffenen Einkünfte die Bezeichnung als Erb- und Grundherrn und des „geborenen Senates“ durch kaiserlichen Machtspruch verboten, und nur eine *potestas administrativa sede vacante* festgesetzt war.<sup>32</sup> Es war ein vergeblicher Versuch der Domherrn, gegen die letzte Entscheidung des Reichshofrates nunmehr beim Reichstag selber Refkurs zu ergreifen. Unter der Voraussicht der Verschwiegenheit des Buchdruckers war ein „Memoriale“ schon aus der Presse gegangen, eine starke Anklage, die in scharfen Worten dem höchsten kaiserlichen Gerichtshofe und somit dem Kaiser selber eine Rechtsverletzung und einen Gesetzesmißbrauch vorwarf. Man dachte nicht allein die französische Krone, in deren Gebiet domkapitelliche Güter lagen, als Garantin des westfälischen Friedens anzurufen<sup>33</sup>, sondern hoffte auch die gründlich verfahrenene Sache zu einer gemeinsamen Angelegenheit für alle deutschen Domkapitel zu machen. Mit Ausnahme von Regensburg wagte indeß keines dem Refurse beizutreten. Statt in ein Wespennest zu greifen, wollten sie lieber das Schicksal ihrer Verfassung der „göttlichen Vorsicht“ überlassen.<sup>34</sup> Das war nicht allein vorsichtig, sondern auch klug, denn ward einmal die Verfassung der Domkapitel zu einer *lex publica*, die mit einer gemeinsamen Norm alle verband, dann war mit der speierischen Sache auch die so verschiedenartig begründete Verfassung der übrigen deutschen Kapitel verloren.<sup>35</sup> An eine Unterstützung der weltlichen Reichsstände war aber um so weniger zu denken, da um diese Zeit der König von Preußen bei den geistlichen Fürsten für den deutschen Fürstenbund warb und man sich dort hütete, auch dem kleinen zornigen Stirum vor den Kopf zu stoßen.<sup>36</sup> Unter diesen ungünstigen Verhältnissen

nahmen die Speierer Domherrn ihren Returs zurück und begnügten sich damit, ihre Gerechtsame bis auf einen anderen Zeitpunkt durch eine Verwahrung zu decken, die unbedenklich der Diktatur und Aufnahme ad acta imperii gewürdigt ward.<sup>37</sup> Aber das speierische zurückgezogene Memoriale blieb kein Geheimnis. Ein Zufall spielte es dem Fürstbischof in die Hände und wird nun zur neuen Anklage. Tausendfach läßt er es eiligst auf eigene Kosten in Abdruck bringen und von leidenschaftlichen Anmerkungen begleitet<sup>38</sup> an alle geistlichen Fürsten, an alle Kapitel und alle am Reichstag beglaubigten Botschafter versenden. Auch die berühmten Publizisten der Zeit, Moser, Neuß, Selchow werden damit beehrt.<sup>39</sup> Behauptet doch das Domkapitel, der Fürstbischof habe sogar seine Anklageschrift, die ihn jedenfalls viel Geld gekostet, in Regensburg publice verkaufen lassen und so noch ein Geschäft damit gemacht. Es ist eine umfangreiche Druckschrift, deren mit Reichs- und Staatsrecht vertrauten Verfasser wir nicht kennen. Aber der Bruchsaler Kabinetstilus läßt die Mitarbeit des gereizten Landesherrn deutlich erkennen, wenn „vom Dunste der vorgespiegelten Gerechtsame, von aus Gallsucht in wütende Bosheit verwandelten strafbaren Ausdrücken, elendem Senatsgeschrei, projektiertem Despotismus und von der Erb- und Grundherrschaft als einer achtjährigen Brut eines Hirngespinnstes“ die Rede ist. Der kleine Reichsfürst in Bruchsal hatte einmal wieder von sich reden gemacht in Regensburg und Wien. Das speierische Memoriale aber, das in Zurückgezogenheit durch Stirums findige Kunst entbedt und durch seinen Kommentar zu einer dickeibigen Druckschrift verarbeitet, den Diplomaten von Regensburg als amüsante Lektüre für die Weihnachtsferien<sup>40</sup> dienen konnte, gab nun der Sache des Domkapitels eine ernste Wendung. Am 22. April 1788 ward das Domkapitel, soweit die Teilnahme seiner Mitglieder an dem für den Reichstag bestimmten Memoriale nachgewiesen war,<sup>41</sup> vor den kaiserlichen Hof geladen, um sich wegen ehrenrühriger Klagen gegen den Reichshofrat, grober Verleumdungen, injuriöser Ausdrücke und Mißbrauch zu verantworten.<sup>42</sup> Um diese Zeit aber war von Mainz aus dem Domkapitel der gute Rat gegeben worden, „für jetzt zu parieren“, aber beim nächsten Interregnum einen rechtschaffenen und die Gerechtigkeit liebenden Fürst zu wählen, der durch eine perpetuierliche Kapitulation dem Hochstift eine dauerhafte Verfassung geben



sollte". An der kaiserlichen Konfirmation wäre wohl nicht zu zweifeln, da seit dem deutschen Fürstenverein das Kabinet den Domkapiteln geneigter sei als den geistlichen Fürsten.<sup>43</sup> Es war zu weit hinaus vertröstet. Als zum letztenmal in der speierischen Geschichte ein Interregnum eintrat, da war die europäische Welt bereits in einer Umwandlung begriffen, in der auch das Miniaturbild des vielbestrittenen domkapitelichen Staatsrechts verschwinden sollte.

---

## III.

## Der Landesvater.

„Man nennt die Landesherrn Landesväter, weil sie für das Wohl ihrer Untertanen Sorge tragen“, erklärt ein politischer Katechismus, den der Speierer Landesfürst selber herausgegeben hat für die politisch noch unwissende und unschuldige Jugend des Hochstifts. Es ist der Ausdruck des patriarchalischen Wohlfahrtsstaates, von dessen Vertretern im achtzehnten Jahrhundert ein jeder gerne seiner Geseßestafel eine Devise gab, um auf solch ein glückliches gegenseitiges Verhältniß hinzuweisen. Das Volk war dankbar für alles, was ihm das Leben erleichterte. „Zärtliche Landesmutter“ nannten nicht sehr geschmackvoll die Deputierten von Lauterburg das Speierer Domkapitel als Dank für Aufhebung der doppelten Schätzung während des Interregnums.<sup>1</sup> Die kleinen Staatswesen des alten Reiches, deren Grenzen mancher Landesherr bequem an einem Tage in seiner Kutsche, ohne die Pferde zu wechseln, umfahren konnte, waren vor allem der gegebene Platz, wie Familienväter landesväterlich zu sorgen, Miniaturbilder, die zahlreich aufgehängt sind im Historiensaal des deutschen Volkes. Bei den geistlichen Staaten, da in der Seele des strengsten Landesherrn auch die Milde des Priesters wohnen sollte, gingen in der natürlichen Vorstellung des Volkes politische und Seelsorge ineinander über. Ein zärtlicher Herr war der Graf von Stirum nicht, das hat uns sein Streit mit den Domherrn gezeigt und Strenge, Pflichtbewußtsein und Tatkraft ohnegleichen haben ihn zu keinem beliebten, aber zu einem tüchtigen Landesvater gemacht. Es gibt kein Gebiet der Verwaltung, in das er nicht eingegriffen hätte. Nicht um Pfründen zu verzehren, war er gekommen. Es war für ihn eine Freude und ein Stück Ehrgeiz, daß er nun seine ihm angeborene praktische Anlage in größerem Stile verwerten konnte, als es dem Dechanten möglich war. Er hat sich auch nicht wenig darauf eingeildet, daß er ein guter Geschäftsmann sei und war von seiner eigenen Unfehlbarkeit in regiminalibus ebenso überzeugt, wie von der Unwissenheit seiner Beamten, sobald dieselben auch etwas zu wissen glaubten. „Bin ein alter Disasterialmann“, sagte er einmal.<sup>2</sup> Gerne wies er mit Berufung auf seine lang-



jährige Erfahrung, Neuerungen zurück. Er war allgemein als ein „wirtschaftlicher Regent“ anerkannt.<sup>3</sup>

Die ersten Jahre seiner Regierung sind dem eingehenden bewundernswerten Studium aller Verhältnisse des ihm anvertrauten Landes gewidmet. Es geht ihm wie dem neuen Hausbesitzer, der vom Keller bis zum Speicher den kleinsten Winkel besichtigt ehe er ausbessern läßt, denn in der verborgensten Ecke sitzt in der Regel der dickste Staub. Eine besondere Kommission wird eingesetzt, die das ganze Ländchen rechts und links des Rheins bereisen und dem Fürsten Vortrag halten muß über die Zustände in den einzelnen Orten. Vom 18. Mai bis 5. Juli 1784 haben diese Herren 33 Ortschaften, vom 24. August bis 14. September 27 Gemeinden bereist.<sup>4</sup> Sie berichten nun über die Zahl der Einwohner, über Allmenden und Größe der Privatmarkungen, über Viehstand und Fruchtevorrat, vor allem über die Klassen der Gemeinden. Aus diesen Untersuchungen erwächst für den Fürsten ein bis dahin im Hochstift noch unbekannter und von ihm besonders gepflegter Verwaltungszweig, die Statistik. Diese wird in musterhafter Weise für das ganze Land durchgeführt.<sup>5</sup> Jährlich mußten vor Ende Juni die Tabellen über den Personal- und Realzustand der Gemeinden eingeschickt und dem Fürsten vorgelegt werden. Sie waren keine Prunkstücke der Registratur, sondern die Grundlagen für die persönlichen Anordnungen des Fürsten. Es geht nichts aus seinem Kabinet, was nicht von ihm selber geprüft, angenommen oder verworfen ist. Ordnung in den Finanzen aber war für ihn das erste Erfordernis einer guten Staatswirtschaft. Hier fing er als ein alter Praktikus mit dem Kleinsten an. Stirum brachte von Haus aus den Sinn für peinliche Ordnung mit. Schon als Domherr und Dechant hat er, ohne den vornehmen Reigungen eines Kavaliere Zwang anzutun, über jede kleinste Ausgabe genaue Rechenschaft abgelegt. Seine Privatrechnungen und Ausgabenbücher geben uns da einen lehrreichen Einblick, der uns auch die kleinsten Züge seines spätern Staatshaushalts verständlich macht.<sup>6</sup> Dem Inhaber mehrerer Pfünden der auch nach Münster und Hildesheim zu den Kapitelsitzungen reisen mußte, stand ein auserlesener Marstall zur Verfügung; er war ein Pferdeliebhaber und Pferdefenner. Pferdehändler machen in den Privatrechnungen des Domherrn einen immer wiederkehrenden Posten aus. Auch die Luft des wohlbestellten Weinkellers kommt aus den trockenen Ausgabenregistern dem verständnisvollen Leser ent-



gegen. Im Schenken war er ein splendider Herr. Der französische Gesandte Monsieur Dbanne erhielt 2750 Gulden, um sich nach seinem Geschmack eine Tabatière anzuschaffen, auch der preussische Minister Freiherr von Zedlitz bekam ein solches in damaligen vornehmen Kreisen beliebtes Erinnerungsstück im Werte von 2200 Gulden als Geschenk. Selbst die kleinsten Ausgaben sind gebucht, wenn er einmal acht Baken Brüdengeld in Mannheim bezahlen muß oder zwei Gulden für Schreibfedern braucht. In Heidelberg hat er sich ein paar wollene Strümpfe zu fünf Gulden gekauft und als heißblütiger Herr für innere Erleichterung dem Schröpfer 27 Gulden, 7 Kreuzer und 2 Pfennige zahlen müssen. Am meisten aber haben den im Heiligen Römischen Reich berühmten Prozeßkrämer, der bei Reichshofrat und Kammergericht in guter Rundschaft stand, die Mainzer Advokaten, wie Herr Professor Horig<sup>7</sup> und die aus Privatmitteln gedruckten Streitschriften gekostet. Ehrenvoll bleibt es für den sonst harten Mann, daß für die Armen seine Privatschatulle nie verschlossen blieb und neben vorübergehenden kleinen Spenden hundert Gulden für Almosen als festes Monatsbudget verzeichnet waren.

Der Fürst ist kein anderer Finanzmann geworden als der Domherr. Das Finanzwesen des kleinen Staates trägt ja in seinem ganzen Betrieb den Charakter einer Privatwirtschaft. Der Fürst selbst ist sein Finanzminister, der allerdings strenge Scheidung der Privatschatulle von den Staatseinkünften bewahrt, niemals hat sich ein Speierer Regent private Verfügung über die letzteren angemacht. Mit einem ausgeworfenen Deputat von 12000 Gulden und 6000 Gulden Garderobegeld hat er sich zu begnügen.<sup>8</sup> Die fürstlichen Hofstafeln mit 37899 Gulden, der Marstall, auch die Besoldung des Hofstaates und Marstallpersonales werden aus dem Ararium bestritten.<sup>9</sup>

Als Stirum zur Regierung kam, traf er eine Schuldenlast von 300000 Gulden und mußte sofort 150000 aufnehmen. Er ließ durch das ganze Land hindurch alle Rechnungen revidieren und fand, daß von 1762 ab in den folgenden acht Jahren die Ausgaben 161696 Gulden höher als die Einnahmen waren, trotz der hohen Erlöse aus dem nach Holland verkauften Holz. Unter Kardinal Hutten hatte besonders das Bauwesen, das in acht Jahren 511684 Gulden verschlang, stark in die Kammerkasse eingegriffen. Stirum war meisterhaft im Sparen. Er fing mit kleinem an und wenn es auch nur ein Garderobier<sup>10</sup> oder ein Hofbüchsenmacher<sup>11</sup> war, der den Kammeralbeutel erleichterte. Seine



Kunst bestand vor allem darin, den anfangs kleinen Überschuß nicht aus der Hand zu lassen, sondern zum Kapitel zu schlagen, das nach Tilgung der Schulden in ein paar Jahren immer mehr zunahm, sodaß im Jahre 1793 ein Grundstock von 1½ Millionen erübrigt war, dessen Zinsen zur Aushilfe in Bestreitung der Staatsausgaben Verwendung fanden.<sup>12</sup> Als guter Haushalter wollte Stirum in jedem Jahre bis ins Genaueste über den finanziellen Zustand seiner Kammer unterrichtet sein, sodaß wir aus den uns erhaltenen bis ins Kleinste ausgearbeiteten Tabellen über den finanzwirtschaftlichen Fortschritt des Landesherrn uns unterrichten können.<sup>13</sup>

Die Kammerkasse bezog die Einnahmen aus den Domänen, Zehnten und Regalien aller Art, sie bestritt die Ausgaben für den Hof und die Besoldung der Beamten sowie die Unterhaltung der öffentlichen Gebäude. Die Landschaftskasse dagegen entnahm ihre Mittel aus der gewöhnlichen Schatzung, aus Steuern, Milizengeldern von ledigen Untertanen wegen nicht geleisteter Kriegsdienste und aus eingezogenem Vermögen der aus fürstlichen Militärdiensten Desertierten. Aus diesem Fundus wurden die Kosten des Reichs- und Kreiskontingents bestritten.<sup>14</sup> Während der Sedisvakanz hatte die Landschaftskasse 100000 Gulden Schulden. Da nun die einfache Landschätzung nicht so viel eintrug, um die militärischen Verpflichtungen zu erfüllen, so beschloß das Domkapitel, der Landschaft sämtliche kammerschuldige Kapitalien mit Zinsen zu erlassen, die doppelte Schätzung zum Besten der Untertanen aufzuheben und Landschafts- und Kammerkasse zu vereinigen, damit der künftige Regent gleich gute Haushaltung führen und sofort den Abgang in der Landschaftskasse aus der Hofkammer ersetzen möge. Dieser Beschluß kam zu keinem Vollzug und beruhte auf dem Irrtum, daß die Kapitalien aus der Hofkammer vorgeschossen worden seien.

Durch sparsame Wirtschaft brachte es Stirum in kurzer Zeit so weit, daß die aus früheren Kriegsjahren stammenden von Privatpersonen aufgenommenen Kapitalien nicht von der Kammer, sondern vom Land abgetragen worden waren, und alle Ortschaften, deren finanzielle Armseeligkeit aus den Kommissionsberichten deutlich hervorgeht, sogar einen Vorrat gemeiner Einkünfte besaßen.<sup>15</sup> Wie der Fürstbischof selber behauptete, war sein Land das einzige, in welchem die Landschätzung nur zur Bestreitung der gewöhnlichen Reichs- und Kreisprästanzen bestimmt war und die Landschaft zur Verwaltung der Justiz und zur



Bezahlung der Diener nicht das mindeste beitrug. Der ordentliche Schatzungsfuß im Lande war nicht hoch und betrug als einfache Leistung nur 1 Gulden 40 Kreuzer vom Hundert, nach welchem Fuß die Extraordinaria auf das Land verteilt waren. Unter Kardinal Hutten hatte man der Kriegsläufe wegen eine doppelte Schätzung zu 3 Gulden 20 Kreuzer vom Hundert anlegen müssen, die aber während der Sedisvakanz von dem Domkapitel, der „guten Landesmutter“, wieder aufgehoben wurde.<sup>16</sup>

Den Gemeinden, auf denen die Steuerkraft des Landes beruhte, wandte der Fürstbischof seine ganz besondere Fürsorge und ruhelose Arbeit zu. Um das Rechnungswesen in Ordnung zu bringen und darin zu erhalten, ward eine ständige Kommission eingesetzt. Sie hatte darauf zu achten, daß die in den Rechnungen vorgefundenen Mängel künftig hin unterblieben, Rückstände eingetrieben und keine unschuldigen Anweisungen von Ortsvorständen an die Bürgermeisterämter geschähen. Als außerordentliches Geschäft hatte die Kommission die sämtlichen Diätenzettel durchzusehen, die Rechnungsrevisionen zu besorgen, die Verantwortungen einzuholen, über die wirtschaftliche Kraft der einzelnen Gemeinden aus den Rechnungen Aufschluß zu geben und jährlich einen Hauptbericht über alle vorgefundenen Mängel einzusenden.

Nach ein paar Jahren kannte der Fürst den wirtschaftlichen Zustand seines Landes bis ins Kleinste, weil er selber alles prüfte und unter den Beamten die ihm vom Kammerrat bis zum kleinen Stabhalter dienten, der oberste Beamte war, von dem alle Glieder dieser Verwaltungsmaschine in Bewegung gesetzt waren. Bei seinem Regierungsantritt hat er alle Gemeinderrechnungen auch aus den Zeiten seines Vorgängers wie ein gestrenger Revisor selber durchgesehen<sup>17</sup>. Ein Einblick in diesen kleinen Staatshaushalt ist lehrreich und amüsant. Wenn die Gemeinde Edesheim 30 Gulden für Schreibmaterialien verausgabt, ist's ihm doch gar „zu stark“. Bald folgt ein Erlaß, von allen Amtsorten werden Vorschläge verlangt, wie man der willkürlichen Verrechnung der Schreibmaterialien vorbeugen könne.<sup>18</sup> Die aufgeweckten Deidesheimer haben ein Regulativ ausgeflügelt, wonach alle Gemeinden in drei Klassen einzuteilen seien, sodaß man jährlich 30, 12 und 6 Gulden auswerfen, das Schreibmaterial auf dem Rathause aufbewahren und über seine Verwendung berichten solle.<sup>19</sup> Selbstverständlich haben sich die vornehmen Übrerrheiner in die erste Klasse gesetzt. Die Hanhofener



dagegen sind entrüstet über den Vorwurf schlechter Haushaltung, da sie 8 Gulden für Schreibmaterial gebraucht und rechtfertigen sich damit, daß sie „die Gemeinde auch nicht geringer machen könnten und daß auf der Nachtwache gebrauchte Öhl mit in den Konto eingesezt sei.“<sup>20</sup> Die Waldseer geben dem Herrn Amtmann durch die Zeilen sehr richtig zu verstehen, daß seit der Regierung des neuen Herrn doch mehr als sonst geschrieben werde, kein Wunder, wenn ihre Ausgaben für Federhefte, Papier und Tinte von 1778 bis 1782 um 19 Gulden sich erhöht haben.<sup>21</sup> Die Amtmänner hatten zwar mehr zu tun als sonst, aber der Landesherr nahm ihnen auch Arbeit ab, da zahlreiche Gemeinden ihren Bericht direkt an den Landesvater gerichtet haben. Der Bedarf an Schreibmaterial im Fürstentum Bruchsal war somit Kabinetsache geworden. Es gibt aber auch Fälle, wo Celsissimus nicht so knauserig ist, denn er will keine falsche Sparsamkeit haben. Wenn eine Gemeinde für einen neuen Feuereimer einen Gulden 30 Kreuzer berechnet hat, so kann seinem Ermessen nach um solch geringen Preis nichts Solides geliefert werden. Darum „ist sein gnädiger Wille, daß hievor ein Gulden 40 Kreuzer<sup>22</sup> ins Budget eingesezt werde“. Dafür wird aber auch das übliche Präsent für die Buben, so auf Laetare den Sommertag ansingen, aus der Gemeindefasse gestrichen.<sup>23</sup> Für einheimische Volkspoesie hatte ein kühler Rechenmeister nun einmal kein Verständnis. Wird doch sogar von einem Landesvater, der zugleich geistlich ist, der Gemeinde Reibshheim die Ausgabe für neue Kirchenfahnen, als für überflüssige Gegenstände verboten.<sup>23a</sup>

Es ist Miniaturwirtschaft, die Stirum von seinem Kabinet aus besorgt, aber bezeichnend für die Art und Weise, wie er durch Sparen mit den Pfennigen seinen Bauern Geld in die Gemeindefassen bringt. Es galt vor allem, alteingebürgerten Unfug auszurotten, der den Bauern wie eine unab lösbare Fessel anhing. Dem „Diätenshinden“ auf Kosten der Gemeinde ging der Fürstbischof ernstlich zu Leibe. Er ließ alle Rechnungen daraufhin revidieren. Es sind noch ganze Listen übrig von zurückbezahltem Gelde. Eine althergebrachte Unsitte war das Zechen oder Bürsten bei öffentlichen Versteigerungen auf Kosten der Gemeinden und des Einzelnen. Wer bei Holzversteigerungen den Zuschlag erhielt, mußte über Gebühr dem Bachus opfern.

Namen Bestandsgüter oder öffentlicher Gemeindebesitz zur Versteigerung, so wußten sich die Kommissionen keines bessern Griffs zu be-



dienen, als die Bauern vor dem Angebot sich auf öffentliche Kosten „so voll saufen zu lassen“, daß sie den Steigerungsgegenstand weit überboten und die soliden Käufer hinwegtrieben. Auch bei Vorstellung neuer Ortsvorstände mußte dem Amtmann und seinem Schreiber auf Gemeindefasten ein Mittagsmahl für 30 und mehr Gulden aufgetischt werden. Alle diese jovialen Steigerer waren aber die schlechtesten Zahler, alte Rezeffe wuchsen an und der Gemeindefasse entgingen die notwendigsten Erlöse zur Bestreitung öffentlicher Lasten. Alle solche, „Douceurs“ waren ein für allemal verboten. Durch strenge Verordnungen suchte der Fürstbischof dem Zudenwucher,<sup>24</sup> der schwer auf dem Bauer lastete und ein bei solch verschuldeter Wirtschaft günstiges Arbeitsfeld vorfand, sein Handwerk zu entziehen. Den Gerichten ward auch verboten, für die Vieh kaufenden Bürger gutzusprechen und die Rückzahlung des von den Kellereien ausgeliehenen Geldes, von den Bürgern „von Amts wegen“ besorgen zu lassen.<sup>24a</sup>

Vieles war, seit Stirum regierte, hier besser geworden, denn er duldete keine Gemeindefschulden und die Bürgermeister wußten, daß in Bruchsal der fürstliche Oberrevisor saß, der am Ende des Jahres in ihre Bücher hineinsah. In Gemeinden, wo noch Schulden waren, mußte jährlich ein Quantum Wein erhoben und beim Bürgermeisteramt aufgehoben werden, um nach und nach die Schulden abzutragen.<sup>25</sup> Schon zu Beginn seiner Regierung hat der umsichtige Fürstbischof auch eine Sparkasse errichtet. Waren früher manchen Ortschaften Holz, Gras und sonstige gemeine Gaben unentgeltlich ausgeteilt worden, so sollte dafür von jetzt ab nach amtlichem Ermessen eine Abgabe dem Bürgermeisteramt bezahlt und als Kapital angelegt werden: ein Notpfennig für schlechte Zeiten. Aus den Notpfennigen und Sparpfennigen sind die Gulden herausgewachsen. Im Jahre 1710 hatten die Gemeinden unter der Queich 45617 fl. Kapitalien aber 162,400 Passiva, im Jahre 1788 besaßen sie nur 35375 Passiv-Schulden, dagegen 202359 Gulden Aktivkapitalien.<sup>26</sup>

Bald nach seinem Regierungsantritt, der durch eine ganze Flut von Erlassen, Ordnungen, Instruktionen und Tabellen den ernstesten Willen, die musterhafte Ordnungsliebe und umsichtsvolle Arbeitslust des neuen Herrn kund gab, hat Fürstbischof August seine Aufmerksamkeit auch dem Hofe zugewendet. Der Palast, in dem sich die fürstliche Haushaltung ganz im Stile der weltlichen Fürsten bewegte, war nun vollen-



det. In seinem weiten Ehrenhofe, in seinen großen Festsälen bot er Raum genug für eine glänzende Repräsentation. Hier an diesem Meisterwerke des Barock- und Rokokostiles brauchte der neue Herr nichts zu reformieren. Er wäre auch zu sparsam gewesen, zu kameralistisch, um eine unrentable Anlage zu schaffen. Er war kein Kunstmäzen, Geld im Kameralbeutel war ihm lieber als gefüllte Kunstkammern. Zwar hat auch Stirum auf einen höfischen Glanz gesehen und war ein splendor Herr, wenn fremde Gäste seinen Hof besuchten, für sich, nach den Berichten seines Leibarztes, ein mäßiger Herr. Trotzdem weiß uns Graf Schütz viel zu erzählen von dem köstlichen „Service von Ananas“ und dem „gefrorenen Rheinthalser auf Tokayerfässer“ gefüllt. Der fürstliche Weinkeller war berühmt, das überrheinische Ländchen die Domäne des Weinbaues. Man erzählt von diesem reaktionären Manne, daß für ihn, der niemals einen Pfennig für ein gelehrtes Reisestipendium ausgegeben hätte, stets zwei bis drei Köche durch ganz Europa unterwegs waren, um die neuesten Fortschritte der kulinarischen Kunst zu studieren.<sup>27</sup>

Solcher Üppigkeit entsprach freilich die übrige Ökonomie seines Hofes nicht.

Schon 1773 wird eine neue Gehaltsordnung für die Hofbedienten geschaffen, deren Unterhalt bisher durch den Ankauf von Naturalien die Kammerkasse stark belastet hatte. In die Auszahlung der Gehälter kam Ordnung durch Einführung einer monatlichen Vergütung, die mit dem Schlusse des Monats aufhörte, wenn ein Bedienter seinen Dienst verlassen.<sup>28</sup> Nicht einmal die Livrée am Leibe nimmt er mit in das zivile Dasein, zum mindesten werden die Knöpfe abgeschnitten, um dem Ararium einverleibt zu werden, und die abgetrennten Borden dienen dem edlen Zwecke, daß der Erlös aus ihrem Verlaufe dem Kapitel der Witwenkasse zugute kommt. Auch mit den Lichtern wird gespart und einmal sehr ernstlich durch hohen Erlaß in Erwägung gezogen, ob es nicht vorteilhafter sei, gelbes statt weißen Wachses zu verbrennen. Der sparsame Finanzmann aber, von dem die Sage ging, daß er kein Frauenzimmer ansehen könne, ohne auszuspeien, wollte wohl weniger aus diesem Mangel an Courtoisie als aus kameralistischen Gründen die verheirateten Diener am Hofe nicht dulden, denn sie sind nur Leute, „die auf Gottes Barmherzigkeit heiraten, das Land mit einer armen Nachlassenschaft an Weib und Kind bevölkern und zum Bedruck des ohnehin

belästigten Cameralis einen zeitlichen Landesregenten um die nötige Nahrung behelligen.“ Nur reiche Frauen konnten den hohen Herrn zu einem Dispens von diesem Hofzölibat bewegen. Wie sein Oheim Cardinal Schönborn, wachte auch er über Küche und Keller, Diener und Lieferanten und prüfte die Rechnungen wie jeder gute Bürger draußen in Stadt und Land.

Die Verwaltung des Fürstbischofs war nicht das ausschließliche Ergebnis der im Laufe der Jahre sich geltend machenden Erfordernisse, sondern beruhte auf einem von vornherein wohl durchdachten Arbeitsplan, der um das Kleinste sich kümmerte.

Gleich zu Beginn seiner Regierung hat er eine Amterordnung erlassen in 117 Paragraphen, nach der doktrinen Art der Zeit gleichsam ein Lehrbuch der hochfürstlich speierischen Staatsverwaltung, umständlich, nicht immer klar, nicht frei von moralischer Färbung, aber doch eine Leistung, die allein mit Rücksicht auf die ihr zugrunde liegende Arbeit dem Landesvater alle Ehre macht.<sup>29</sup> Diese Ordnung ist zugleich ein interessanter, wenn auch theoretisch und gesetzlich mißglückter Versuch, die Polizei von der Justizpflege zu trennen, eine Frage, um deren wissenschaftliche Klarstellung sich ja bedeutende Köpfe wie Conring, Thomasius und viele andere vergeblich bemüht haben.<sup>30</sup> Auch die speierische Prozeßordnung vom Jahr 1771<sup>31</sup>, eines der ersten gesetzgeberischen Werke Stirums behandelt die Justiz in bürgerlichen Sachen „als einen wesentlichen Teil der Polizeipflege, in ihrem weitfichtigeren Verstande genommen.“ Die neue Polizei-Ordnung von 1772 beschäftigt sich ausschließlich „mit der guten Handhabe, der guten Verwaltung der Gerechtsame, Güter und Einkünfte und auch guter Festhaltung auf Reichs-, Kreis- und Landes- Satz- und Ordnungen“ und nimmt in dieser engen cameralistisch beeinflussten Fassung doch nur einen kleinen Teil von dem ein, was schon die Theoretiker des achtzehnten Jahrhundert, wie der gelehrte Ernst Gottlob Rößig in Leipzig, klarer dargestellt haben.<sup>32</sup>

Weitaus den größten Teil der speierischen „Ordnung“ beansprucht die Justizpflege, deren „bürgerlicher Teil im Anschluß an die Theorie der Prozeßordnung ganz ungezweifelt“ als ein Stück Polizei betrachtet wird. Praktisch gab es darum auch zahlreiche „Jurisdiktions-Kollisionen“, wenn die Lösung einfacher Strafsachen durch Herbeiziehung an die Gerichte erschwert ward.<sup>33</sup> Um diesen Mißständen vorzubeugen überwies der neue Landesherr das Polizeiwesen, soweit es nur die öffentliche



Ordnung betraf und mit bürgerlichen Prozessen nichts zu tun hatte, an eine besonders dazu eingesetzte Kommission, die unmittelbar unter dem Fürsten stand. Es gab keinen anderen Appellationsweg, als nur an Celsissimi Kabinet. In Fällen des Zweifels, ob die Justiz oder Polizei zu entscheiden habe, kann nur der Fürst die Antwort geben.<sup>33a</sup> Vorsitzender der am 2. November 1779 ernannten Polizeikommission war der Vertrauensmann des Fürsten Geh. Rat Wolff und der in der Kommission sitzende Stadtschultheiß ist der Exekutor aller Verfügungen. Auch das Militär bildete damals noch ein Stück Polizei und ein Leutnant mußte in der Kommission vertreten sein, die allezeit einen Offizier mit einem „ständig zum erforderlichen Gebrauch nach Befund nötigen Kommando in Bereitschaft“ finden sollte. Dieser Kommission war vor allem die Aufgabe gestellt, alle früheren, den Verhältnissen gar nicht mehr angemessenen Verordnungen zu prüfen, durch zeitgemäße Neuerungen zu ändern, nach und nach das ganze Polizeistrafwesen zu bessern und mit Reformen da den Anfang zu machen, wo die Verhältnisse als Mißbrauch am meisten empfunden werden. Es ist doch ein schon bestimmt umrissenes Gebiet, was dieser Kommission zugewiesen ist: Gesundheitspflege und Gewerbe, Handel und Armenpflege, Überwachung von Maß und Gewicht, Schutz gegen Feuers- und Wassergefahr. Die Förderung des Nahrungsstandes lag dem Fürsten besonders am Herzen. In allem aber wollte er kurzes Verfahren, keine Sache sollte über 14 Tage ohnerledigt bleiben. Überall spürt man den Herrscherwillen des Fürsten selbst, er war und blieb im Ländchen doch der oberste Polizeikommissär der bis in die Ausfertigung der Protokolle hinein, die ihm wöchentlich vorgelegt werden mußten, strenge auf Ordnung hielt.

Wie das „gerichtliche Protokoll wahrhaft die Seele aller gerichtlichen Handlungen ist, wornach selbst das Gericht nach und nach sich ersehen, belehren und richten muß, die Nachkommenschaft aber den wahren Grund von allen ergangenen Verordnungen und getroffenen Veranstellungen zu erfahren im stande ist“, so hatte auch der Aktuar der neuen Kommission peinlich Sorge zu tragen, daß alles in dem akkurat diktierten Protokoll in Text und in margine stimmte. Es war nun einmal die Zeit des Reglements, da selbst ein freisinniger Mann wie Schubart begeistert: „O Polizei, Tochter der Ordnung“ ausrief und im strengen vielseitigen Reglement für den Staat die größte Wohltat sah.

Glückliche Tage, da man noch Zeit hatte, in margine langstieliger Aktenstücke moralische Betrachtungen und wandelbare Herzensstimmungen niederzuschreiben und dem Amtmann so gut wie dem Nachtwächter eine Straflektion zu halten. Schon 1774, also vor Einrichtung der neuen Polizeikommission, hatte der Fürstbischof dem Oberamtman die Führung eines Diariums befohlen, in dem alle Vorkommnisse des Tages und Entscheidungen des lokalen Polizeivorstandes für das Bizedominat Bruchsal aufgezeichnet werden mußten.

Täglich wird es dem hohen Herrn im Schlosse zur Prüfung vorgelegt. Die einzelnen Blätter, nach strenger Vorschrift gebrochen, schaffen reichen Platz für Celsissimi Randnoten, für wechselnde Stimmung auf haltbarem Kanzleipapiere, bald ernst und moralisierend, bald grob und humorvoll. Der Oberamtman hat längst seinen Groll überwunden, aber uns ist das Vergnügen geblieben, daß wir das alte Bruchsal und die alten Bruchhainer betrachten und raisonnieren hören können, ohne auf dem Damianstor eingesperrt zu werden. Denn kein „pro forma diarium“ will der Fürst haben, nichts will er „ex favore sive respectu ausgelassen haben“, auch was der Büttel mit der Schelle verkündigt. Er ist der Polizeikommissär selber, der persönlich zu den Tanzunterhaltungen und dem Aufspielen die Erlaubnis gibt und das Wirtshausleben der Bürger und Bauern überwacht. Vielleicht hat ihn auch das Hundegebell gestört, weil er eines Tages wie ein zweiter Herodes die Abschaffung aller dieser vierbeinigen Wächter der Ordnung für das ganze Oberamt Bruchsal befiehlt, sodaß man daselbst anno 1779 eine allgemeine Hundeflucht ins neutrale Gebiet der Pfälzer und Schwaben erlebt hat.

Seiner Entschließung allein war es vorbehalten, künftighin durch Erlaß an die Polizeikommission das Privilegium des Hundebesizes frei oder gegen die für die Waisenhauskasse bestimmte hohe Hundetaxe von 10 und später 5 Gulden zu gewähren und er nahm es auch hier strenge. Selbst ein Hofrat und Amtmann von Rirrweiler, der „neun Motiva“ zur höchsten Einsicht des Fürsten vorgelegt, kann seinen neuen Hofhund nicht retten, wenn er nicht 10 Gulden pro Tag Strafe zahlen will. Da er mit „leichten Vorspiegelungen“ seinen Herrn gereizt zu haben scheint, wird er nicht zum zweitenmal gekommen sein. So viele Petitionen um eine Hundemarke sind wohl selten bei einem Polizeiamt niedergelegt worden wie am Throne des Fürstbischofs von Speier



und wie ein wichtiger Staatsakt erscheint es uns, wenn gar die neuen Hundezeichen zur hohen Genehmigung dem einsichtsvollen Blicke des Fürsten vorgelegt werden müssen.

Da er seine hitzigen Bruchhainer kennt, die nicht stille sitzen bei Wein und Tanzmusik, so macht ihn manchmal ein monatelanges Silentium im Protokollbuch gegen die polizeilichen Organe und deren „*Arumst inter privatos parietes alles abzutun*“ mißtrauisch. Von Zeit zu Zeit mußte „dieses Diarium aus seiner pflicht- und dienstvollen Lethargie beim hochlöblichen Oberamt wieder erwecket werden“. Daß in Bruchsal und Umgebung so lange nichts Polizeiwidriges passieren könne, glaubt der gestrenge Menschenkenner nicht. Gelfissimus wollen aber alles wissen und wissen manchmal mehr als die Büttel und Nachtwächter. Seinen wachsamen Augen entgeht es nicht, wenn die Bruchsaler Jugend sich in allzu paradiesischer Verfassung während der Hundstage im Wasser tummelt oder der Trompeter Götz einen bei ihm wohnenden Schulstudenten mit sich ins Wirtshaus nimmt. Einer von den jugendlichen Wasservögeln ist zwar nachgewiesenermaßen unschuldig und frei von Kränkung der öffentlichen Sittlichkeit. Tut nichts! Der Bruchsaler Polizei steht wohlthätig auch die *patria potestas* zur Seite. Zur künftigen Warnung wenigstens soll der jugendliche, unschuldig Angeklagte im Beisein eines Polizeidieners durch den Vater mit der Rute abgestraft werden und der Diener der Obrigkeit den sofortigen Vollzug der Polizeikommission rapportieren.

Dem strengen Fürstbischof ist selten eine Strafe zu hart, denn der große Moralprediger und Katechet im Umgang mit seinen Untertanen war auch auf dem Gebiete des Strafvollzuges frei von Empfindsamkeit. Hier wirkte der Prügel besser als ein Zitat aus dem neuen Testamente. Von Geldstrafen war er ohnedies kein Freund. Es zeigt von sehr praktischer Lebensauffassung, wenn er sagt, daß von Geldstrafen nur „Frau und Kinder betroffen seien“. Darum sollen einem Missetäter, der zu fünfzehn Streichen verurteilt, sechs davon — wir wissen nicht, ob laut oder durch eine bejähigende Handbewegung nach rückwärts — bereits quittiert hat, die übrigen neune ex „*speciali gratia*“ erlassen statt durch Geld abgelöst werden. Im Zuchthause zu Bruchsal brauchte ein Sträfling sich nur „in böshafter Verachtung der Kost“ zu äußern, so konnte ihm ein besonderer Nachtsch in Form von drei bis vier Streichen und im Wiederholungsfalle mit einem oder gar zwei Duzend Prügel im

Bock dargereicht werden. In Zeiten, da es guten und billigen Wein gab wie anno 1776, da die Maß vier Kreuzer kostete und die Schlägereien zu den herkömmlichen Belustigungen der Kirchweihen gehörten, da war nach der hochfürstlichen Entscheidung das Damianstor das beste Mittel zur „Abkühlung der großen Hitze“. Dort oben in der „Bezzenkammer“ saßen die Übeltäter ohne Unterschied des Standes, ungehorsame Ratsmitglieder neben den Nachtschwärmern, die gegen fünf Gulden Fanggeld nach der Polizeistunde eingefangen oder ohne Laterne bei einbrechender Dunkelheit ausgegangen waren, fröhliche Übersitzer neben den Vertretern des weiblichen Geschlechts, die einer außerehe-lichen Erhöhung der Bruchsaler Bevölkerungsstatistik sich schuldig gemacht und bei wiederholten derartigen Beiträgen Zuchthaus und Landesverweisung zu erwarten hatten. Marktdiebe, die man bei ihren Übergriffen in die Körbe erwischt hatte, pflegte man durch die Reihen der Verkäufer zu führen und nach beendigter Vorstellung mit zwanzig Prügel abzustrafen, wie es dem Juden Abraham Moses aus Hamburg geschehen war. Eine der gerechtesten und auch in ihrer Ausführung jedenfalls erfolgreichsten Strafen war im Hochstift Speier besonders unter Stirums Regiment gegen die Feld- und Baumsfrever festgesetzt.

Wer junge Bäume und Weinstöcke mutwilligerweise beschädigte, dem sollte einer Verordnung von 1746 gemäß die rechte Hand abgehauen werden. Ausstellen am Pranger, Auspeitschen mit Ruten und Landesverweis ward noch 1766 Gesetz. Der sonst harte Stirum ließ hier würdigere Milderungen eintreten. Immerhin blieb noch eine harte Strafe übrig. Handelte es sich nur um einen Schaden von einem Gulden 30 Kreuzer, so waren das erstemal zwölf Stunden, im Wiederholungsfalle 24 Stunden, das drittemal drei Tage bei Wasser und Brod im Dunkelarrest festgesetzt, dann folgen aufsteigend Strafen mit der Geige um den Hals und das wirksamste Mittel: der Bock mit zwölf Streichen auf das Gesicht.

Soweit die Carolina nichts bestimmt, ist der Fürstbischof Ausleger des Gesetzes, das er ja selber gemacht hat. „Celsissimus“, heißt es in dem Polizeidiarium vom Jahre 1777 — „werden sich im Regentenamt ebensowenig als ihr Herr Vorfahre Schranken setzen lassen.“ Ihm allein war es daher vorbehalten, die Höhe der Strafen zu bestimmen, aber seine Entscheidungen waren doch nicht alle von selbstherrlicher Laune, sondern von der Überzeugung geleitet, den moralischen Zustand seines



Ländchens bessern und heben zu können. Es war doch eine Wohltat, daß durch Verlegung aller Kirchweihen im Lande auf Martini<sup>34</sup> man nur einmal im Jahre Gelegenheit hatte, seine Sorgen in altem und neuem Wein zu vertreiben. Zahlreiche harte Bestimmungen gegen sittliche Vergehen waren doch der Ausdruck eigensten sittlichen Gefühls des Landesherrn. Wie sein großer Oheim Schönborn war auch er kein Freund des schönen Geschlechts. Eine Frau von Coudenhoven, die in aller Ehrbarkeit mit dem bieder Mainzer Erthal den Kurstaat regieren half, wäre am Bruchsaler Hofe undenkbar, zumal neben dem eigensinnigen Kopfe eines Stirum. Ein Glück, daß ihm vom Schicksal ein zölibatäres Fürstentum beschieden war. Eine Frau hätte neben ihm so wenig das letzte Wort gehabt wie selbst das Hofgericht zu Bruchsal.<sup>35</sup> Sein Weiberhaß gab Stoff zu mancher Anekdote ab, die man durchreisenden Fremden im Stile des Herrn von Böllnitz aufzulegen pflegte und seiner überstrengen Auffassung entsprang so manche Verfügung harter, inhumaner, ungerechter und bizarrer Art.<sup>36</sup> So ist es ein Miniaturbildchen eigner Art, wenn der gestrenge Landesherr, der mit seinen Polizeistunden den Durst seiner Bruchsaler zu regulieren glaubte, auch über der Tugend seiner weiblichen Untertanen und dem Accouchement im Bizedomnat vom Stuhle des Polizeikommissärs aus sein wachsam Auge hält.

Auch am Hofe herrschte strenge Zucht. Wie er die ledigen Burschen, die bei den Schönen des Landes mit zarten Aufmerksamkeiten sich herumtrieben, zu Wasser und Brod verdamnte, so war auch ein Hofdiener, der sich nur im geringsten sittlich vergaß, vom Dienste entlassen. Und doch war der harte Stirum, der unbeugsam am Alten hing, zur Milderung in der Form der Strafen geneigt, wenn das sittliche Gefühl darunter leiden mußte, wie er denn mit Rücksicht auf die Jugend den sogenannten Lasterkarren und das öffentliche Ausstellen in und außerhalb der Kirche für Vertreter des weiblichen Geschlechts, die sittlich sich vergangen hatten, mit andern strengen Formen vom Zuchthaus bis zur Landesverweisung vertauschte.<sup>36a</sup> Scharf ließ er über dem Müßiggang wachen. Dienstlose Weibleute, soferne sie nicht in ihrer Familie selber Verwundung nachweisen konnten, waren nicht geduldet und gezwungen zu einer vorgeschriebenen Frist bei Strafe sich in Magddienste zu begeben. An die Humanität als Besserungsmittel hat Stirum nie geglaubt und sah in derartigen Vorschlägen seiner Kommission nur ein Stück der ihm



verhaßten „aufgeklärten Zeiten“.<sup>37</sup> Es ist schwer zu sagen, ob alle Polizeireglements diese kleine Bruchsaler Welt gebessert haben. Die Protokolle wenigstens lassen davon nichts merken. Der Polizeistock konnte vor allem die Erbsünden eines fröhlichen Volkes nicht heilen. Es wird eben in Stadt und Land weiter gesoffen und randaliert und die Schlägereien hören nicht auf. Ein hitziges Völkchen, da nicht allein die Bauern, sondern sogar die sonst friedlichen Schneidergesellen aneinander geraten.

Wenn die Polizei nach Johann Jakob Moser<sup>38</sup> „gute Ordnung im gemeinen Leben und Wandel“ bedeutet, so hat wohl keiner der Speierer Fürsten in so vielen Verordnungen dafür gesorgt als Graf Stirum. Vereinigt mit den Erlassen früherer Regenten entstand so die Sammlung speierischer Gesetze in vier Teilen, die eine Fundgrube bildet für die Kenntnis der gesamten Staatsverwaltung des Ländchens. Es gibt keinen Zweig dieses öffentlichen Ordnungswesens, dem nicht der neue Landesherr seine Aufmerksamkeit geschenkt hätte. Würdig reiht sich die ungedruckte Sammlung aller für die Staats- und Hofdiener neu angefertigter Dienstinstruktionen den zahlreichen andern Erlassen an.<sup>39</sup> Für alle Behörden, das Konsistorium, die Regierung, (Hofrat) und Rentkammer, die einzelnen Hofämter, Oberämter und Ämter, die Gesandtschaften, für einen jeden Diener bis zum Rapaunenstopfer herab, der zum Hofetat gehörte, werden neue Gehaltsätze geschaffen, die nur noch eine kleine Beigabe der alten Naturalvergütung mit sich führend in sauber und peinlich ausgearbeiteten Tabellen uns den Beamtenstatus des Hochstifts zur übersichtlichen Darstellung bringen.<sup>40</sup> Dem Gehaltsregulativ ist als eins der verdienstvollsten Werke Stirums, das ihm in der Geschichte des Beamtentums für alle Zeiten Ehre macht, die Witwenkasse gefolgt.<sup>41</sup> Mit einem kleinen Kapital von 2000 Gulden hat Kardinal Hutten damit begonnen; durch Beiträge aus der Privatschatulle Stirums, aus Kammer- und andern Beiträgen ist das Kapital schon 1772 auf 70000 Gulden gestiegen, sodaß sich der neue Landesherr ohne viel Rühmens als den Stifter dieser wohlthätigen Einrichtung betrachten durfte, die einer jeden Witwe in der ersten Klasse 30, in der zweiten 20, in der dritten 10 Gulden monatlich zuwies.<sup>42</sup>

Der Finanzzustand des Fürstentums, wie ihn die Tabellen darstellen, gibt allerdings noch kein Abbild von dem Wohlstand des Landes. Kammerrat Baader, der mit der wenig erfreulichen Aufgabe betraut war, mit andern Kollegen des Disasteriums aus diesen minutiösen Rechnungen



der fortlaufenden Jahre die Erfolge des Geschäftsinns seines gestrengen Herrn in aufsteigender Linie klarzumachen, huldigte modernen Grundsätzen. Er wagte es zu sagen, daß aus den vollen fürstlichen Kassen nur Privatwirtschaft, keine Volkswirtschaft zu schließen sei, daß sie keinen Überschuß des im Lande verteilten Vermögens bedeuteten und gefüllte Fruchtspeicher, die nur als Almosen durch Vorschüsse an die geldbedürftigen Untertanen oder in Austeilung von Früchten in hungrigen Tagen die Hungersnot stillten, der Volkswirtschaft entzogen wären. „Der möglichst größten Menge von Menschen Nahrungsmittel zu öffnen und sie durch tätige Hilfsmittel glücklich zu machen“, war der Grundsatz, nach denen auch volkswirtschaftlich aufgeklärte Fürsten wie die Herren in Mainz, Würzburg und Bamberg, die Vertreter eines merkantilen Systems, ihre Experimente mit dem Volkswohl durchführten.

Sparen heißt nicht allein ansammeln, sondern auch wirtschaften. Auch für den modern denkenden Kammerrat war für den Begriff des „Vorrats“ weder die einzelne Zahl noch die Summe ein Maßstab. So gehörten, wie Baader seinem Herrn klar zu machen versuchte, auch Baulichkeiten zum Vorrat eines Landes, selbst wenn sie gar nicht notwendig, und nur zum Vergnügen dienten. Schenkungen und Wohltaten sind Vorrat, sie bleiben im Umlauf und setzen den Untertanen in Stand, dem Regenten die Abgaben zu entrichten.<sup>42a</sup> Die „elenden und verworfenen Sätze“, wie Stirum die Meinung eines verständigen Staatsdieners beurteilte, waren allerdings eine Verurteilung eines Systems, das bei allen „wohlfahrtsgemäßen“ Anlagen, doch noch ein ganzes Stück feudaler Wirtschaftspolitik bis zur französischen Revolution mitschleppte und bei dem allen Neuerungen abgeneigten Fürsten keine Änderung erfuhr. Als sein Nachbar Karl Friedrich von Baden wegen gänzlicher Aufhebung des Abzugsgeldes sich an ihn wandte, gab er die bezeichnende Antwort: „Bei jetzigen verkünstelten und aufgeklärten Zeiten gedenken Celsissimus nicht in Neuerungen einzugehen, sondern wollen derlei baden-durlachische ohnreife Früchte besser durch die Sonne und Wärme reifen lassen.“<sup>43</sup> Während Karl Friedrichs Regierung durch Aufhebung der Leibeigenschaft gesegnet und gepriesen ward, hielt der speierische Nachbar an diesem Realrechte fest. Der Ausfauth, dem die Überwachung der Leibeigenschaft und die Aufrechterhaltung der damit zusammenhängenden Gerechtsame zufiel, hatte im Speierischen immer noch viel zu tun. Freilich



Klang der Name härter, als in der That die Last war, und die Unfreiheit bedeutete noch lange keine Sklaverei, denn der Leibzins, den der Ausfauth einzuziehen hatte, betrug an sich keine große Abgabe, aber die Art seiner Erhebung unter der Kabinettsregierung Stirum's, der keine Einnahme sich entgehen ließ, und die Art der Einschränkung bürgerlicher Freiheit machte das 1771 neu regulierte Institut zum Gegenstande der öffentlichen Kritik in einer aufgeklärten Zeit. Schlözer vor allem läßt es sich nicht entgehen, den speierischen Ausfauth in einem politischen Karikätenkabinet dem deutschen Publikum vorzuführen und wünscht, daß einer von den stark überwachten fremden Leibeigenen sich einschliche und mit der Zeit das ganze Bistum im Naturrecht und Christentum aufklärte<sup>44</sup>. Diese Unfreiheit war mit einer Strenge durchgeführt, die vielfach an das Unnatürliche grenzte.

Die Abgaben für Manumission und Abzug waren so unbeschränkt groß, daß einem, der sich außer Landes verheiraten wollte, die Entlassung fast mehr kostete, als sein Vermögen betrug.<sup>45</sup> Jeder ausziehende Bürger mußte eine gewisse Summe für 100 Gulden eigenen Vermögens zurücklassen, vermöglichen Leuten ward oft der Abzug nach der Pfalz versagt oder sie zum Verkauf ihrer Güter angehalten, weil man von den Pfälzer Untertanen nur mit Mühe die Leistungen von den im Speierischen gelegenen Gütern erhalten konnte.<sup>46</sup> Bürgerkinder, die außer Land zogen, mußten die Nachsteuer an die Herrschaft mit 10% und an die Landeskasse mit 2% bezahlen. Der Fürst selber wacht wie ein Ausfauth über dem Vermögen seiner Untertanen,<sup>47</sup> denen Auswanderung auch in einen hochstiftischen Ort und Veräußerung ihrer Güter bald verboten, bald erschwert war. Er weiß genau, wenn einer über sein Vermögen hinaus lebt und da und dort etwas heimlich „versilbert wird“.<sup>48</sup> So verteilt er das Vermögen seiner Untertanen wie den eigenen Beutel über das Land, wie er über die ihm wirtschaftlich gut dünkende Niederlassung der Bevölkerung aus seinem Kabinet bestimmt.<sup>49</sup> Dörfer wollte er nicht mit Bürgern und Hintersaßen übersetzt haben, da die Gemarkungen nicht größer wurden, aber die Waldungen und Viehtriften sich verkleinerten, ebenso die Ortschaften von wohlhabenden Leuten nicht entblößt haben, um die Preißeigerung der Güter in den Städten und das Fallen der Werte in den Dörfern zu verhindern.<sup>50</sup> Unter diesem Prinzip der Vermögensverteilung stand auch die erschwerte Aufnahme als Bürger, die zugleich von starkem Mißtrauen gegen fremde Elemente geleitet war.



Stirum war auch wirtschaftlich ein speierischer Partikulalist. „Das Hochstift ist kein Taubenschlag“, pflegte er zu sagen, wenn Leute vom Lande um das Bürgerrecht in der nach seiner Meinung schon „übervölkerten“ Residenz nachsuchten.<sup>51</sup> Die Tochter eines Untertanen, die in einen andern Ort des Hochstifts heiratet und als Bürgerin aufgenommen wird, ist genötigt, den liegenden Besitz des früheren Orts zu veräußern.<sup>52</sup> Stirum wollte Geld im Lande haben. In Bruchsal konnte das Bürgerrecht nur mit einem Vermögen von 800 Gulden erworben werden.<sup>53</sup> „Lumpen gibt es in Forst genug“, erklärte er einmal bei einer deswegen vertweigten Aufnahme.<sup>54</sup> Auch dem zahlreichen Gewerbe in Stadt und Land fehlte die Freiheit der Bewegung, das Eintreten in die Zünfte war erschwert und alle Abweisungen neuer gewerbetreibender Elemente sind von der strengen Abschließung gegen fremde Eindringlinge beherrscht. Witwen war verboten, mit Gesellen das Geschäft des verstorbenen Mannes weiterzuführen, wenn sie nicht ein der Profession kundiges Landeskind vorstellen konnten, um sich mit ihm zu verheiraten.<sup>55</sup> Eine wohlhabende Witwe gönnte der Landesherr keinem Fremden,<sup>56</sup> auch wenn er aus dem Nachbarstaate kam, und das war doch wenigstens landesväterlich gedacht. Merkantile und industrielle Unternehmungen kannte das Ländchen nicht. Auch Schönborn war allem Fabrikwesen abgeneigt und hat den Plan, die nahe bei Bruchsal entdeckten Salzquellen zu einer Saline zu machen, in der Überzeugung, daß sie dem Lande keinen Nutzen brächte, seinem Nachfolger Hutten überlassen, der mit einer Gesellschaft einen Vertrag abschloß. Die Kammer gab keinen Beitrag dazu, aber auch das Land hatte wenig davon.<sup>57</sup> Eine Woll-, Tuch- und Teppichfabrik war mit dem von Stirum gegründeten Zucht- und Arbeitshause verbunden, durfte aber nur den einheimischen Bedarf versorgen.<sup>58</sup> Auch eine Spinnerei und Spitzenfabrik gab der Residenz Nahrung, war aber mehr als Wohltat „für die armen Mägdelein, um sie vom Bettelstab zu befreien“<sup>59</sup>, mehr als philanthropische, denn als merkantile Einrichtung gedacht. So bewegt sich Gewerbe und Handel, vielfach für die Früchte durch Getreidesperren unterbunden, in den abgeschlossenen Grenzen, nur durch kleine Chikanen belebt, wenn einmal den kurpfälzischen Strumpfwebem der Verkauf auf den speierischen Jahrmärkten verboten wird, und die Kurpfälzer in gleich nachbarlicher Weise den Bischöflichen ihren Markt versperren.<sup>60</sup> Während man aber den Einheimischen im Kleinen durch Hausierverbote schützt, ist der Landesherr selber en gros



der gefährlichste Konkurrent, da er einen sehr guten Frucht- und Weinhandel im Schwunge hat.<sup>61</sup> Wie die bürgerliche Freiheit unter harten Bestimmungen darniederlag, deren Ausführung bei einem geldgierigen Fürsten wie Stirum besonders bei Annahme fremder Kriegsdienste in rücksichtslosen Vermögenskonfiskationen zum brutalsten Ausdruck kam, so gab es auch keine freie Gemeindeverwaltung. Der Landesherr war der Anschauung, daß er das Recht habe, in sämtlichen Städten und Gemeinden nicht nur die Vorsteher zu ernennen, sondern auch nach Willkür und Gutbefinden „aus eigens bewußten Ursachen zum allgemeinen Besten zu entlassen.“ Der Gemeinderat war „amovibel“, wie Schönborn sich ausdrückte.<sup>62</sup> Bis in äußere Formalitäten erstreckt sich diese Autokratie. Schon der Ausdruck „zu willigen“ wird einem Magistrat verwiesen, „in maßen es lediglich vom Landesherrn abhängt“.<sup>63</sup> Vergleichlich haben die Bruchsaler unter Führung ihres unerschrockenen Stadtanwalts Gutsch, dessen freie bürgerliche Gesinnung allein schon für eine fürstliche Ungnade genügte, es versucht, die unter dem Bischof Christoph v. Sötern verloren gegangene Freiheit sich wieder zu erkämpfen. Mit der Begründung naher Verwandtschaft werden Stadtanwalt und Ratsmitglieder (1778) abgesetzt und bis zum Richterstuhle des Reichshofrates geht der jahrelange Prozeß der Bürger um die Freiheit, ohne Vorschlag des Landesherrn ihren Rat bestellen zu dürfen.<sup>64</sup>

Wie Stirum als der unumschränkte Verwalter seines Landes dessen Zentralbehörde selber war, so blieb er auch trotz neuer Justiz- und Prozeßordnung der oberste Richter. Zwar sind die Justizkollegia „der rechte Arm des Regenten“, aber der „Regent bleibt der Committens und Befehlshaber allein.“ „In denen Jurisdiktionalgeschäften sind Direktorium und Räte“, erklärt er einmal, „wohl die Verfeger, Ausarbeiter und Ratgeber, dem Regenten aber sind meistens geheime und Staatsabsichten, auch das gefaßte System allein bekannt, mithin bleibt ihm das Genehmigen, Zu- und Abnehmen auch durch sich selbst oder auch in geheimen zu negotiieren vorbehalten.“ Die Kabinettsjustiz aber lag hart auf dem Lande, wo das Privateigentum und die bürgerliche Freiheit so wenig geschützt waren, daß der Bürger, dem an einem andern nur eine halbe Stunde entfernten Orte ein Erbteil zugefallen war, ohne gnädigste Erlaubnis dieses nicht antreten kann, oder ein Bürgersohn, der sich nicht zwingen lassen will, an einem bestimmten Orte sich anzuheiraten, eines Tages unter die bischöfliche Soldateska versetzt wird. Unter dem



schönen Stichwort „asiatische Begriffe von Recht und Unrecht“ hat der Schlözer'sche Staatsanzeiger alle diese schönen Stüchlein seinen Lesern vorgeführt,<sup>65</sup> und gesegnet ward vom deutschen Publikum ein Entscheid des Reichskammergerichts, das den Speierer Landesherrn mehrmals an die ordentlichen Gerichte verwies und seine Kabinettsautokratie für ihre Übergriffe büßen ließ. „Zwar ist auf einmal viel begehrt, so manchem Lieblingsgedanken zu entsagen“, bemerkt in bitterer Ironie der Schlözer'sche Staatsanzeiger, „indessen werden Seine fürstliche Gnaden sich ihrem Beruf gemäß schon nach und nach bei hierinfall's großmütig abzutödten wissen.“ Gegen die Prozeßsucht des Fürsten aber gab es kein Mittel, denn sie war nicht verboten und der Kabinettsrichter, der sonst den Advokaten so strenge auf die Finger sah, hatte doch selber die meisten Händel. Die Entscheidungen der Reichsgerichte contra Bischof von Speier sind ein stehendes Kapitel in der Justiz jener Tage. Nicht mit dem Domkapitel allein und seiner ungehorsamen fürstlichen Stadt Bruchsal liegt er in ständigem Prozeß, auch mit dem Nachbarn, dem fried-samen Karl Friedrich von Baden, gab es Streit um die eingezogenen Jesuitengüter, um die seit Anfall Baden-Badens sich schwierig gestalten-den kirchenpolitischen Verhältnisse. Mit dem Stift Odenheim wird um ein Stüchchen Reichsunmittelbarkeit gezankt, so Jahr für Jahr mit Stadt und Land, mit Reichsritter und Bauer und mit seinen eigenen gehor-samen Staatsdienern selber.

Alle diese Härten eines kleinen despotischen Staates aber werden aufgewogen durch mannigfache Wohltaten des Fürsten, die den gerne von ihm geführten Namen eines Landesvaters im Sinne des alten strengen Patrimoniums rechtfertigen. Die ihm an-vertrauten Untertanen litten wohl unter dem Drucke eines alten überbrachten Systems, das in so vielen Zügen sie im Nachbarlande Baden überwunden sahen, aber alle die Lasten, die man trug, die Abgaben, die man zahlte, sie waren nicht wie bei so vielen kleinen Potentaten jener Tage üppiger Hofhaltung und raffinierter Verschwendung, für das Vergnügen und die Launen des Herrn geopfert. Die Privatschatulle Stirums hat immer abgenommen zum Besten des Landes und die Kammerkasse nahm ständig zu. Wie der Landesherr bei seinem Regierungsantritt die nahezu 10 000 Gulden betragenden Huldigungsgelder mit Rücksicht auf die bedrängte Lage des Landes den Untertanen nachließ, so hat er seinen Vorrat an



Wein, an Pferden und Effekten zum mittleren Werte von 62500 Gulden der Kammer überwiesen und 12500 Gulden davon nachgelassen. Zweitausend Gulden kamen der Witwenkasse zugut gegen eine von der Kammer ausgestellte Obligation. Letzterer verblieb zinslos der Rest von 48000 Gulden.<sup>66</sup> Monopolen sind abgeschafft worden; um dem Bucher zu steuern, erhalten die Untertanen zum Ankauf des Viehes auf den Märkten das Geld vom Amtskeller zu dem mäßigen Zinse von 2%, die Kammerkasse gibt unverzinslichen Kredit zum Ankauf von Brodfrüchten und die gefüllten herrschaftlichen Speicher werden in Zeiten der Not den Hungernden geöffnet.<sup>66a</sup> Für wohltätige Anstalten<sup>67</sup> hatte der Fürstbischof jederzeit eine offene Hand, er war ein Schenker in großem Stil. Aus Privatmitteln ist 1777 mit 20000 Gulden das barmherzige Brüderspital in Bruchsal, 1778 mit 25000 Gulden ein gleiches zu Deidesheim gegründet worden, die beide auch heute noch ihren segensreichen Zweck erfüllen, 18000 Gulden hat er für Versorgung von armen Kranken in Bruchsal gestiftet. Durch private Schenkungen Stirums haben die Mittel der schon von Schönborn und Hutten gemachten Stiftungen für das Zucht-, Arbeits- und das Waisenhaus zu Bruchsal seit der neuen Regierung durch geschickte Verwaltung von Jahr zu Jahr zugenommen. 1781 haben sogar die Zöglinge des Seminars durch eine Stiftung von tausend Gulden das Privilegium erhalten, sich unentgeltlich rasieren und chirurgisch behandeln zu lassen; als Dank wünschen Celsissimus nur den Fleiß der jungen Herrn, und daß sie sich für diese Wohltat in ihrem Gebet dankbar des Wohltäters erinnern mögen.<sup>68</sup>

Almosen nehmen ist für viele ein hartes Loos, wenn sie ohne Schuld in Not und Unglück gekommen und dazu noch mit zahlreicher Familie begabt dem Kampf ums Dasein unterliegen. Auch für diese Armen, in deren Klasse außerdem arme Kinder und Findlinge gehören sollten, sorgte der Fürstbischof durch die sogenannte „Ausspendungskasse“<sup>69</sup>, für die er sofort aus eigener Schatulle im ersten Jahre 800 Gulden schenkte. Von Waisenhaus, Landspital, Rentkammer und andern Kassen kamen jährliche Beiträge dazu. Stirum wußte überall neue Geldquellen zu eröffnen. In diese Almosenkasse flossen Vermögenssteuern von verwitweten Personen, die vor Ausgang der Trauerzeit geheiratet, Abgaben von Vermögen der ohne Leibeserben Gestorbenen mit zwei, von außer Land Gezogenen drei Prozent. Auch der Luxus ward für die Armen



besteuert, wenn drei Tage Hochzeit gefeiert und die Juden sich bei solchen Festlichkeiten mit allzuviel Musikanten aufspielen ließen. Als Ablösung für eine alte Verpflichtung bei dem Loberfeste „italienische Gewächse“ an die Hofkammer zu liefern, fließt die Abgabe von sechs Speierer Dukaten in die neue Kasse. Eine Almosenstiftung für die Stadt Speier kam allen drei Konfessionen zugute.<sup>70</sup> Es ist ein gutes Zeichen, daß nach den von den sechs Ämtern eingesandten Tabellen es im Jahre 1788 im Hochstifte nur 102 ganz Arme gab, die von Almosen leben mußten.<sup>71</sup>

Unter allen Verwaltungszweigen aber hat die öffentliche Gesundheitspflege den Namen Stirum's weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt gemacht, denn sie knüpft sich an den Namen eines Mannes, der als einer der berühmtesten Ärzte der Zeit von Bruchsal aus seine glänzende Laufbahn begonnen hat. Der Begründer der medizinischen Polizeiwissenschaft Johann Peter Frank<sup>72</sup> hat von 1772 bis 1784 im Dienste des Speierer Fürstbischofs gestanden und eine segensreiche Wirksamkeit auf einem Boden entfaltet, auf dem Aberglaube im Bunde mit der Kurpfuscherei manch Unheil gestiftet. Nicht der Gelehrte, sondern der erfahrene Organisator war für den Fürstbischof der gegebene Mann, denn mit Theorien, erklärte er selber, „sei schon mancher trumm und lahm kuriert worden.“ Als Stadt- und Landphysikus begann Frank mit einer Reform der gesamten Medizinal-Polizei. Er wird der Gründer einer Hebammenschule, an der er selber als Lehrer der Entbindungskunst wirkte und die Prüfungen überwachte. In den von Stirum gegründeten Spitälern zu Bruchsal und Deidesheim werden zur Heranbildung von Wundärzten chirurgische, anatomische und physiologische Vorlesungen gehalten. Ein von Frank eingerichtetes pathologisches Museum, ein botanischer Garten für offizinelle Pflanzen, eine medizinische Bibliothek, alles bisher fremde Einrichtungen in dem Speierer Staate unterstützten den verdienstvollen Mann in wissenschaftlicher Forschung, deren glänzende Erfolge ihm auf die hohe Schule zu Göttingen und an den Hof des Kaisers die Wege geöffnet haben.

Auch auf einem andern für das geistige und moralische Wohl des Landes wichtigen Felde hat der Fürstbischof seine Verwaltungskunst mit Erfolg versucht. Es bleibt eine Ehrentafel im Wirken dieses herrischen Mannes, daß ihm das Schulwesen<sup>73</sup> eine durchgreifende Verbesserung verdankt. Schon die Kardinäle Schönborn und Hutten haben dafür gesorgt und das seit dem dreißigjährigen Kriege verwilderte und



herabgekommene Schul- und Erziehungsweisen in neue Ordnung gebracht. Dennoch war nach den Berichten der von Stirum eingesetzten Kommission vieles, zumal auf dem Lande trotz strenger Verordnungen in die alten Zustände zurückgekommen. Kaum die Hälfte der lernreifen Jugend und oft nicht das sechste Schulkind ward in die Schule geschickt. In Diefesfeld blieben von 136 Bürgern 6 Kinder, in Bruchsal von 700 schulpflichtigen 500 dem Unterricht ferne<sup>73</sup>. Die Bildung des Lehrerstandes, der seine „unfähigsten Subjekte“ an die Landschulen abgab, war eine so mangelhafte, daß die Lehrer nach dem Geständnis der speierischen Schulordnung „anstatt Kinder zu lehren, erst selber mit den Kindern hätten lernen sollen“. Dem großen Irrtum als hätten die Dorfkinder genug gelernt, wenn sie nur schlecht lesen, elend schreiben und aus dem kleinen Katechismus die notwendigsten Glaubenslehren hersagen könnten, dem bescheidenen Anspruch, daß der Lehrer mit ein wenig Musik, einer leidlichen Stimme und etwas Lesen und Schreiben seine Aufgabe erfüllt habe, trat die von Stirum im Jahre 1785 ins Leben gerufene Schulordnung in mustergültiger Weise entgegen. „Geringen Subjekten“ sollten fürderhin die Eltern „ihren größten Reichtum, ihre Kinder“, nicht mehr anvertrauen. Erst nach strenger Prüfung, zu der sich alle drei Jahre die Lehrer von neuem zu stellen haben, wird das Lehramt vergeben. So blieb immer frische Lebenskraft in diesem Stande, im Nichtstun oder in alter Gewohnheit konnte keiner der Schulmeister mehr absterben. Zwar blieb die Kirche herrschend im Verband des Schulwesens, doch ihre Tätigkeit war insoweit beschränkt, als nicht ihr alleiniges Zeugnis über das Wohlverhalten der Lehrer zumal in Ortschaften, wo der Pfarrer mit dem Schulmeister auf gutem Fuße stand, Geltung hatte, sondern künftighin auch von zwei Mitgliedern vom Amte und dreien vom Ortsvorstande der Prüfungskommission verschlossen eingereicht werden mußte. Nichts sollte durch Freundschaft verschleiert werden, was etwa faul im Lehrerstande war. Auch die kirchliche Oberaufsicht wird durch weltliche ergänzt, beide Vertreter haben jährliche Visitationen abzuhalten. Der Fürstbischof war ein praktischer Mann, darum wußte er das bisherige Grundübel seines Schulwesens an der Wurzel zu fassen. Noch ehe er sich mit den didaktischen Reformen beschäftigte, verlangte er von der für seine Reformarbeit eingesetzten Kommission, daß sie mehr auf die „Beischaftung der Nahrung“ als auf den Unterricht Bedacht nehmen solle.<sup>74</sup> Aus diesen Vorschlägen ging die speierische Gehaltsordnung für die Lehrer hervor, die unterstützt durch



Beiträge aus der fürstlichen Privatkasse<sup>75</sup> dem Schulmeister ein besseres Dasein verschaffte und ihn von manchem Nebengeschäfte abzog, das mit dem Schuldienste selbst nichts zu tun hatte. Damit war der ganze soziale Stand gehoben und die Zeit bald vorüber, da auch der speiererische Schulmeister für die Ortseinwohner die Schreibereien besorgte oder gar dem Ortspfarrer sein Haus und Feld bestellte. Der Unterricht selbst durchaus praktisch und einfach, beschränkt sich auf christliche Glaubens- und Sittenlehre, deutsche Sprachlehre, Schön-, Recht- und Fertigschreiben, Aufsätze und die für den täglichen Gebrauch nötige Rechenkunst. Die Schulordnung verlangt, daß der Religionsunterricht frei sei von allen für die Jugend doch nicht faßbaren eingelernten Begriffen und besonders „die biblische Geschichte als auch die christliche Sittenlehre „rein von allen fabelhaften Erzählungen, wodurch nur edelhafte Vorurteile und falsche Begriffe entstehen“, der Jugend vorgetragen werde. Dabei soll äußerer Anstand das Lernen und Wissen ergänzen. „Höflichkeit“, sagt die Schulordnung, „steht dem Landmanne so gut, wie dem Staatsmanne an.“ Auch auf die höhere Schule hat der Fürstbischof seine Fürsorge gerichtet. „Aufklärung des Verstandes durch Wissenschaft und Bildung des Herzens durch Tugenden soll das zweifache Ziel aller Schulen sein.“ Unverkennbar ist der Einfluß, der von Mainz, Bamberg, Fulda und Münster, wo aufgeklärte Fürsten das Schulwesen dem Geiste der Zeit anzupassen suchen, nun in das sonst wirtschaftlich und geistig von der nächsten Außenwelt abgeschlossene Speierer Ländchen eindringt. Die höhere mit dem von Schönborn gestifteten Priesterseminar in Bruchsal verbundene Lateinschule stellt die antiken Klassiker nicht allein in den Dienst der formalen Geistesschulung, sondern auch der Menschenbildung.<sup>76</sup> Diesem Seminar wendet Stirum seine besondere Aufmerksamkeit zu; erhöht nicht allein seine Mittel durch geschicktes Zusammenlegen oder Ergänzen verschiedener ähnlichen Zwecken dienender Stiftungsmittel und durch Überweisung von Gütern des aufgehobenen Jesuitenordens, sondern greift auch mit einem Kapital von 23623 Gulden wiederum in seine eigene Privatschatulle. Wenn aber die neue noch vom Geiste Emmerich Josephs durchdrungene Verfassungsurkunde der unter seinem Nachfolger Friedrich Karl v. Erthal 1784 neu belebten Mainzer Universität erklärt hat, daß die Jugend nach dem Bedürfnisse der Zeit zu unterrichten sei, so weiß doch der Speierer Landes Herr mit diesen Forderungen an einer Grenze Halt zu machen, wo nach seiner strengen Auffassung der



moderne Geist die Dämme der alten Ordnung zu überfluten und einzureißen droht. „Wir hassen“, erklärt er, „alle Neuigkeiten bei jetzigen außerordentlichen verderbten aufgeklärten Illuminatenzeiten, und wollen also nichts darin geändert haben, so lange wir das Ruder führen und leben, wann wir todt, können die neumodischen illuminierten Hasen springen und hüpfen, wie sie wollen.“ Überall aber sah der Feind „des aufgeklärten Säkuli“ diese neue Geistesrichtung aufspießen. In die katholischen Universitäten dringt sie ein, an der Mainzer Hochschule hat der Rationalismus seinen Sitz, Kant und selbst die französischen Enzyklopädisten beeinflussen die Lehrstühle der Theologen und Philosophen. Es gab dort keine politische und geistliche Zensur für die akademischen Lehrer und selbst von der Zensur der eigenen Fakultät können sie befreit sein, „weil Ihre kurf. Gnaden einsehen, daß ohne anständige Freiheit die Wissenschaft sich weder erweitern noch mittheilen lasse“. <sup>77</sup> Wie in den Zeiten des Humanismus sind auch die Klöster empfänglich für den modernen Geist und greifen offen und heimlich nach den Werken der deutschen Literatur und französischen Philosophie. In dem herrlichen Reichsstift Neresheim in Schwaben, wo der Abt als ein „schwäbischer Soliman“ und Seitenstück zum Speierer Herrn keine andere Meinung duldet, durchbricht eine geistige Revolution den alten Gehorsam und die alte Eintracht. <sup>78</sup> Stirum war aber kein theoretisch angelegter spekulativer Kopf. In dem Unterrichtssystem seines Bruchsaler Seminars wollte er „keine unnütze zu keinem Gebrauch dienende spekulativische Sätze dulden“. Er will sorgen, daß die Köpfe der Kandidaten nicht von moralischen Sätzen „in denen die Herrn Examinatoren selber nicht einig sind, verwirrt werden.“

Das Alte war für ihn „nach seiner altmodischen Einsicht und langjährigen Praxis“ erprobt, das Neue ihm nicht viel wert. Zerstört ist leicht, aber schwer Neues, Haltbares an seine Stelle zu setzen. Es ist allzu menschlich, daß bei zunehmendem Alter diese Überzeugung bei ihm zum pathologischen Eigensinn wird, je mehr die Fundamente der alten Ordnung zu wanken beginnen unter den Vorzeichen der Alles zerstörenden Zeit. In zahlreichen Entscheidungen über die unbedeutendsten mit der Weltbetrachtung und dem religiösen Leben gar nicht zusammenhängenden Gegenstände kommt diese Verachtung des neuen Geistes zum sarkastischen auf strikter Einschätzung eigener Erfahrung und Überlegenheit beruhenden Ausdruck. „Nächstens werden wir uns collegia ausbitten



um derlei nach heutigen menschenliebenden Grundsätzen besser fassen zu können<sup>79</sup>," sagt er einmal spöttisch. Jedes ungewohnte Lebenszeichen in Staat und Kirche ist für ihn eine Frucht der Aufklärungs- und Neuerungsucht. Je geheimnisvoller sich Illuminaten und Freimaurer mit mystischen Gebräuchen umgeben, um so mehr sieht er in ihnen „abscheuliche regenten- und staatsverderbliche Gesellschaften, wo man weder Haupt noch Glieder kennt".<sup>80</sup> Mit Recht sah er in den neuen Staatstheorien, wie sie von den französischen Philosophen herüberkamen oder in der Kantischen Staatslehre für einen jeden die Freiheit beanspruchten, sich die Art des Glückseligs nicht aufzwingen zu lassen, das Fundament seines Wohlfahrtsstaates erschüttert. In dieser neuen Staatsauffassung war eben die alte landesväterliche Fürsorge nur ein Despotismus, solange es nicht freie Menschen, sondern nur gehorsame Kinder gab. Darum sah der Fürstbischof nur im religiösen Leben, in der römischen Kirche und ihrer also gewordenen Verfassung den einzigen Schutz und Halt gegen den nahenden Umsturz. Er selbst erklärt, „daß ihm bei diesen verderblichen Neuerungszeiten, wo dem Leicht- und Eigensinn dieses sogenannten aufgeklärten Säculi erst die Folge dann zu spät sein dürfte, an nichts mehr gelegen sei, als daß die Lehrer gründlich in der christkatholischen Lehre, der einzigen Stütze des Wohles eines Landes und Regenten selbst erfahren sind". Darum wacht er streng über Wahrung dieses Fundamentes und verfolgt, unterstützt und nicht immer richtig geleitet von seinen, dem 1773 aufgehobenen Jesuitenorden angehörigen geistlichen Beratern, eine jede in diesen Kreisen verdächtige Lehrmeinung unbeugsam und hartnäckig, selbst wenn gut katholische Fakultäten ein entgegengesetztes Urteil abgaben. In cameralibus wohl erfahren war für Celsissimus die neue Philosophie ein unklares Gebiet und es war ein Leichtes, in jeder ungewohnten Terminologie ein Stück revolutionärer Aufklärung und Vernichtung des Kirchenglaubens ihm zum Schreckbild zu machen. So ist Martin Wiehrl, Professor der Philosophie am Seminar in Baden wegen seiner 1780 zur Disputation ausgesetzten Sätze verdammt und seines Amtes entsetzt worden, in das ihn der freidenkende Carl Friedrich v. Baden trotz der Drohungen des Nachbarn wieder zurückgeführt hat<sup>81</sup>. Benedikt Hoffmann<sup>82</sup>, der Kollege Wiehrls in Bruchsal, sonst keine einwandfreie Persönlichkeit, deren unschuldige logische Sätze der Zensur verfielen, büßte



seine Flucht (1779) vor dem Zorne des Fürstbischofs mit der Strafe des Kerkers. Wegen Verbreitung irriger Lehrsätze wird schon 1777 Pfarrer Trunk<sup>83</sup> in Bretten, dessen Predigten allerdings einen sehr geschmacklosen Rationalismus seinen Zuhörern zur religiösen Nahrung gaben, verdächtigt und büßt seine zweiundvierzig Sätze mit Verlust seines Amtes. Die Bücherzensur blühte im Speierischen wie nie zuvor. Von „Febronius“ soll schon Gutten gesagt haben, sein Verfasser verdiene, daß man ihm den Kopf zwischen die Füße lege oder er zwischen vier Mauern gesetzt werde.<sup>84</sup> So ist auch Dr. Bahrdt<sup>85</sup> mit seinen „Neuesten Offenbarungen“ und manch anderer vom Büchermarkt des Speierer Landes verschwunden. Gewiß war es bei Verlegung des Bistariates von Speier nach Bruchsal (1780)<sup>86</sup> mit ein Grund, daß der Fürstbischof die Zügel auch in spiritualibus fester und bequemer in der Hand zu haben wünschte. Denn auch am Sitze der Domkirche trieb der Geist der Aufklärung seine Blüten. Als der Weihbischof und Bistariatsdirektor Seelmann wegen Verteidigung des Aufsehen erregenden Buches des Johann Lorenz Isenbiehl mit seiner Deutung der Weissagung von Emmanuel vor den Richterstuhl der exegetisch andersdenkenden Theologen gezogen ward, da verwahrten sich mit einer einzigen Ausnahme alle Mitglieder des Bistariates gegen das Verwerfungsbefehl des Fürstbischofs (1. Mai 1778).<sup>87</sup> Seit 1780 hat der freimütige La Roche, selber ein Opfer strenger Zensur eines geistlichen Hofes, mit seiner geistvollen Frau Sophie im Hause eines Domherrn, des Freiherrn v. Hohenfeld Aufnahme und Freundschaft gefunden. Schiller war hier 1780 eingekehrt und das adeliche Domherrnhaus war eine Stätte freien Gedankenaustausches geworden<sup>88</sup>, während ringsum im Hochstift das freie Wort gebannt war. In diesen Kreisen der Domherrn nahm man die Bruchsaler Entscheidungen mit einer gewissen Beschämung auf, denn man war überzeugt, „daß die Aufklärung nur von der Philosophie ihren Ausgang nehmen müsse und nun auf ein halbes Jahrhundert zurückgedrängt sei.“ In der während des Kapitelsstreites mit dem Landesherrn an den Kaiser abgegangenen Verteidigungsschrift erklärte man unumwunden, „daß eine Religion, die mit philosophischer Aufklärung nicht vereinbar sei, sich in den Augen der Protestanten herabsetze, auch der Markgraf Carl Friedrich von Baden habe die Verdamnung der Wiehrschs Sätze als eine öffentliche Entehrung seines Gymnasiums und als ein Hindernis seiner guten auf bessere Belehrung der katholischen Jugend gerichteten Anstalt empfunden.“ „Gott weiß,“ so



erklärte das Kapitel, „was diese das protestantische Fürstentum Baden so ungünstig einnehmende Geschichte zu seiner Zeit und Gelegenheit auf die katholische obere Markgrafschaft noch für Wirkungen herbeiführen wird.“<sup>89</sup>

Der Speierer Fürstbischof ist die Seele der Opposition gegen alle Eingriffe in die alte Ordnung der Kirche. An dem Kongreß, den der Salzburger Primas 1770 zur Wahrung der bischöflichen und kirchlichen Rechte gegen die Eingriffe Max Josephs III. von Baiern in die bischöfliche Jurisdiktion berief, nahm auch Stirum reges Interesse. Kardinal v. Roodt, der Fürstbischof von Konstanz, hat ihm den Plan eines allgemeinen Bundes aller Erzbischöfe und Bischöfe vorgelegt, der nach einer Erweiterung auf die Mitgliedschaft auch der andern katholischen Reichsstände unter der Führung des Kurfürsten von Mainz dem drohenden Übergewichte der protestantischen Stände vorbeugen sollte.<sup>90</sup> So sehr aber der Speierer Herr in der kirchlichen Advokatur des Kaisers, der doch jetzt die gleichen neuen Prinzipia durchführte, keine Hoffnung auf Unterstützung sah, so fürchtete er, „auch katholische und protestantische weltliche Stände möchten sich vereinigen und das in der Hölle selbst entsprossene Mittel der Selbsthilfe in abermalige Bewegung setzen.“ Des Mainzers Führung brachte er noch weniger Vertrauen entgegen, da ihm nur die Gelegenheit erwachse, „seine scheinbar so nahe am Herzen liegende bedenkliche Präension eines Patriarchen von Deutschland durchzusetzen.“<sup>91</sup> In seinem Schreiben an den Erzbischof von Mainz hat dann Stirum 1787 gegen die über die Köpfe der Suffraganbischöfe hinaus vereinbarten Emser Punktationen<sup>92</sup> klare und entschiedene Stellung genommen. Man hat badischerseits seine Gedanken paradox genannt und seinem Widerstand nur eine Politik um den Kardinalshut zugrunde gelegt,<sup>93</sup> beides mit Unrecht. Seine Stellungnahme auf Seite der Kurie entsprach nicht allein seiner ganzen Anschauung von der Autorität des Papstes, sondern auch von der Unverletzlichkeit der zwischen Staat und Kirche geschlossenen Verträge, die nicht einseitig gelöst werden könnten, so wenig man, selbst bei Anerkennung der historisch zweifelhaften Grundlagen der hierarchischen Verfassung, deswegen ihren höchsten Vertreter „ohne Rücksprache aus seinem Besitze hinauszutwerfen“ berechtigt sei. Die Emser Beschlüsse gelten ihm aber auch als Eingriff in die Reichsverfassung selber und seine „reichsständische Schuldigkeit“ erforderte, „daß er für die Aufrechthaltung des Reichssystems“ eintrete und dem Reichstage allein eine Änderung der zwischen Staat und Kirche bestehenden



rechtlichen Verhältnisse anheim gestellt bleibe.“ Und nicht zuletzt dachte er an sich selber. Die Abhängigkeit von einem Synodalgericht sowie die Union sämtlicher Kapitel unter Führung des Kurfürsten von Mainz waren für ihn nur der Weg zur Zersetzung seiner eigenen landesherrlichen Gewalt selber. Ein geistlicher Fürst, dessen Diözesanherrschaft auch in die französische Souveränität hinübergrieff, wo der „gallikanische Geist“ als das gefürchtete Muster für die neuen deutschen Prinzipia dieses Bild des Zersetzungsprozesses von geistlich-weltlicher Herrschaft deutlich machte, sah bei dieser drohenden Neugestaltung der Kirche nach den Lehren des Febronius das Gespenst der Säkularisation<sup>94</sup> schon greifbare Formen annehmen. Auch seinem weltlichen Autoritätsgefühl und seiner politischen Selbsteinschätzung entsprach es mehr, dem Papst zu Rom zu gehorchen als einem Primas von Mainz, der zugleich ein einflußreicher Landesherr und Reichsfürst war. Eine Abhängigkeit von ihm kam für Stirum einem Untertanenverhältnis gleich.

Auch seine Landeshoheit im Geistlichen zeigt die alte feste Ordnung, die jedoch gleich der Schule nicht unberührt ist von den gesunden Lebenskräften vernünftiger Reformen. Er hatte eine ernste hohe Auffassung vom geistlichen Stande, der für ihn keine Versorgung und Broderwerb, sondern ein auf innerer Prüfung beruhendes Amt war. In zahlreichen Verordnungen und Hirtenbriefen<sup>95</sup> kommt diese Auffassung zum beredten Ausdruck. Diese sind voll praktischer Lebenswahrheit und ernster Lehre, frei von engherziger Dogmatik und jener salbungsvollen und doktrinären Sprache, die so vielen weltlichen Erlassen des Fürstbischofs das Gepräge einer staatsrechtlichen Hauspostille gibt. Alle diese Lehren über die Pflichten des Predigers und Seelsorgers haben heute noch ihren Platz in jeder Homiletik und auch Andersgläubige können daraus lernen. Christliche Reden „sollen nichts anderes fassen, als was die prüfende Vernunft damit verbinden kann“. „Etwas Seichtes, Unzusammenhängendes, Frostiges nur zur Ausfüllung der Stunden herabzuschwäken oder eine längstgedruckte, vielleicht selbst elend verfaßte Predigt aufzuwärmen“, war auch für ihn nur schlechte Ware. Gerade der gemeine Mann verdient Gutes zu hören. „Die Seele des Landmannes und die Aufhellung seiner Gedanken“, sagt sehr schön eine Verordnung zu den Predigern „kann sich ohnmöglich nach andern Gesetzen richten, als welche Euch der wissenschaftliche Umgang mit Wahrheiten belehrt hat.“ Eben darum, weil „die Fassungskraft



des Landmanns und gemeinen Volkes nicht etwa eine solche Anlage oder Ausbildung wie bei andern habe, muß der Seelsorger in seinem Vortrage an dasselbe mehr Ordnung Helle und Gründlichkeit zu bringen wissen.“ Von Schwärmerei und mystischen Betrachtungen war der Bischof kein Freund. Die Wahrheit des christlichen Erlösungswerkes muß der unbestrittene Mittelpunkt alles religiösen Lebens sein. Selbst der poesievolle Marienkultus hat an diesem Erlösungswerke keinen Anteil. Die Mutter des Erlösers „ist zwar eine recht sonderheitlich verehrungswürdige Mutter, nicht aber als unsere Miterlöserin, noch viel weniger als die einzige Ursache unseres Heils ist sie dem Volke vorzustellen“. Darum soll auch in jeder Art des öffentlichen Gottesdienstes alles ferngehalten werden, „was die Aufmerksamkeit und das Vertrauen der Gläubigen mehr auf die Heiligen Gottes und ihre Fürbitte als auf den Urheber ihrer Heiligkeit und auf die Quelle alles Guten geleitet werden.“ Das reine Wort Gottes verträgt auch nichts von Geschichten, „die nur die Erdichtung wahnwitziger Köpfe und die leichtgläubige Einfalt finsterner Zeiten ernährt hat.“ Gegen abergläubige Sitten und Gebräuche ging der Fürstbischof durch vernünftige Verordnung strenge vor. Das Wetterläuten war jetzt Mahnung zum Gebet und kein Mittel mehr zur Bekämpfung natürlicher Gewalten. Den Ordensleuten vor allem ward untersagt, „durch schlechte Märchen die Stunden zu verkürzen und damit den anwesenden Protestanten nur zum Gelächter, der katholischen Religion nur zum Hohn und Spott zu dienen.“ Auf Vernunft und Innerlichkeit sind alle Verordnungen für die Seelsorge gerichtet, alles Äußerliche ist als alleiniges Heilmittel verworfen.

So waren für ihn Passionsspiele keine Komödien, zu denen sie in unseren poesielosen Tagen wieder herabgesunken sind. Die Karfreitagsspiele auf dem Weidenberge in Speier, da „das Volk Aug und Gemüt nur auf den Aufpuß der verkleideten Personen und die Fertigkeit der Actorum wirft,“ sollten ihrer ursprünglichen und innerlichen Bestimmung eines Passionsgottesdienstes wieder zugeführt werden. Solche Reformen waren nicht immer leicht. Noch saß mancher Gebrauch tief im Leben des Volkes und es ertrug fast leichter seine Steuern als den Verlust eines Feiertages oder die Abschaffung einer gewohnten Prozession. Ihre Einschränkung hat anno 1775 geradezu eine Revolte der Bruchsaler Bürger hervorgerufen, die hundert Mann stark eigenmächtig die Glocken in Bewegung setzten und ohne Kreuz und Fahnen



der hohen Verordnung zum Trotz in die Peterskirche eingedrungen sind.<sup>96</sup> Äußere Würde und äußerer Anstand der Geistlichen ward strenge überwacht. Gutes würdiges Benehmen läßt auf den innern Menschen schließen, „denn der aus Seele und Leib bestehende Mensch gleicht einem Uhrwerk, wovon sein äußeres Betragen der Zeiger, das verborgene Kunstwerk aber die innerliche Anlage der menschlichen Seele vorstellt. Wenn das innere Kunstwerk einer Uhr beschaffen ist, wie es sein solle, wird auch der Zeiger die Stunde richtig bemerken. „Gegen die gepuderten Haare, farbigen Strümpfe und auch die neumodischen kleinen und weißen Hütlein der vom aufgeklärten Säkulo auch äußerlich angesteckten geistlichen Herren“, droht der Fürstbischof „mit sehr fühlbaren und eindrucksvollen Korrektionsmitteln“ vorzugehen.

Das Fürstbistum Speier war, wie ja auch sonst im Reiche viele Staaten, konfessionell abgeschieden, von streng katholischer Verfassung. Nur vereinzelt waren die Protestanten vertreten. Zahlreiche Juden lebten unter fürstlichem Schutz. Bei Fürstbischof Stirum aber war weniger die konfessionell dogmatische, in seinen Hirtenbriefen kaum hervortretende Auffassung, als der im Protestantismus für ihn ruhende, die alte Ordnung untergrabende Geist der Aufklärung, was ihn und sein Ländchen einer andern als der katholischen Lehre verschloß. Dazu kam der auch bei seinem Vorgänger Schönborn politisch maßgebende Gesichtspunkt, der in einem Übergewicht der protestantischen Reichsstände eine Gefahr für die Existenz der kleinen geistlichen Staaten sah. Er war, wenn auch anfangs schwankend, doch ein Gegner des von Preußen gegen das katholische Haus Österreich, den Kaiser, den weltlichen Schutzherrn der Kirche gerichteten Fürstenbundes, der nach seiner Befürchtung die Fundamente der Reichsverfassung untergrub.<sup>97</sup> Es gab in Speier noch kein Toleranzedikt für die ohnedies spärlich angesessenen Protestanten, so wenig wie in Baiern, dessen rücksichtsloses Eingreifen in die hergebrachten Rechte der Hierarchie der Fürstbischof bekämpfen half. Nicht gleichberechtigt, aber doch geduldet war auch der Andersgläubige. Gemäß den Grundsätzen des westfälischen Friedens und „zufolge der im Reiche bemerklichen Observanz, wenn auch bloß nachsichtlich“, ward in der gemischten Besatzung der Festung Philippsburg der protestantische Gottesdienst gehalten.<sup>98</sup> Zu den protestantischen Kranken durfte nach einem Vertrag mit Baden, der auch auf Württemberg ausgedehnt war, Geistliche ihrer Konfession



berufen werden.<sup>99</sup> Zum Besuche des Gottesdienstes in benachbarten protestantischen Dörfern stand den Dienern der Postzug aus dem fürstlichen Marstall zu Gebote. Die Verordnungen und Hirtenbriefe Stirums sind frei von jedem streng konfessionellen intoleranten Ausdruck.

Die Zeiten der Bedrückung und Verfolgung waren vorüber. Ein Hirtenbrief an die Seelsorger vom 16. Januar 1784 ist ein schönes Zeugnis für tolerante Denkart, die ja auch in protestantischen Ländern nur schwer die Fesseln des beschränkten Vorurteils und der dogmatischen Gebundenheit überwunden hat. „Daß Ihr,“ so sagt der Hirtenbrief, „als Diener Gottes des Friedens und der Liebe in keine beißende anzügliche, auch nur verächtliche Ausdrücke wider jene ausbrechet, die nicht unserer, sondern einer andern nach den Grundsätzen des römischen Reiches in demselben geduldeten Religion beigethan sind. Sie sind und bleiben immer unsere Brüder und Glieder des nämlichen Staatskörpers, zu dem auch wir gehören, man muß also auch immerhin von und mit ihnen brüderlich denken und reden. Durch Schmähsucht wird keine Wahrheit bestätigt, kein Irrtum widerlegt und es hat leider zu allen Zeiten diese Art des Fanatismus der Kirche Gottes mehr geschadet als genützt.“ Schmähfüchtige Kontroversen waren besonders den Ordensleuten der Reichsstadt Speier verboten.

Trägt der knorrige Westfale so manchen Zug gemeinsam mit seinem staatsmännisch und kameralistisch geschulten Oheim, dem Franken Schönborn, so fehlte doch dem Stirum'schen Regimente die feinere Kultur. Künstlerisches Leben, das wenn auch mit bescheidenen Mitteln das Denken und Wirken Kardinal Schönborns nach den Traditionen seines baulustigen Hauses beherrschte, unter Hutten in dem graziösen Spiele des Rokoko diesem Bilde der Residenz einen so heitern Ton verlieh, ist den trockenen Kameralinteressen und der kühlen Finanzwirtschaft gewichen. Der Fürstbischof hat den Speierer Dom aus seinem Schutte wiederherstellen<sup>100</sup> lassen, aber es war doch mehr der Triumph der Kirche als die Idee einer künstlerischen Tat, was die Kassen des haushälterischen Mannes den Vorschlägen eines Schlaun und jungen Neumann öffnete. Für Musik hatte der Fürst kein Verständnis, er ließ sie pflegen, weil sie einmal zur Kirche und auch zum Hofe gehörte, zur Unterhaltung der zahlreichen fürstlichen Gäste, nicht zu seiner eigenen. Schon aus Sparsamkeit ließ er aus den Bruchsaler musikalischen Kreisen Familienväter kommen, die gegen Gehalt und Librée

ihre Kunst in den Dienst des Hofes stellten. Es waren keine ausgebildeten Künstler und sie wußten auf das mangelhafte musikalische Gehör des Fürsten derart zu sündigen, daß er eines Tages, auf die Verwilderung seines Orchesters aufmerksam gemacht, in seiner bekannten massiven Art unter die Musikanten dareinfuhr und der kleine Joseph Frank, des berühmten Vaters Sohn, in seiner kindlichen Angst vor dem zornigen Landesvater, ein tränenreiches Extrakonzert noch dazu gab.<sup>101</sup> Wie uns dieser gleich seinem Vater späterhin berühmt gewordene Arzt aus seiner Jugendzeit erzählt, hatte der Fürstbischof überhaupt keine Hochachtung vor den Künstlern, die er alle für Müßiggänger hielt. Bei Bällen und Konzerten, die man in Bruchsal zu geben wagte, pflegte er wohl die Frage eines geschulten Finanzmannes aufzuwerfen, ob die Leute Geld zum Fenster hinauszuerwerfen hätten? Auch das literarische Leben, wie es am benachbarten Hofe Karl Friedrichs vornehme Geister in seinen Bannkreis zog, war dem Bruchsaler Herrn fremd. Advokaten gab der händelsüchtige Stirum mehr zu verdienen als Malern, Stuckateuren und Literaten. Ein Du Pont hätte keine Gunst gefunden bei einem Herrn, der in cameralibus fremder Belehrung unzugänglich war. Gelehrte Arbeiten machten keinen Eindruck auf ihn.<sup>102</sup> Sein Leibarzt Frank hätte statt seiner epochemachenden Medizinischen Polizei nach des Fürsten Auffassung besser ein Kompendium geschrieben.

In der Tat haben Zeitgenossen wie Sartori, der offen und rücksichtslos mit den Mängeln der geistlichen Wahlstaaten zu Gerichte ging, auch Schlözer,<sup>103</sup> dessen Staatsanzeiger und Briefwechsel der Branger waren, an dem alle reaktionären Sünden des Speierer Landesherren dem deutschen Publikum zur Beurteilung ausgestellt waren, anerkennen müssen, daß in diesem kleinen Staate, in dem der Landesherr selber die Feder führte und jeden Zug der Staatswirtschaft prüfte, kein faules Wesen war. „Sein Land, seine Finanzen, die öffentlichen Anstalten, kurz die speierische Staatsökonomie ist in einem so gesegneten Zustande, den man allen geistlichen Wahlstaaten wünschen sollte. Aller orten erblickt man kluge, einsichtsvolle Leitung eines weisen Fürsten, durchgehends schöne Landeskultur, überhaupt mehr Überfluß als Abgang,“<sup>104</sup> — so schreibt dieser Zeitgenosse Sartori aus eigener Anschauung.



Als 1802 bei der provisorischen Besitzergreifung der rechtsrheinischen speierischen Gebiete durch den Markgrafen von Baden, der mit dieser schwierigen Aufgabe betraute geheime Referendar Ernst Sigmund Herzog seinem Herrn nach Karlsruhe berichtete, da mußte er trotz des starken Rückgangs der wirtschaftlichen Verhältnisse unter dem gutmütigen aber willensschwachen letzten Regenten, dem Grafen Wilberich von Walberdorf, das Speierer Ländchen als eine Perle der neuen Besitzungen bezeichnen. „Im Allgemeinen,“ sagt er „blickt Wohlstand hervor, überall das Aussehen eines eine Reihe von Jahren hindurch wohladministrierten Staates, noch unvertilgbare Spuren der Regierungen des Kardinals Schönborn und des verewigten Fürsten August, Grafen von Stryum. Diesem bei seinem Leben wegen seiner Strenge und einiger Bizarrien von vielen nicht geliebten Fürsten läßt man nach seinem Tode erst volle Gerechtigkeit widerfahren. Der Geist der Ordnung, der in ihm lebte, sein schneller richtiger Blick, mit dem er Diener und Geschäfte durchschaute, selbst die Strenge, mit der er das Selbstgewählte ausführte, seine warme Liebe für das wahre Beste des Landes, die noch bestehenden von ihm reichlich dotierten nützlichen Stiftungen, der Nachdruck, mit dem er den Unfug und die Willkür des Kapitels für immer in die Schranken zurückwies, das beträchtliche Vermächtniß, mit dem er das Hochstift, nicht den Nachfolger bereicherte, verewigen ihn als wahren Wohltäter.“<sup>105</sup>

Die Zeitgenossen haben unter diesem Eindruck nicht immer gestanden. Der Fürst war mehr gefürchtet als geliebt. Trotzdem hätten die guten Bruchsaler ihre Freude über den von schwerer Krankheit 1776 wieder genesenen Landesherrn mit Festessen, Parade und Illumination gerne gefeiert, wenn der sparsame Fürst nicht auch auf den Kommunalbeutel so schonungsvoll bedacht gewesen wäre. Die Schutzjudenschaft aber hat in der Sorge um ihren Schutzherrn dem lieben Gott ihre „inbrünstigen Anrufungsseufzer“ zugesandt und ein braver Kaplan sogar seine „wonnevolle Heiterkeit wiedergefunden“ und in ungeschickten, schwerhinkenden Versen seinen Landesherrn als „den Großen Deutschlands“ gepriesen.<sup>106</sup> Ja, vielleicht hat in jenen Tagen noch mancher andere loyale Untertan, der noch nicht auf dem Damianstor eingesperrt war, ehrlich gedacht, daß der strenge und launenvolle Herr in der Residenz am Ende doch ein guter Landesvater sei.

## IV.

## Herr und Diener.

Der Speierer Landesherr ist der Vertreter des herrschenden fürstlichen Absolutismus. Es ist keine Sonderstellung, die er einnimmt, nur die Art und Weise, wie er diese Staatsauffassung auch *ex cathedra* für seine politisch unreifen Untertanen zum Ausdruck bringt, macht ihn zu einer merkwürdigen Figur für seine Zeitgenossen und auch für uns. In der Geschichte unserer Staatslehre könnte der Speierer Fürstbischof viel Stoff zu einer humoristischen Ede liefern, denn aus keinem Kabinet der Zeit sind Regierungswille und Staatslehre so mit dem Oile des überlegenen Schulmeisters und entrüsteten Moralpredigers gesalbt, zu den gehorsamen Ohren der Untertanen gedrungen. Der Staat des Fürstbischofs ist unberührt von der geistigen Luft des Naturrechts, das die „Neuerer“ predigten und ruht starr und unbeweglich auf den alten Grundgesetzen des Reiches, den Lehren seiner Interpreten und dem unbeugsamen Willen des Herrn selbst. Sein Staat ist das alte mittelalterliche Patrimonium, verwaltet wie ein dynastisches Eigentum. Sein Staatsbegriff ist eingengt in theologische Lehre und Moral, denn die oberste weltliche Herrschaft ist von Gott. Der Landesherr ist unbeugsam gegen jede Neuerung, sofern sie aus dem gefürchteten Zeitgeist heraus manch altes fossiles Erbstück als unhaltbar den staatswirtschaftlichen Antiquitäten zu überweisen droht. Auch sein dauerndes Zerwürfniß mit dem Domkapitel ruht im Grunde genommen nur auf der Furcht vor dem Aufkommen einer landständischen geistlichen Regierung, die jedes Interregnum zu neuen Staatsstreichen zu benutzen glaubt.<sup>1</sup> Alle die Domherren, die für ein paar Monate die Landesregierung beanspruchen, sie sind „Republikaner oder gar Amerikaner“ in den Augen des Fürsten. Die Lehre des großen, sogar despotischen Preußenkönigs, daß sein Königtum aus dem Volke geboren sei, hatte hier keinen Boden. In dem Speierer Ländchen, da keine Landstände waren, nur unfreie Bauern und freiheitlich beschränkte Bürger, fand die Praxis dieser absoluten Staatsverfassung kein Hindernis, wenn nicht Reichskammergericht und Reichshofrat die Eigenmacht des Landesherrn in die Schranken der Billigkeit und Vernunft zurückwiesen oder die Bruch-



saler Stadträte einmal lauter als sonst dem Herrn in der Damianenburg ihre Fäuste zeigten.

„Ein Landesherr“ erklärte ihnen einmal Stirum, „vertritt die Stelle jenes auf Erden, dessen er ein Ebenbild ist und heißt Landesvater.“ Daß er landesväterlich gesorgt, dafür bedarf es keines Beweises, aber diese Vaterschaft war eine patria potestas die, wenn auch ihrer Pflichten bewußt, doch Rechte der Untertanen nicht kannte und stets auch die Rute in der Hand führte. „Das Wort Bürger hat seine Quelle in der Grundverfassung der menschlichen Gesellschaft und stellt den gehorsamen Teil des Staates vor, ein widerspenstiger Bürger ist also ein unartiges Kind gegen seinen Vater.“ Es gehört aber gar nicht viel dazu, ein unartiger Bürger zu sein, man brauchte nur sein Recht zu wollen. Manches Miniaturbild derart spielt sich in der politischen Kinderstube zu Bruchsal ab, wo die Untertanen, nach der Auffassung ihres Herrn, aus den Flegeljahren nicht herausgekommen sind. Als die Bruchsaler 1777 wegen eines Zolles auf Handel und Vertrieb am Wohnorte sich beschwerten und mit anderer Rechtshilfe drohten, da hat ihnen der Fürst in einer besonderen „Chronologischen Geschichte des Ungehorsams der Bruchsaler Bürger“ einen Spiegel vorgehalten. Darinnen sollten sie alle ihre politischen Sünden wiedersehen, von den Zeiten Kaiser Maximilians bis in die jüngsten Tage. Aus Trithemius und Sleidan, aus alten Chroniken und Registraturstücken wird dieses Sündenregister herausgeholt, das mit dem starken Pathos eines Bruchsaler Geschichtsphilosophen anhebt und die Bürger vor den Richterstuhl der Weltgeschichte beruft: „Wenn man die Gemüther eines Volkes“, so lehrt es, „richtig schildern will, so darf man nur auf die verflossenen Zeiten zurückschauen und sich das Bild ihrer Sitten vor Augen stellen. Da findet man denn eine ganze Reihe von stürmischen Ausschreitungen, zügellosen Auftritten, gefährlichen Rüstungen, öffentlichen Untaten, allmögliche Heftigkeit der böseartigsten Leidenschaften. So liefert eine richtige Fantasie eine tragische Bühne, und das Gemälde, so rührend es wird, so sehr entehrt es die Epoche des Alten und verräth den Charakter der Lebenden.“ Auf dieser tragischen Bühne sehen wir denn alle die lebenden Bilder: Der Bruchsaler Bürger revoltiert 1502 mit dem Bundschuh, „er fordert vor dem noch nicht erkalteten Leichnam des grimmigen Sötern seine verlorenen Freiheiten zurück. Bei Damian Hugo weiß man

zwar, die eingelegten Gebisse in ziemlicher Geduld zu ertragen," aber dann werden die bössartigen Leidenschaften von neuem wach, nur muß unsere Phantasie sich jetzt kräftiger anstrengen, um eine tragische Bühne aufzuschlagen, auf der die Bruchsaler Metzger 1757 in ihren Schranken über Abgaben murren oder die Stadt Bruchsal 1743 das Interregnum benützt, um dem Domkapitel „ein Beschwerde-Büchlein von allerlei Sorten unrechter Klagen vorzulegen“ und nach Franz Christophs Tode 1770 den „Sarg des liebenswürdigsten Fürsten mit abgeschmackten Sudeleien von 33 Beschwerden zu entehren.“ Auch unter der Regierung des neuen Herrn haben die Beschwerden nicht aufgehört; sie sind nur, wie Graf Stirum selber zugeht, „jetzt besser nach der Mode und mit einiger Schamhaftigkeit gekleidet“. Kurzum, die staatliche historische Untersuchung lehrt aus der Geschichte: „Der Bruchsaler Bürger muß von jeher zur Unruhe und Ungehorsam geneigt gewesen sein.“<sup>2</sup>

Der Gehorsam des Untertanen aber wird nicht bestimmt durch staatsbürgerliche Erziehung und das Bewußtsein, ein mitarbeitendes und mitverantwortliches Glied des sozialen Körpers zu sein, sondern, frei von Rousseau, ohne besonderen Kontrakt theologisch geregelt. Die Quellen des Bruchsaler Staatsrechts sind das alte und neue Testament. Da der speierische Landesherr geistlich und weltlich zugleich ist, so geschieht die Rundgebung seiner Staatslehre durch die Sprache des Hirtenbriefes und des weltlichen Erlasses an die Christen und an die Untertanen. Seine Gedanken über den Staat gehen eigentlich in dem einzigen Kapitel „Von den Pflichten der Untertanen gegen die Obrigkeiten“ auf. Dieses Verhältnis wird durch jene religiöse Auffassung gemildert, die Gott zum „Richter zwischen sich und den Untertanen aufstellt, den Regenten nur Gott gegenüber verantwortlich macht“, ein Verhältnis, für Despoten bedenklich, zumal wenn ihr Gottesglaube nur zu einer Devise des Gesetzes wird. Der Untertan soll gehorchen, „aber nicht mit jener slavischen Gemüthsart, die eine ledige Vorstellung des Zwanges in der Seele des Menschen anrichten kann, sondern mit der Bestimmung des Herzens. Er muß sich an der höchsten Obrigkeit, das ist dem Landesherrn, das Bild Gottes vorstellen“ und wissen, „daß der befehlende Wille seiner Obrigkeit selbst der befehlende Wille Gottes sei“. Dadurch wird, nach dem an die Seelsorger gerichteten Hirtenbriefe<sup>3</sup>, „der ansonsten bürgerliche Gehorsam auf eine weit



höhere Stufe gebracht", er wird zur christlichen Tugend. Wenn die Fügungen des lieben Gottes den Menschenkindern auch manchmal unbegreiflich vorkommen mögen, so werden sie in stiller Ergebenheit sich eben dem fügen, dessen Befehl nur Gottes Wille ist. „Celsissimus“. sagt einmal der Fürst in einer Randglosse zu einer Entscheidung, „sind Herr Alles wissen zu wollen, ohne daß sie die Ursache brauchen zu sagen, warum?“<sup>4</sup> Haben demnach die Untertanen nicht zu fragen, so haben sie wenigstens zu antworten, wenn, in die Staatslehre des speierischen Fürstentums eingeführt, ihnen die Antwort bereits durch allerhöchste Verordnung mundgerecht gemacht wird. Diesmal aber, ein paar Jahre nach der Ermahnung an die Seelsorger, wird zu den Fragen und Antworten aus der Religionslehre, der hochstiftischen Schuljugend als Erziehung zum Staatsbewußtsein auch ein politischer Katechismus in die Hand gegeben, wonach ja heutzutage alle Pädagogen rufen. Im Jahre 1785 erschienen auf gnädigsten Befehl „die Pflichten der Unterthanen gegen ihren Landesherrn, zum Gebrauch der Trivialschulen im Hochstift Speier.“ Friedrich Karl von Moser, der freimütige Publizist und politische Seelsorger des deutschen Fürstentums hat diese „Probe eines deutschen politischen Volks-Katechismus“ 1792 dem deutschen Publikum bekannt gemacht.<sup>5</sup> Was der hochstiftischen Jugend als selbstverständlich und faßbar galt, das ward für die öffentliche Meinung, die außerhalb der fürstbischöflichen Grenzpfähle von politischer Aufklärung und freien Staatsgedanken erfüllt war, zum merkwürdigen in dieser Form noch nicht dagewesenen Exempel einer Staatslehre.

Dem Zeitalter des religiösen Dogmenstreites war die beginnende, wenn auch noch vorsichtig sich äußernde öffentliche Meinung und ihr literarisches Bekenntnis, die Publizistik, gefolgt. Mit ihrem Gedanken über Staat und Regierung verband sich die kühne Kritik über die bestehenden Verhältnisse, ihre Unhaltbarkeit und ihre Besserung, noch ehe die Revolution rücksichtslos die fruchtbringende Arbeit theoretischer Reformen vernichtete. Für viele Publizisten war die Freiheit der Rede ein bedenklicher Weg. Während Schlözer in Göttingen in seinem Briefwechsel und seinen Staats-Anzeigen scharf, wenn auch nicht immer vornehm und ritterlich, aber ungehindert die deutschen Zustände geißelte, haben Schubart für seine „Deutsche Chronik“ und der leidenschaftliche Winkopp mit seinem

„Zuschauer“ für ihre freie Meinung gebüßt.<sup>6</sup> Andere aber haben nicht kritisiert, sondern belehrt. Der Gedanke, daß der Bürger nicht allein für das Jenseits und Ewige, sondern auch für das Diesseits und das Zeitliche erzogen werden müsse, sollte frei vom Katheder der Staatsrechtslehrer auch unter dem Volke zu einem praktischen Inhalt reifen, der religiösen sollte die politische Aufklärung folgen. Schon 1758 hat Larson auf Veranlassung des schwedischen Königs seinen politischen Katechismus herausgegeben<sup>7</sup> und die politische Freiheit zur Grundlage dieser populären Staatslehre gemacht. Der Staatsminister Freiherr von Zedlig, der Leiter des Schul- und Erziehungswesens im preußischen Staate, ist ihm im Jahre 1777 mit seiner „Abhandlung über die Einrichtung einer Volkslehre in einem eigentlich monarchischen Staate“ gefolgt. Auch der Untertan soll nicht allein von seinen Pflichten gegen jeden ihm Vorgesetzten in einer fassungsgemäßen Weise unterrichtet werden, sondern auch seine Rechte und Befugnisse kennen. Denn „Pflichten ohne Rechte sind eine Last“. Ob Fürstbischof August, durch diese Abhandlung angeregt, seinen volkstümlichen Katechismus herausgegeben hat? Gelernt hat er von dem Stande des Gehorsams nur die Pflichten, nicht die Rechte des Volkes. Das Lehrbuch für die Schulen des Hochstifts Speier könnte nach dem Ausspruche Mosers gerade so gut ein Lehrbuch des christ-fürstlichen Sultanismus heißen und in den Trivial-Schulen der Moldau und Wallachei eingeführt werden“. Das ist vielleicht zu hart geurteilt, denn der Katechismus ist das Ergebnis der ehrlichen Überzeugung eines Vertreters des Wohlfahrtsstaates. Den unruhigen Reformgedanken unseres pädagogischen Jahrhunderts dürfte freilich der speierische Katechismus nicht zum Muster dienen, so nötig auch eine Stärkung des Gehorsams in unseren Tagen wäre. Immerhin bleibt dieses Büchlein ein merkwürdiges Dokument der rastlosen Tätigkeit eines kleinen Reichsfürsten, dem gerade das Schulwesen seines Landes eine so außerordentliche Förderung verdankt, ein politisches Testament im Miniaturstil, dessen heiligem Ernst wir manch humorvollen Zug abgewinnen können, zumal wir nicht mehr auf der Schulbank des Fürstentums Speier zu sitzen brauchen. In einem politischen Naturalien-Kabinett hat Moser diesem Katechismus einen passenden Platz angewiesen.<sup>8</sup>

Große staatsmännische Gedanken im Stile des Zedligschen Programmes darf man auch hier nicht erwarten, um so mehr verdient es



Anerkennung, daß für den Untertanenverstand unfreier Bauern Frage und Antwort gut gesetzt sind, die mit ihren durch zahlreiche dem religiösen Katechismus verwandten, wenn auch nicht immer passenden Belegstellen diesem originellen Machwerk kräftige, volkstümliche Färbung verleihen. Die Lehre von der Obrigkeit bildet ein wichtiges Kapitel, nur werden große kulturelle Aufgaben ihr nicht zugewiesen, denn diese besorgt der Landesherr selber. Von dem Grundsatz ausgehend, daß die Menschen mehr zum Bösen als zum Guten geneigt sind, bleibt der hohen Obrigkeit schließlich nur die Strafpolizei übrig. Darum folgt auf die Frage: Was würden wohl für Verwirrungen entstehen, wenn keine Obrigkeiten wären? die gesunde Antwort, daß man nicht mehr im eigenen Hause sicher sei, „feindselige zankfüchtige Menschen, wenn sie niemand hinderte, uns todtzuschlagen, verwunden, tödten, sogar die Häuser anzünden und schließlich auch noch Geld, Kleider und Vieh nehmen könnten.“ Hohe Obrigkeit nennt man jene, welche die höchste Gewalt im Lande besitzen und ausüben. Gott regiert allerdings die Welt, da er aber unsichtbar ist, hat er Regenten, die man sehen kann, an seine Stelle gesetzt. Ist es nun eine Wohltat, christliche und gute Regenten zu besitzen, so gibt das den Brurhainer Schuljungen die beste Gelegenheit, bekennen zu dürfen, daß die gegenwärtige Regierung selbst ein Beweis für diese Wahrheit und es darum auch Pflicht sei, „für das lange Leben und die Regierung unseres geliebtesten Fürsten und Herrn unaufhörlich zu beten.“ Die Pflichten der Untertanen nehmen einen großen Raum des Katechismus ein. Das Wesen der verschiedenen Berufsstände wird dabei in guter Hausmannskost klargemacht, denn jeder Stand hat seine besonderen Pflichten. „Wenn aber die Bauern bei der Arbeit fleißig sein, beten, Gott dienen, friedlich untereinander und auch mit den Andersgläubigen leben und vor allem die Trunkenheit meiden sollen“, so fragt man sich, warum wohl der Bürger allein das Recht habe, sich zu betrinken? Aber den Bauern geht es darum auch besonders schlecht: „Wie geht es faulen, lüderlichen und betrunkenen Bauern?“ fragt der Katechismus. „Faule, lüderliche und betrunkene Bauern“, heißt die Antwort, „werden gemeiniglich arm, von ihren guten Nachbarn verachtet, sterben frühzeitig und ziehen sich das schrecklichste Strafgericht Gottes, die ewige Verdammnis zu.“ Nur nebenbei ist gesagt daß es den andern Ständen auch so ergehe für grobe Laster.<sup>9</sup> Die Kapitel von der Ehre

und der Treue, die man dem Landesherrn schuldig ist, hätten der biblischen Beweise nicht nötig gehabt, um sie auch den Untertanen eines modernen monarchischen Staates zu Gemüt zu führen, wenn das patriarchalisch väterliche Verhältnis, wie es dieser Katechismus predigt, nicht auch von Furcht und blindem Gehorsam der Untertanen geleitet wäre, sodaß böse Untertanen den Landesherrn fürchten müssen, weil ihm Gott das Schwert in die Hand gegeben, die Frommen ihn fürchten wie die Kinder ihren Vater und sich hüten, ihn zu beleidigen. „Untertanen sollen sich eben verhalten wie die Diener, weil der Landesfürst ihr Herr ist und sowohl über unser Leben als über unsere Güter die Gewalt hat.“ Als großes und herrliches Beispiel des Gehorsams gegen die Landesfürsten werden Josef und Maria angeführt, da sie dem Kaiser Augustus gehorsam waren und zur Schatzung nach Bethlehem reisten, ob ihnen gleich die Reise, da es weit und Winter war, sehr schwer fiel. Zum Schatzungsamt ist ohnedies kein allgemein beliebter Weg. Ohne Zweifel aber war dem speierischen Landesherrn jener Gehorsam sehr wichtig, der im pünktlichen Steuerzahlen sich kundgibt. Auch diese Pflicht findet der gelehrige Schüler in der hl. Schrift begründet, da im Römerbriefe des Apostels Paulus geschrieben steht: „Gebet einem jeglichen, was ihr schuldig seid, Schatzung, dem Schatzung gebührt. Eine Mahnung, die auch heute noch an den ohnedies kahlen und fröstelnden Wänden unserer Steuerämter neben Kalender und Hausfegen einen passenden Platz fände. Die Steuerzahler unserer Tage sind allerdings frei von moralischen und religiösen Betrachtungen im Stile des Bruchsaler politischen Katechismus und fluchen viel lieber auf dem Wege zum Steueramt, als an den Apostel Paulus zu denken, aber auch sie können aus der staatsbürgerlichen Erziehung der hochstiftlich speierischen Jugend manch gute Lehre ziehen. „Wie können die Untertanen die Steuern am leichtesten bezahlen?“ fragt der Bruchsaler Katechismus, und es folgt die lebenswahre Antwort, daß Untertanen die Steuern am leichtesten bezahlen, wenn sie „fleißig arbeiten und unnütze Ausgaben meiden und sparsam leben“. Auf die Frage aber, wie man die Steuern bezahlen solle, enthält die Antwort schon eine größere Zumutung, von der allerdings die unschuldige Jugend noch nicht betroffen ist, wenn sie wohl einstimmig das laute Bekenntnis ablegen soll, daß man die Steuern ebenso gerne als hurtig bezahlen solle, wie man den Eltern gern und hurtig gibt, was zu ihrem



Unterhalte nötig ist. So wird die harte Pflicht, die einst den Brühainer und Pfälzer in die Bauernheere getrieben hat, zum kindlich trauten Verhältnis. Die Trivialschüler des Hochstifts sollen aber auch wissen, daß es eine Sünde sei, Steuern zu umgehen, wenn man sie zahlen könne oder gar um einen Zoll zu betrügen, „da doch auch Christus zu Kapernaum für sich und Petrus den Zollgroschen bezahlt hat.“

Stirum ist eine staatswirtschaftlich begabte, aber im politischen Horizonte des Landes betrachtet, eine vielfach groteske Figur, die in ihrer Selbsteinschätzung den natürlichen Gesichtswinkel verloren hat. Es geht ihm wie den Kindern, die in einen Hohlspiegel hineinschauen und sich vergrößert glauben, während ihre Gesichtszüge nur verzerrt sind. Einen solchen Eindruck macht es, wenn man das weitaus umfangreichste Kapitel des Katechismus, der doch nur von Knaben auswendig gelernt wird, dem Kriegsherrn und den Pflichten der Soldaten gewidmet sieht. Und doch stand hinter dieser militärischen Morallehre und Katechese keine andere Armada als die drei Kompagnien hochfürstlicher Kreistruppen zu je 100 Mann<sup>9</sup> und die Leibgarde von 28 Dragonern, die gegen Ration aus den Ersparnissen der Landschaftskasse ihre Equipierung erhielten, wenn sie überhaupt alle equipiert waren. Früher hatte Hessen-Darmstadt die dem Hochstift ausgestellte Mannschaft gegen ein Stück Geld gestellt, und 1750 fand Kardinal Hutten es vorteilhafter, selbst sein Militär auf schwachen Beinen zu halten<sup>10</sup>. Diese Soldaten waren aber nicht einmal alle beisammen. In Zeiten, „da das theatrum belli in den fürstlichen Landen aufgeschlagen war, <sup>11</sup> mußte der Landesherr sein ihm zugeteiltes Kontingent in barem Gelde bestreiten.<sup>12</sup> In Friedenszeiten mußten sie Ordnung in der Residenz halten und seitdem ihr Gebieter nach langen Prozessen dieselbe mit einer Backstein-Stadtmauer befestigt hatte,<sup>12a</sup> die Tore bewachen und in unruhigen Zeiten Sorge tragen, daß die Mauerzinnen nicht vom Lumpengefindel, das sich im Bizedominat herumtrieb, überstiegen wurden. Eelfissimus, der immer stolz darauf war, fürstlich münsterischer Kriegsrat gewesen zu sein und vom Kriegswesen etwas zu verstehen glaubte, „im Kriege kein Kontingent, keine Römermonate, keine freiwilligen Kriegsbeiträge gab“, <sup>13</sup> nahm gerne selber eine Prüfung der Körperlänge seiner Grenadiere vor, wenn er dem Berichte des Amtmannes nicht traute.<sup>14</sup> Nicht aber die Soldaten, sondern die Trivialschulen sollten ja an der Hand der hl. Schrift über die

Pflichten dieses Soldatenstandes unterrichtet werden und lernen, daß die Soldaten in den Quartieren sich ruhig verhalten müßten, daß es auch eine Sünde sei, wenn sie sich mit ihren Wirten zankten und was sonst noch dererlei auch bürgerliche Anstandspflichten sind. Ist es doch eine merkwürdige Auffassung, daß ein braver Kerl, der im Dienste des Vaterlandes krank und verwundet worden ist, daß als eine Sündenschuld ansehen und aus diesem Grunde dem lieben Gott ergeben sein solle. Jedenfalls sind alle diese guten Ermahnungen später wieder vergessen worden, wenn es der Verfasser des politischen Katechismus für nötig findet, sich in Frag und Antwort eingehend mit den Deserteurs der speierischen Armee zu beschäftigen und die Trivialschüler lernen zu lassen, daß die Deserteure nicht allein von Gott mit Krankheit und Armut, Schande und Spott bestraft werden, sondern auch, als besondere hochstiftspeierische Beigabe, Vermögenskonfiskation und Zuchthaus zu erwarten haben. Das Desertieren, zumal in die nächsten badischen und pfälzischen Orte, muß demnach in der Residenz im Schwunge gewesen sein, wenn die notwendige Errichtung einer Stadtmauer unter anderem damit begründet wird, daß die vielen offenen Ausgänge der Fahnenflucht der unzufriedenen Krieger allzu günstig seien.

Es ist mehr als selbstverständlich, daß die selbstherrliche Auffassung höchstobrigkeitlicher Gewalt und des Gehorsams der Untertanen auch auf die Stellung des Beamten von eigenartigem Einfluß war. „Der Discipel soll nicht gescheidter sein, als der Meister“, war schon Schönborns Wahlspruch in seinem Verhältnis zu seinen Dienern vom Kanzler bis herab zum Küchenjungen. Da der Graf von Stirum, wie uns der Kammerpräsident von Beroldingen versichert, eine ganz nach dem Model seines Oheims geschaffene Figur war, so blieb es auch unter diesem selbstherrlichen Regiment beim Alten. Nur starrer, unbeugsamer und härter ist hier in Theorie und Praxis das System des von aufgeklärten Staatsideen unberührten Absolutismus. Während auch in kleinen Staaten, in geistlichen und weltlichen, wie in dem kleinen aufgeklärten Nachbarlande Baden unter dem milden Szepter Karl Friedrichs hervorragende Minister dem politischen und administrativen Leben den Stempel ihres Geistes eingeprägt haben, konnte in Bruchsal und Speier nur ein arbeitsamer, aber kein selbstdenkender und selbstschaffender Kopf mit dem Herrn zusammen regieren. Ein Groschlag



Stadion, Benzel oder Schloffer hätte hier dauernd nicht ausgehalten. Ein eigentliches Ministerium gab es auch nicht. Was nicht in den Geschäftskreis der Regierung und der Kammer als der wirtschaftlichen Verwaltung gehörte, war Sache des Kabinetts, in welchem der Herr mit einem auserwählten Räte entschied. Aber auch der Geh. Referendar hatte nicht viel zu sagen<sup>15</sup> bei einem Herrn, der selber regierte und eher alles andere vertragen konnte als das Dreinreden. Regierungs- und Justizsachen, in einem Kollegium vereinigt, sind dann später in zwei Senate getrennt worden.<sup>16</sup> Für den einen war der Hofkanzler, den andern der Vizekanzler der Vorstand. Beides waren tüchtige Beamte, vor allem der Geh. Rat und Hofkanzler Wolff, der als geschäftsgewandter Herr das besondere Vertrauen seines Herrn besaß, als der *omnis homo*, der als erprobter, alter, abgearbeiteter Steuermann auch noch dem letzten Landesherrn gedient und den Übergang des rechtsrheinischen speierischen Gebietes an Baden erlebt hat. Bürgerliche Kräfte haben wesentlich an dieser kleinen Staatsmaschine mitgearbeitet. Mehr repräsentativ waren andere Stellen, vorab die Präsidentenstellen bei Regierung und Rentkammer, dem zahlreichen im Domkapitel ausschließlich vertretenen Adel vorbehalten, wenn auch Stirum die Auffassung, als seien diese Würden „ein kapitulationsmäßiges Utile“ für die Domherren, nicht teilen wollte. Diese Stellen galten bei den Kapitelsherren als ein erwünschtes Zwischenglied zwischen ihnen und dem Landesherrn und als Gegengewicht gegen seine Willkür. Nicht ohne Grund hat Stirum die Tätigkeit dieser Präsidenten bis zu einem inhaltslosen Herkommen herabgedrückt und sich ihr dann ganz entledigt, wie er auch in der ausschließlichen Vergebung der Oberamtmannsstellen an Adlige die Gefahr eines Eindringens einer Mitregentschaft sah. Immerhin sind von ihm auch diese Stellen als ein bloßes „Honorifikum“ angesehen worden, nicht allein zur besseren „Subsistenz der Kavaliere“, die ja auch an einem geistlichen Hofe nicht fehlen durften, sondern auch zur Erleichterung der Hofkasse.<sup>17</sup> Eine besondere Tätigkeit dieser Präsidenten war schon deswegen ausgeschlossen, weil beide, der Marquis von Hoensbroeck bei der Regierung und Freiherr Joseph von Beroldingen bei der Hofkammer als der obersten Finanzbehörde, als Domherren ferne von der Residenz saßen. „Herr Kammerpräsident,“ sagte Stirum zu Beroldingen bei seiner Ernennung, „nun müssen Sie mich eine Zeitlang allein präsidieren lassen, bis ich



daß Disasterium nach meiner Methode eingerichtet habe. Ist dies einmal geschehen, so werde ich Ihnen wieder sagen und um das fernere Präsidieren ersuchen.“ Aber nur einmal ward Beroldingen berufen, um der Vorstellung eines Kammerdieners beizuwohnen und Kammerpräsident blieb in Wirklichkeit der Fürst selber.<sup>18</sup> Gleiche Dekorationsstücke waren die paar hochfürstlichen Grenadier- und Dragoneroffiziere, die Exerzierreglement und Hofmarschallordnung zusammen in der Tasche trugen. Wie aber auch dieser Beamtenstaat, vom Geh. Rat bis zum Kanzlisten, sich in die Sorge um das Wohl des Hochstifts teilen mußten, sie alle standen unter der strengen Aufsicht des obersten Herrn. Er überwachte persönlich die Arbeit seiner Räte und zensierte sie, wie ein guter Schulmann seine Hefte. Es gab keine Noten, aber böse Randbemerkungen, bald grob und ironisch, bald strenger Verweis und bittere Ehrenkränkungen. Ein Lob war selten, denn jede Leistung war selbstverständlich. Auch Geheime Räte büßten mit zwanzig Reichsthalern, wenn sie in vorgeschriebener Zeit ihre Tabellen nicht ablieferten.<sup>19</sup> Gerne wittert er „Schulkrankheiten“, wenn einmal der eine oder andere länger, als es dem Landesherrn nötig schien, gesundheitshalber die Amtsstube meiden mußte.<sup>20</sup> Daß unnütze Schwäzen in den Arbeitsstunden, die beliebten Konversationen in der Fensternische, das Spaziergehen im Zimmer, waren ihm eine unliebsame Verletzung der dienstlichen Pflichten. Schlimmer noch die Herren, „die ihre Ruhe pflegen, sich auf allerlei Art belustigen, statt die stoßweise eingelaufene Akten durchzusehen, einen eitlen Dichter, einen fabelhaften unmännlichen Roman oder sonstige unnütze Bücher lesen, welche die heutige Welt, wie einst die giftigen Insekten des Aegyptenlandes überströmen.“<sup>20a</sup> Mißtrauisch gegen die Menschen, sieht er gerne auch bei seinen Beamten mehr schlechte als gute Eigenschaften und seine Randnoten zu Akten und Protokollen gleichen meist Strafmandaten. Selbst das kurze „Punktum“ läßt die gereizte Stimmung des hohen Herrn erraten und er findet schließlich nur beim alten Hiob Trost, nach dessen Worten „selbst Gottes Diener nicht beständig und seine Engel unvollkommen sind“.

Der Fürst stellte an seine Beamten die größten Anforderungen. Er selber aber ging allen mit dem besten Beispiel voran. Er war ein Mann von bewundernswerter Arbeitskraft, noch in seinen alten Tagen von vier Uhr<sup>20b</sup> am frühen Morgen tätig bis zum späten Abend. So klein auch sein Ländchen war, um wie er jedes Glied dieser Staatsmaschine zu



kennen und selbst mitbewegen zu helfen, dazu gehörte eine ganze Kraft. Sein Arbeitskabinet war das kleine Abbild der Landesregistratur, ein papierner Regierungsapparat im Auszug. Der pedantische Freund der Rubriken und Tabellen, die wir heute noch als das Zeugnis einer musterhaften Ordnung bewundern, wo auch die kleinsten Dinge in diesem Uhrwerk der Staatsverwaltung ihre Bedeutung haben, war nicht wenig stolz auf sein Werk. Wenn andere hohe Herren gerne den Besuchern ihrer Höfe ihre Tierzwinger und Pommeranzengärten oder die Jagdtrophäen der Hirschgeweihe zeigten, so pflegte der Bruchsaler Fürst die Reisenden in sein Arbeitskabinett zu führen, wo sie dieses Ordnungssystem in den vielen Schubfächern bewundern konnten. Hier war der ganze hochfürstlich speierische Staat im Auszug aufbewahrt, ein Magazin, das lebendig wurde, sobald der hohe Herr „die Schubfächer öffnete und seine Tabellen aufschlug, um dem erstaunten Besucher sogar den Namen der Schildwache zu nennen und die Zeit, um welche in Stadt und Land ein Musketier seinen Posten bezog.“<sup>21</sup> Solche Schrullen müssen auch andere Fürsten gehabt haben, da Karl Friedrich von Moser sich einmal darüber aufhält und meinte, der Kopf eines Regenten brauche keine Leimgrube und sein Zimmer keine Holzkammer zu sein, und es genüge, den Riß und das Modell des ganzen Gebäudes beständig vor Augen zu haben.<sup>22</sup> Der Bruchsaler Fürst aber kannte auch Riß und Modell, und man ist oft erstaunt zu sehen, wie genau ihm sein ganzes Ländchen im Kopfe sitzt.

Mit seiner guten Registratur allein hat allerdings Fürst Stirum sein Volk nicht glücklich machen können, und außer diesen Akten gab es keinen inneren Lebenszug, der dies schroffe Verhältnis von Befehlen und Gehorsam überwindend, von Herz zu Herzen gegangen wäre. Auch hier herrschte nur der Wille des Herrn, dessen Erfüllung einmal „ein unabwendbares System mit tiefster Verbeugung“ genannt wird. Ein Beamten-gesetz, das den Dienern gewisse Rechte gewährte, gab es ja noch nicht. Schon die in den speierischen Anstellungspatenten übliche Klausel „so lange es uns gefällig ist“, übergab das Schicksal des Dieners der Laune seines Herrn. Räte und Beamte lebten in ständiger Furcht vor Entlassung.<sup>23</sup> Wohl hat Stirum auch für seine Beamten eine Ordnung, eine „Gesetzes-tafel“ herausgegeben.<sup>24</sup> Sie ist aber mehr ein Lehrbuch des Beamten-gehorsams, das, in seinem bekannten Bruchsaler Stilus dem Volks-katechismus verwandt ein wertvolles Stück eines politischen Antiquitäten-



kabinets bildet und wohl wert ist, daß man es in einem Schaukasten dafselbst ausstellt. „Zwar ist es — so hebt die Gesetzestafel an — der Allgegenwart und unendlichen Majestät und unbegrenzten Weisheit Gottes allein eigen und vorbehalten, Alles in dem unermesslichen Ganzen der Schöpfung durch sich selbst zu durchdringen.“ Dessen ungeachtet hat er sich Engel als Diener geschaffen, die er als Boten und Werkzeuge zu seinen weisesten Absichten gebraucht. Die Eigenschaften der Menschen aber, welche von Gott um andere an seiner Statt zu regieren angeordnet hat, sind begrenzt. Daher die Notwendigkeit, sich Anderer als Diener und Werkzeuge in Ausübung der Regierungspflichten zu gebrauchen. Wer diesem höchsten Oberherrn der Allheit gegenüber die Pflicht eines wahren Christen versäumt, der kann auch jenem keine Treue halten, der nur als ein Statthalter der göttlichen Majestät in einem Bezirke der Welt — also hier im Hochstift Speier — regiert.

Dann werden die Haupteigenschaften des Staatsdieners auseinandergelegt. Weit ausholend, umständlich, von den Worten der Propheten und Apostel nicht immer sehr passend unterstützt, aber auch voll guter und selbstverständlicher Lehren, baut diese Staatsdienerordnung sich auf bis zum obersten Gesetz des unbedingten Gehorsams. Das Herz des Staatsdieners muß vor allem durchdrungen sein von der tiefsten Ehrfurcht gegen seinen Oberherrn. „Gott gebietet durch seine Apostel die Fürsten zu ehren. „Das Amt, das diese bekleiden, die Würde, die sie tragen, Gott, dessen Stelle sie vertreten, alles dies muß das Herz, das Gemüt, die Worte, die Werke zu ihrer Verehrung und nach ihrem Willen antreiben. Wir wiederholen es: der Fürst ist von Gott bestellt, er ist ein Diener Gottes, dessen Stelle er vertritt.“ Wie sich nun auch der Diener zu den Befehlen seines Herrn stellen mag, er wird „die Biegsamkeit des Willens zu dem Gehorsame nicht von daher, sondern einzig und allein von der immer lebhaft gegenwärtigen Kenntniß seiner Schuldigkeit entnehmen und also in dem einen wie dem andern Falle zu gehorchen bereit sein.“ „Wo eine Obrigkeit ist, die ist von Gott geordnet, einem Diener — so drückt die Gesetzestafel in fetten Lettern — stehet es also nicht zu, erst zu untersuchen, ob die Obrigkeit, die einmal Gewalt über ihn hat, auch ein Recht habe, dieses oder jenes zu befehlen, noch ist ihm anständig, um die Ursache des Befehls zu fragen. Der Diener ist, sobald die Herrschaft die höchste Gewalt in Händen hat, zum Gehorsam gegen sie ver-



bunden. Die übrigen Untersuchungen gehören nicht für ihn, dieses Gericht hat sich der König aller Könige vorbehalten.“ Ist der Wille des Herrn deutlich, so bleibt dem Diener nichts übrig, als denselben pünktlich zu vollziehen, sonst steht ihm der Weg zur Aufklärung jederzeit offen, denn Wahrscheinlichkeit ist keine Richtschnur für den ausführenden Beamten, sie verleitet zur Willkür und zum Eigendünkel, der sich dem Willen des Herrn an die Seite setzt. Diese Gefahr hat eine Dienerschaft, die nicht aus den Grenzen der Unterwürfigkeit heraustreten will, zu meiden.“

So unbeugsam aber auch der Wille des Fürstbischofs gewesen sein mag, so fehlen doch, wie uns ein Beroldingen, einer seiner unermüdblichsten Widersacher versichert, auch Züge der Gutmütigkeit in dem harten Wesen des Fürsten nicht. Aber keinem Diener in Staat und Hof wäre es möglich gewesen, die selten weichen Seiten oder gar eine gute Laune dieses merkwürdigen Charakters zu eigenem Vorteil auszunützen oder zum Schaden eines anderen zu mißbrauchen. Wie er überall in den Verwaltungsbehörden das „Favorisieren“ haßte, so stand er Vetternschaften und Verwandtschaften mit einem manchmal übertriebenen Mißtrauen gegenüber. „Ferne — sagt seine Dienerschaft — sei es von jenen Dienern, welche das Amt haben, Befehle von dem Herrn mündlich zu empfangen, um solche andern zu überbringen, daß sie sich dieser Gelegenheit bedienen, um zu Gunsten eines andern einen unnützen Fürspruch zu tun. Fern, sagen wir, sei von ihnen, auf einen Mitdiener die Gnade des Herrn lenken zu wollen. Die Verteilung der Gnaden ist das Werk nur des Herrn. Er der Herr hat die Auspendungen der Gnaden seinen höchsten Einsichten allein vorbehalten“. Hier ließ er sich nicht hineinreden, denn das Wort Gnaden war für ihn keine bloße Redensart.<sup>25</sup> Als bei einer Feuerbrunst zu Rettigheim die Räte eine Belohnung für geleistete Hilfe „vorschlagen“ sich erlaubten, ward dies von Celsissimo sehr übel vermerkt. „Denn Spezialbelohnungen sind *gratialis principis, merita* mag man zu Protokoll bringen, einen Vorschlag zu machen, greift über die Befugnisse eines Geheimen Rates hinaus.“<sup>26</sup> Von Treu und Redlichkeit, von Gerechtigkeit in der Justiz und Zuverlässigkeit in der Verwaltung und manch anderen Lehren ist weiterhin die Rede, die der heutige Staat von seinen Dienern ohne ethischen Kommentar voraussetzt und schwerlich als tägliche Lektüre seinen Dienern empfehlen dürfte.

Graf Stirum wollte seinen Beamten mit seiner Geseßestafel jedenfalls ein bene antun. „Denn niemand, meint er, arbeitet vergnügter, als wenn er eine gewisse Regel hat. Die sicherste Regel für einen jeden ist der klare Wille seines Herrn, diesen thuet!“ ruft er ihnen zum Abschied zu. „Sollten sich hie und da Dunkelheiten, ein Anstand oder Zweifel vorfinden, so werdet Ihr die Sicherheit, die Gewißheit nur einzig bei dem antreffen, welcher Euch die Regel gegeben hat.“ Daß bei dem Herrn selber Zweifel aufsteigen könnten, wird gar nicht vorausgesetzt. Er ließ sich selber nicht gerne mit „Vorschlägen überraschen“. „Discite cautius mercari“, schreibt er einmal an den Rand eines Aktenstückes. Als „Altweibergeschwäg“ werden Beschlüsse gerne abgefertigt. Stand aber einmal das höhnische „si tacuisses“, das knurrige „semel et semper abgeschlagen“, das „principiis obsta“ oder die wohlbekannte Devise: „Wir sind allein der Herr“ am Rande eines Beschlusses der geheimen Räte, so wagte wohl keiner mehr von ihnen die „Lösung des Zweifels“ zu suchen, zumal Celsissimus selber erklärt hat, „daß er niemanden die Ursache seines Entscheids unter die Nase zu hängen brauche.“<sup>27</sup>

Wie für die Untertanen einen Katechismus, die Staatsdiener eine Geseßestafel, so hat der schreibselige Stirum neben den sorgfältig ausgearbeiteten neuen Instruktionen für das gesamte Personal des Hofmarschallamtes, auch für den Hofmarschall selber im Jahre 1775 eine Dienstordnung<sup>28</sup> herausgegeben, die wir nun als drittes Kabinetts- und Miniaturstück in den kulturhistorischen Schaukasten hineinlegen wollen.

Über dieses Amt des Hofmarschalls und was damit zusammenhängt, konnten die Zeitgenossen und können wir in des Friedrich Karl von Moser Teutschem Hofrecht uns aufs genaueste unterrichten, woselbst sogar die Zahl der Kanonenschläge bei fürstlichen Empfängen je nach Rang und Stand durch Zitate aus guten Quellen wissenschaftlich begründet werden. Die speierische Hofmarschallordnung ist für Geist, Geschmack und Sitte des achtzehnten Jahrhunderts zumal im Vergleich mit den nüchternen, kurzen Bestallungsbriefen der weltlichen Höfe des sechzehnten Jahrhunderts ganz besonders lehrreich. Ein kleines Lehrbuch der Moral- und Anstandsbegriffe liegt da vor uns! Man kennt den manchmal recht groben Landesherrn gar nicht mehr mit seinen kategorischen Randbemerkungen, die sonst seine Staatsdiener zittern machen, und glaubt vielmehr in den Briefen der Frau



von Laroche an ihre Freundin Lina zu lesen, wenn dem Hofmarschall eine ganze moralische Vorlesung gehalten wird über Liebe und Treue, Anstand und Bescheidenheit, Eigenschaften aus denen heraus die Zusammensetzung eines Hofmarschallcharakters befohlen wird.

Dieser Leiter der Hofökonomie soll sich zunächst einen Begriff von den Gesinnungen seines Herrn machen. Davon ist aber nicht einmal die Rede, vielmehr wird der Hofmarschall unterrichtet, was er sicherlich schon selbst wußte, daß „die Ordnung zu allen Zeiten die Seele des Geschäfts sei“. Man muß Zweifel in diese Erkenntnis gesetzt haben, „denn wer von der Richtigkeit dieser Wahrheit nicht überwiesen ist, der muß den großen Schauplatz der Welt betreten, wo er alsdann diese Grundsätze wird bestätigt finden.“ Diese große Welt wird, wie uns Mademoiselle Someri in ihren Betrachtungen über die französische Gesellschaft erzählt, von Fürsten und Adel gebildet und hat ihre eigene Form und besondern Ton, darum haben in ihr auch Kleinigkeiten einen großen Wert. So brauchen wir uns also nicht zu wundern, wenn auch der Hofmarschall, obwohl er kein verantwortungsvoller Staatsminister ist, eine „besondere Rücksicht seiner Handlungen“ auf dem kleinen Schauplatz der Residenz zu Bruchsal erhält. Dabei ist aber weniger von den Handlungen, als von den Eigenschaften dieses Beamten die Rede. Er ist selbstverständlich von Adel, „aber die Geburt allein gibt noch kein Verdienst, ein großes, zu allen moralischen und politischen Tugenden gebildetes Herz müssen ihn beseelen“. Vor allem muß die Bescheidenheit einen Mann zieren, „den Geburt und erlauchte Eigenschaften auf einen Posten berufen, wo er das Beispiel der Nachahmung geben soll“. Nicht allein die Höflichkeit, sondern auch die Religion muß ihm innewohnen, „die mächtigste Triebfeder, die den Menschen im Glück gelassen und im Unglück erhaben zeigt“. Sie ist „kein Hirngespinnst, sie ist nicht ein nur für den Pöbel errichtetes Lehrgebäude“. Diese Hofmarschallsreligion ist mehr „Gesinnung“, aber keine, „die sich dem Aberglauben nähert, die unter dem Deckmantel der Frömmigkeit nur Schlangen im Busen verbirgt“. Es ist ein Stück uns sonst fremden Aufklärungsstils, was sich da kanzleifähig gemacht hat, obwohl der konservative Fürst sonst streng auf die Wahrung der Glaubensregeln hielt. „Eine von Pedantismus und Gleisnerei gleich weit entfernte Religion soll den ersten Diener der fürstlichen Hauswirtschaft zieren.“ Die Liebe aber, die ein Herr



von seinem Diener fordert, wird durch Religion, Sittenlehre und Natur gelehrt, obwohl sie nach der fürstlichen Instruktion ihren letzten Grund im Gehorsam hat. „Des Herrn Befehle zu erfüllen muß sein ganzes Herz in Bewegung setzen. Eine vom Geist des Böbels aufgestellte Kritik darf ihn nicht irre machen. Wer seine Handlungen — sagt die Instruktion — nach den Urteilen der Welt einrichtet, ist ein Sklave. Er wird belehrt werden, daß es Menschen gibt, die zum Tadeln frech, den Hunden ähnlich sind, die den Wandersmann wie den Straßenräuber mit gleicher Wuth an bellen.“ Unter solchen moralischen Betrachtungen ist vorübergehend der Hofmarschall ganz vergessen worden und kann erst im Kapitel der „Haushaltung“ zur Überzeugung kommen, daß er nun wieder selber gemeint sei. Die „Hofpolizei“ aber, die in einem dritten Kapitel nicht ohne moralische Exkurse behandelt wird, scheint allem nach ein viel schwierigeres Geschäft zu sein, als den Staat von Bruchsal zu regieren, da nach des Fürstbischofs Überzeugung „jeder Hof ein Sammelplatz von Leidenschaften ist, die jemals der Gang zum Übel und der Stolz der Menschen gebähren können.“ Was aber für Leidenschaften die Ruhe des kleinen geistlichen Hofes gestört haben, ist uns nicht gesagt, wenn nicht gar die Verleumdung damit gemeint ist mit dem „Greuel der Verwüstung, die dieses so strafbare Laster anrichtet“. Es sind doch sonst harmlose Sünden, wenn die Hofkavaliere einmal im Überroß und ohne Degen, der doch zum Essen nicht nötig ist, bei der Tafel erscheinen und nur kleine Leidenschaften, wenn die muntern Herrn, die ihren guten Traktat aus dem Schloßkeller erhalten haben, mit großen und kleinen aus Brot gekneteten Kugeln sich gegenseitig über Tisch werfen. Hier aber konnte Celsissimus vor allem das Raisonnement, das er für sich selber in Anspruch nahm, nicht vertragen. Er mußte „alles unanständige Kritizieren und Raisonnieren, das höhnische Scherzen in Absicht auf die Mitspeisenden“ strenge verbieten. Der Kritiker, der eben doch als Besserwisser den „Reformator“ spielte, war selbst an der Hof-tafel für den gestrengen Herrn eine unbeliebte Persönlichkeit.

Der Verfasser dieser umständlichen, für den Hofmarschall abgefaßten Moralbetrachtung, die ihre Herkunft unschwer verrät, muß übrigens das Gefühl gehabt haben, daß es zuviel des Moralisierens war, wenn er, um die Geduld des obersten Hofökonomens nicht zu ermüden, zum Schlusse eilt. Doch nicht ganz befriedigt ihn der Zwang



dieser Eile, denn er ist überzeugt, daß der Kreis der Amtsverrichtungen eines fürstbischöflichen speierischen Hofmarschalls viel zu weit ist, „als daß man ihn ganz erschöpfen könne“, und in der That ist uns auch die hochfürstliche Instruktion schuldig geblieben zu sagen, was der Hofmarschall eigentlich für Geschäfte zu besorgen habe. „Gänge, die zum Vergnügen bestimmt sind“, meint der umständliche Verfasser, „kann man mit Blumen zieren, allein Wege, die den Wanderer zu einem vorgesezten Zwecke führen, sind insgemein dürre.“ Unserem heutigen Geschmade dünkt vielmehr, daß in diesem moralischen Blumengarten der fürstlich speierischen Hofordnung der Hofmarschall um einen dürren Weg sehr froh gewesen wäre.

„Dies ist des alleinigen Herrn Befehl, — schrieb einmal Stirum an den Rand eines Protokolles — die umgehende Befolgung aber der Diener geheiligte Pflicht. Haec erit via recta, quae ducit ad coelum et in hoc mundo ad gratiam principis“. Nicht aber alle Diener im Ländchen wollten um diesen himmlischen Lohn sich dem Willen und Eigensinn und der höchsten Einsicht ihres Herrn fügen, der leidenschaftlich und zügellos, grob und ungeschliffen seiner gereizten Stimmung Ausdruck gab und auch die Ehre seiner Beamten verletzte. Unverdiente tränkende Berweise rührten den gestrengen Herrn nicht. „Die Tränkung des Herzens“, sagt er einmal, „wünschen Eelfissimus, wenn sie so viel fruchten könnte, daß man ihre Befehle genauer beobachtet.“<sup>29</sup> Wenn ihn der Fürstbischof Franz Christoph von Hutten einen Brähler genannt hat, der sein Wissen, Können und seine Verdienste gerne in die Welt hinausposaunte, so gewinnt dieses Porträt aus den Akten heraus nur verwandte Farben. Der alte „Fuhrmann in Geschäften“ rühmt sich gerne, auf allen Sätteln zu reiten und mit souveräner ironischer Verachtung weist er einen jeden Geheimrat zurecht, der sich erlaubt, seiner Pflicht gemäß so zu raten, wie es Eelfissimus nicht wünscht. Das Fluchen, das er mit fünfzehn Streichen bestrafen läßt, gewinnt zwar eine malerische Wirkung, wenn er „tausend Donnerkeile auf höllenmäßige Verläumder“ schleudert oder das „bözartige Ratterngeziß und die gott- ehr- und respektlosen Begriffe der Bruchsaler Ratzherrs“ behandelt, deren „Bellen in Sirenengewimmer ausklingt“, wenn sie für ihre höchst überflüssige Stadtmauer Geld bezahlen sollen. Ein ganzes Register von Ehrenbezeugungen, die Eelfissimus seinen Untergebenen zuteil werden läßt, könnte man zusammen-

stellen und in der Tat hat sich auch ein Bruchsaler Beamte, dem der Humor über dem Ärger nicht ausgegangen war, eine solche Anthologie stirumfchen Geistes im groben Bruchsaler Kammerstil zusammengestellt.<sup>30</sup> Viele, die ferne von der Residenz saßen, wie Urban, der Geschäftsträger des Domkapitels beim Reichshofrat in Wien, ließen sich zwar durch „solche Machtsprüche des Herrn Fürsten“ nicht einschüchtern und hielten sie nur für „ein kräftiges Donnerwetter, ohne einzuschlagen“.<sup>31</sup> Auch die Domherren in Speier haben wegen des ehrenvollen Prädikats „Ochsen und Esel“ keine Beleidigungs-klage angestellt,<sup>32</sup> und der Weihbischof und Vikariatsdirektor Seelmann hat es wohl selber nicht geglaubt, daß „er ein Dummkopf in praxi“ sei.<sup>33</sup> Wenn allerdings einem Amtskeller, wegen Dünung der herrschaftlichen Weinberge der Rat gegeben wird, „er möge als allgemein bekannter Raßweiser und interessierter Haushälter nur seinen *salva venia* eigenen Dreck beisammen halten“,<sup>34</sup> so war das doch eine in dieser feinen Form auch damals ungewohnte Entscheidung von höchster Stelle. Andere aber, die „aus Gnaden so lange es gefällig“ angestellt und in Ungnade gefallen, ohne jede Begründung entlassen werden konnten, nahmen die Dinge ernster. Der ehrenverletzende Ton des Landesherrn im Verkehr mit seinen Staatsdienern hat nach seinem Regierungsantritt so manchen tüchtigen Beamten in Staat und Kirche hinweggetrieben. So hat der Hofkanzler Weißkirch seinem Herrn gekündigt, und der Kammerrat Baader, ein tüchtiger Finanzbeamter, ist bald nachgefolgt, weil er die große Respektlosigkeit begangen, zu urteilen, ohne darum ersucht zu sein in Fragen, „die über seinen Begriff waren“; *Celsissimum in cameralibus und regiminalibus* belehren zu wollen, war allein schon ein Wagnis, für das auch Baader eine herabwürdigende, mit seiner Ehre nicht zu vereinbarende Zensur davongetragen hat. „Nur Seelen von Roth“, schrieb er an den Fürsten, „können öffentliche Mißhandlungen verdauen.“<sup>35</sup> Der schon genannte Weihbischof und Direktor des Vikariates Seelmann stand bis zu seinem Tode 1789 in einem stets gereizten, durch scharfe Auftritte immer unfreundlicher sich gestaltenden Verhältnisse zu seinem Herrn. „Einer unangenehmen Erfahrung setzten alle sich aus, die statt auf der Stelle zu weichen, Miene machten, dem fürstbischöflichen Systeme entgegen zu sein, das Tag für Tag gegen das Gefühl einer empfindsamen Seele und selbst gegen die vernünftige Vorstellung seiner Regierung



ging.“<sup>36</sup> In dem Verhältnis des Herrn zu seinen Staatsdienern verspürt man darum keinen warmen Zug des gegenseitigen Vertrauens. Außer Erlassen und Protokollen gab es kein Bindeglied zwischen Herrn und Diener, denn „Grundsätze, die nach den heutigen illuminaten principia schmeckten, wo Herr und Diener in einer Gleichheit ohne Ausnahme stünden“,<sup>37</sup> wollte er nicht dulden. Zu dieser kühlen sozialen Theorie kam noch das harte, zeitweise brutale Wesen des Fürsten. Der „Stirumische Kopf“<sup>38</sup> war sprichwörtlich und er selber als grober Kerl gefürchtet. Wer mit ihm zu tun hatte, war froh, wenn die Türe des Audienzimmers hinter ihm lag. Vizekanzler Bez, dem öffentlich die bittersten Ausdrücke der Ungnade zuteil geworden sind, muß eingeschüchtert in „devotester Weise sich die Gnade ausbitten, durch einen Dritten die fürstlichen Befehle künftighin entgegennehmen zu dürfen“.<sup>39</sup> Man hat in diesen Kreisen ohne Zweifel diese komplizierte vielfach rätselhafte Natur des Fürsten pathologisch betrachtet. „Leute, die seit einiger Zeit den fürchterlichen Mann gesprochen und lange nicht mehr gesprochen“, so schreibt 1786 Domherr von Beroldingen über den Stirumischen Nigriopf, — „finden weniger Cohärenz und mehr Deraisonnement als jemals in seinen Diskursen. Seinen Leuten schreibe er wieder Medizin vor und über des Teufels Gewalt Aberlasse, was er doch am besten selber nötig hätte.“<sup>39</sup> Aus mancherlei Berichten geht hervor, daß in diesem willensstarken Mann doch ein krankhafter Zug saß, der uns den Eigensinn seiner Entschlüsse, seine bis zum Ausbruche brutaler Leidenschaft gesteigerte Launenhaftigkeit, den raschen Wechsel von harten und gutmütigen Zügen, sein bis ins Kleinliche hineingehendes Mißtrauen, die übermäßige Einschätzung seiner unfehlbaren Persönlichkeit, vor allem aber den bizarren Ausdruck seines Wesens, bis zu diesem „Deraisonnement“ erklärlich macht. Er muß zeitweise ein kranker Mann gewesen sein, und es gab ehrgeizige Kandidaten genug, die lange vor seinem Heimgange hinter den Kulissen der diplomatischen Bühne mit dem Fürstenthule zu Speier ernsthaft gerechnet und auch die Fäden schon gesponnen hatten.

Einer der wenigen, die sich durch das Gepolter des Fürstbischofs nicht einschüchtern ließen, war der genannte Freiherr Joseph von Beroldingen,<sup>40</sup> der Domherr und Präsident der Kammer. Wir haben ihn als den unerschrockenen Verfechter der domkapitelschen Sache gegen den Fürstbischof schon kennen gelernt. Ein feinsinniger, freidenkender,



kunstliebender, von Goethe als gerader Charakter hochgeschätzter Aristokrat, der auch am benachbarten badischen Hof viel galt. Minister Edelsheim hat diesen „Würdigsten des Domkapitels“ bereits 1776 als Roadjutor im Auge gehabt, als Stirum todkrank darniederlag.<sup>41</sup> „Wenn er nach erhaltener Roadjutorie noch Geld brauche zur Verschaffung einiger Konvenienzen“, sollte ihm ein Darlehen von 3000 Dukaten gesichert sein. Wegen der vielen schwebenden Prozesse konnte dem Markgrafen die speierische Nachfolge nicht gleichgültig sein.

Der stolze Aristokrat, der als Führer des Domkapitels ohne dies kein Freund des Landesherrn war und sich ihm gegenüber „über den Stand eines Livréebedienten erhaben“ erklären mußte, erwidert die Drohungen seines Herrn mit der vornehmen Ruhe, die zugleich wohlwollend und warnend der Stimme eines Freundes gleich „dem fürchterlichen Manne“ den Spiegel vorhält. So aufrichtig, in aller Ehrerbietung wahr und ritterlich, hatte dem Fürsten auch von jenen keiner geschrieben, die „den Hofpudel nicht küssen“ wollten. „Diese Sprache“, so sagt Herr von Beroldingen selber, „muß Euer hochfürstlichen Gnaden ungewohnt vorkommen, indem höchstdieselbe sich von Antritt der Regierung zum Gesetz gemacht zu haben scheinen, alles, was höchstdero Person umgibt, in Furcht und Schrecken zu setzen und andurch die Stimme der Wahrheit gänzlich von sich zu entfernen. Wie bedauernswürdig müssen Sie, gnädiger Herr, jedem wohlbedenkenden und gefühlvollen Menschen vorkommen, der wie ich, die allgemeine Abneigung alldero Untergebenen täglich beobachten zu müssen das Unglück hat, da doch höchstdieselbe durch eine entgegengesetzte höchstdero unmittelbaren Vorfahren abgelernte, auf Freundseligkeit und Sanftmuth gebaute Regierungsregel, die mit dem rechten Maße der Furcht vermischt, allgemeine rechtfindliche Liebe zu Wege gebracht haben würden.“ Der Domherr scheut sich nicht, ihm zu sagen, daß, wenn die fürstlichen Diener anderwärts ein auch geringeres Brot verdienen könnten, der Fürstbischof eines Tages von Allen verlassen, „selber die Schuhe sich anziehen“ genötigt sei. „Lassen Sie sich die fürchterliche Wahrheit zusichern, daß Sie durch dero Lebhaftigkeit und Zügellosigkeit Ihrer Temperamentsneigungen, durch Ihre Unnachgiebigkeit bei einmal im Affect gefaßten Entschlüssen, durch die Unbeugsamkeit Ihres Willens, durch die Stärke Ihrer Ausdrücke, eine Menge Menschen,



die Sie umgibt, betrübt, niedergeschlagen, unglücklich machen, da Ihnen doch nur durch den Willenszwang, der wahrhaft großen Köpfen ein Kleines ist, sie alle vergnügt und glücklich zu machen, ein Leichtes wäre.“<sup>42</sup>

Die Hoffnung Veroldingens auf „den Verstand und die natürliche Güte“ seines Herrn hat sich in seinem eigenen Leben bitter getäuscht, als er, mit der nichtigen Begründung einer Entbehrlichkeit der Präsidentenstelle, die ihm nur 200 Gulden eintrug, entlassen, den Reichshofrat zum Schutze gegen fürstliche Willkür anzurufen genötigt war, da seine Temporalien gesperrt und seine Präbenden in Speier und Hildesheim mit Arrest belegt waren.

Auch Johann Peter Frank, des Fürsten Leibarzt, der seinen damals von Geistesnacht umfangenen eigensinnigen Herrn aus den Händen der Kurpfuscher von schwerer Krankheit gerettet, mußte die Berufung auf den Lehrstuhl in Göttingen 1784 als eine Erlösung betrachten. Der erste Band seines berühmten Werkes der medizinischen Polizei war während der Bruchsaler Zeit erschienen und, obwohl von der Zensur unbeanstandet, doch von zahlreichen Mißverständnissen in den Kreisen des Alerus begleitet. Da der Nuntius von Köln eines schönen Tages am Hofe des Fürstbischofs erschien und ihn zur Rede stellte, gab es von da ab manchen unliebsamen Auftritt zwischen Herrn und Diener. Auch in diesem Buche mit seinen neuen Anschauungen und seinem Freimut, der auch den Zölibat in medizinisch-wissenschaftlichem Ernste behandelt, sah der Fürst wie in allem, was Philosophen, Philanthropen und alle die unbeliebten Neuerer von ungewohnten Gedanken in die Welt schickten, ein neues Glied in diesem bedrohlichen Zerfallsprozeß der alten Verhältnisse. Freier aber wie viele andere konnte der Leibarzt, der Lebensretter, reden, der, wie er einmal seinem Herrn erklärte, nicht nötig hatte, das fürstliche Brot zu essen, das ihm dieser so gerne als einen Gnadenakt vorhielt.<sup>43</sup>

Deutlich und grob redet im Jahre 1795 ein anderer mit ihm, der zwar kein fürstlicher Diener war und es darum um so kräftiger tun konnte, Obristleutnant von Stal. Im Namen des Kaisers kommandierte er die Festung Philippsburg, über die Stirum die Landeshoheit zukam. Das war eine gesunde, gerade Soldatennatur, die sich vom bischöflichen Amtmann „keine faulen Fische aufischen“ und „keinen Brei ums Maul schmieren ließ“. Der Dienst war sein Brevier. Während ihn schwere

Pflicht in harter Zeit an einen verantwortungsvollen Posten bindet, läßt ihn der Fürst sein bischen Landesherrlichkeit fühlen und ihn die „edle Zeit mit unnützen Stribeleien darüber vertändeln“, weil der Kommandant in die Landeshoheit eingegriffen und die zur Mitbewohnung des Kommandanten bestimmte „Wanzenkaserne“ des fürstlichen Amthauses von der Einquartierung dieser „Rotmäntel“ gesäubert hat. Was kümmert sich der grobgeformte Soldat, der im Namen des Kaisers das alte aber verlotterte Bollwerk gegen die Revolutionsarmee in Stand setzen soll, um die Vorwürfe der Unordnung oder gar des Fürsten Drohungen mit dem Regensburger Reichstag! „Ist das Unordnung,“ schreibt er in einer für den fürstbischöflichen Amtmann wenig schmeichelhaften Weise aus dem „Rothloch“ der Stadt Philippsburg, „wenn man das unter drei Schuh tiefem Moraste vergrabene Pflaster, dessen Existenz sogar vierzigjährige Bürger bezweifelten, wieder lichtet?“ Und der Regensburger Reichstag? Er wird vor ihm „die Zahl von einigen Tausend der von seinen fürstlichen Gnaden Verklagten um ein einziges Individuum vermehren.“ „Hatten Euer fürstliche Gnaden“, schreibt er, „die unterhaltende Absicht, mich recht zu ärgern? Nu! So entstehe ich nicht, höchstdemselben das Geständnis abzulegen, daß ich mich ganz besonders geärgert. Wie wird es aber“, ruft er dem alten Herrn ins Gewissen, „in Kurzem jenseits des Grabes mit Euer fürstlichen Gnaden aussehen, da Sie bereits wie die Statue des Comte de Saxe zu Straßburg, den Fuß heben, um in die Ewigkeit hinabzusteigen? Werden die Drohungen des Evangeliums bei Ihnen wohl eine Ausnahme machen, wo es heißt: Wehe dem Menschen, durch welchen Argernis kommt?“<sup>44</sup>

So wohlwollend und aufrichtig wie Beroldingen, so grob und ehrlich wie der Kommandant von Philippsburg, war aber die Publizistik jener Tage nicht, sie war scharf und bissig, sie denunzierte vor der Welt. Ein Mann wie Stirum, der so wenig die Meinung anderer ertrug, im Gefühle seiner Ohnmacht gegen die Gewalt der fortschreitenden Entwicklung und drohenden Veränderungen des alten Kulturbildes im Ausbruch seines Zornes darüber das Maß in der Beurteilung der Menschen und Verhältnisse verlor, niederträchtig, schamlos und hinterlistig einen jeden nannte, der nicht den Zeitstrom zu hemmen suchte, fand in der öffentlichen Meinung seinen gefährlichsten Widersacher. Ihr vornehmstes Sprachrohr waren der Staatsanzeiger und der Brief-



wechsel des schon genannten Schlözer.<sup>45</sup> Sein Kommentar war in der Regel noch vernichtender als das freimütige Urteil des Einsenders. Mit seiner Kritik hat er in den hintersten Winkel des deutschen Vaterlandes hineingeleuchtet und auch den Speierer Fürstbischof in einer Weise dem deutschen Publikum vorgestellt, daß der in berechtigten Zorn geratene Fürst den Göttinger Professor bei seinem eigenen Landesherrn, dem König von England<sup>46</sup> verklagte, der jedoch freimütige Rede in seinen Schutz nahm. Als ein Verbrechen am Menschengeschlecht und als Blasphemie war der politische Katechismus, der „den Apostel Paulus zum Komplizen seines Höllensystems gemacht hat“, gebrandmarkt worden. Unter dem Titel der „privilegierten und bevollmächtigten Sklavenjägerei im Bistum Speier in Deutschland“ konnten viele vielleicht zum erstenmal etwas vom „Ausfauth und Hühnerfauth“ erfahren.<sup>47</sup> Schließlich kam 1784 auch an den Regensburger Reichstag die Klage des gereizten Fürstbischofs, vorgetragen in den „Kurzen Bemerkungen, wie sich gegen den Göttingischen Professor Schlözer zu benehmen“.<sup>48</sup> Dieser namenlose, an sämtliche Gesandte übersandte Aufsatz ließ seine Herkunft bald erkennen. Der prozeßfreundige Bruchsaler Stilus war in Regensburg bekannt. „Die späteren Nachkömmlinge — heißt es da — werden sich schwerlich überreden lassen, daß es eine geraume Zeit nach der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts Aposteln der neuen Philosophie in unserem Deutschland gegeben habe, welche als eingedrungene Aufklärer ihrer Landsleute die Worte Sanftmut, Wohltätigkeit, Menschenliebe und Toleranz im Munde führten, zu gleicher Zeit aber in ihren Schriften grobe Verleumdungen nicht nur gegen ehrbare Privatmänner, sondern auch gegen höchste Häupter ausstießen, wenn ihnen nicht die bisher im Druck erschienenen Charteken in die Hände fallen.“ Nach der hochfürstlich speierischen Meinung hätte man diese „böshafte Broschüren gleich nach ihrer Geburt zernichten oder wenigstens als Makulatur und zu den Fußballen verschließen sollen.“ Die Anonymität, die Schlözer zu wahren sich verpflichtet erklärte, reizte um so mehr den schwer betroffenen Fürsten. „Dieses Bekenntnis eines in allem Betracht niederträchtigen und frechen Schriftstellers“, gilt ihm als offener Aufruhr aller Bösewichte in und außerhalb Deutschlands. Er wünscht nichts weniger als eine Achtung der Göttinger Universität durch die deutschen Reichstände, die ihren Landeskindern den Besuch dieses in höchster Blüte

stehenden Sitzes deutscher Publizistik verbieten sollten. Das preussische Ministerium hat darauf hin wenigstens keinen Anstand genommen, daß dem Göttingischen Herrn Hofrat ein ernster und ausdrücklicher Verweis zu Theil wurde.<sup>49</sup>

Als Stal so kräftig und deutsch dem Fürsten schrieb, waren bereits schwere Stürme über das Hochstift hereingebrochen, und ernster als die Diener mit ihrem Herrn, redete der Geist der Revolution mit dem Regenten, vor dessen Ohr die warnenden Stimmen des eigenen Volkes ungehört verhallten. Und diese Untertanen wollten zunächst gar nicht anderes als ein williges Ohr, „ehe sie gezwungen wären, zu jenen Mitteln zu greifen, die Natur und Vernunft und die Rechte der Menschheit jedem Gliede der bürgerlichen Gesellschaft zu seiner Rettung anbieten.“<sup>50</sup> Und was wollte die Landschaft, was wollten die Städte Bruchsal und Deidesheim anders, als Aufhebung der Leibeigenschaft, Abschaffung einer Kabinettsjustiz mit ihren Härten der Vermögenskonfiskationen und Landesverweisungen, Aufhebung willkürlicher Schatzung und Rechnungsablage vor dem Domkapitel, Milderung der mit dem Wirtschaftsleben unverträglichen Abgaben, freiere Bewegung in Handel und Gewerbe, Erleichterung der Bürgeraufnahme und Aufräumung mit manch anderem alten Stück des staatlichen Haushalts, das anderwärts, in nächster Nachbarschaft verschwunden war! Bald brach auf dem Boden, da einst die Bauernheere den Gehorsam verweigert haben, der Ungehorsam des „aufgeklärten Säculi“ in anderen Formen aus. Die Untertanen hatten die Lehren ihres Speierer politischen Katechismus längst vergessen, und die Verkündigung der Menschenrechte stand auf den Fahnen der freien Franken geschrieben, denen die hochstiftigen „Kabulisten“ in Schaaren zuströmten. Während der Fürstbischof keine Rechte bewilligt, kämpft er vergebens um seine eigenen. Er sieht seine politischen und geistlichen Hoheitsrechte in den Landen oberhalb der Queich unter den Dekreten der französischen Nationalversammlung verschwinden und protestiert vergebens gegen die bürgerliche Verfassung der Geistlichkeit, gegen die Wahl eines Bischofs des niederrheinischen Departements, die Vernichtung seiner elsässischen Diözesanverfassung und gegen die Verletzung aller seiner Hoheitsrechte. Keiner aber hat mit einer solchen Standhaftigkeit und publizistischen Arbeit, so unerschütterlich und charaktervoll zugleich, für verlorene Rechte gekämpft.



Er steht im Mittelpunkte all der Verhandlungen um die Entschädigung der auch andern Reichsständen im Elsaß drohenden Verluste.<sup>51</sup> Ternant, der französische Gesandte, der 1790 die süddeutschen Höfe bereist, findet so wenig Gehör als die praktischen Vorschläge des badi-schen Schlosser. Mit energischem Tone weist der hartbedrängte Speierer Landesherr auch die vom Gesandten beim oberrheinischen Kreise, Baron Groschlag, gemachten Bedingungen zurück. Es gilt seine Exi-stenz, die für Fürstbischof August um kein Geld auszulösen ist. „Ich bin mit dem Noth, den ich trage zufrieden“, schreibt er, „er ist mein recht-mäßiges Eigentum und ich glaube nicht, daß man mich wird zwingen wollen, noch weniger mich zwingen kann, einen andern zu vertau-schen, der weniger dauerhaft wäre und welchem die Nationalversamm-lung vielleicht einen meiner Lage wenig anpassenden Schnitt geben möchte.“ Er ahnte wohl, daß an dem alten durchlöcherten Noth ein neuer Schnitt nicht mehr möglich war, wenn er nicht ganz aus den Nähten gehen sollte. Der Fürstbischof kennt nur Grundsätze des Völkerrechts und der deutschen Verfassung, der Kaiser und das Reich haben zu bestimmen und sind verpflichtet, jeden Reichsstand zu schützen, und hier ruht seine einzige doch vergebliche Hoffnung.<sup>52</sup>

Nun sieht er bald die Revolutionsheere sich den Grenzen nahen. Im Oktober 1792 dringt Custine über den Rhein vor, Speier, Worms und Mainz fallen in seine Hände. Der Fürstbischof aber, der, wie einmal sehr moquant Frau von Coudenhoven sagte, mit sich allein die Gegenrevolution herumtrüge,<sup>53</sup> fühlt sich in seiner Residenz nicht mehr sicher. Die Zeiten aber waren vorüber, da auch der geistliche Landes-herr, wenn Krieg und Noth übers Land kam, das Panzerhemd anzog, mit dem Schwerte sich umgürtete und mit Leib und Leben einstand. Viel Getreue hatte Stirum nicht mehr hinter sich, wenn nicht das Reich seinen Hilferufen folgte. Überall machte sich der Geist der Unabhängig-keit bemerkbar. Haufenweise laufen die Soldaten davon, Freiheits-prediger ziehen durchs Land und, wie uns der Landesherr selber be-richtet, sollen sogar die Eltern ihre Söhne zum Ausreißen auffordern, da man sich unter französischer Hoheit befände und sie dem Reiche zu dienen nicht mehr schuldig seien.<sup>54</sup> So gab der Fall von Mainz das Zeichen zum schleunigen Aufbruch, wenn der durch seine Brand-briefe an die Nationalversammlung bekannte, wenn auch nicht gefürchtete Feind der „neuen Prinzipien“ und Freund der Emigranten,<sup>55</sup> die mit



ihm tafelten, den Revolutionsmännern nicht als interessantes Beutestück aus den letzten Tagen des Reiches in die Hände fallen sollte. Wie der gute Erthal heimlich aus den Toren von Mainz in letzter Stunde entwich, so packte auch der Speierer Herr seinen Hoffstaat eiligst zusammen, ehe das Gewitter sich auch rechts vom Rheine entlud. Der Würzburger Fürstbischof hat ihm das köstliche Lustschloß Beitzhöchheim bei Würzburg zum Aufenthalt angeboten. Anfang Oktober 1792 ist er dort schon eingerichtet, doch ein kurzes entsagungsvolles Flüchtlingsleben stellt diese Haushaltung nicht vor. Des Hofmarschalls ganzer Hoffstaat zieht mit ihm über, auch der Küchenmeister darf nicht fehlen und selbst der „Kapaunenjunge mit der kleinen Stopfmaschine“ wird nach dem Würzburger Landstize kommandiert. Lakaien sind bestellt, Hörner und andere Instrumente für die kleine Hoftafelmusik mitzubringen. Es werden wohl keine Klagelieder auf dem Programm gestanden haben, denn für Burgunder, Champelle, „besten Sorte“ Tokayer und Malaga, Markobrunner und Bodenheimer, auch gefrorenen Wein „so viel gepackt werden kann“, sind die Wagen bestellt, für „Kirchengeräthe und Paramente mehr nicht als höchst nötig“. Aber das Vergnügen war nur kurz und das Lustschloß nicht sicher. Französische Emisäre spähen in den nächstgelegenen Dörfern nach ihm aus, „um die geschworene Rache zu vollbringen“. Jetzt nimmt ihn der Fürstbischof von Freising bei sich auf. Hier wird der Haushalt sparsamer, Gehaltsabzüge seiner Diener weist der Fürst zurück. „Lieber uns selbst abbrechen, als von den Unfrigen jemand allein darben zu lassen“, schreibt er seinem getreuen Geh. Rat Wolff, der zu Hause die Geschäfte führt und inzwischen den General Wurmser im Schlosse bewirtet hat.<sup>56</sup>

Dort waren dem Mitte April zurückgekehrten Hausherrn nur wenig ruhige Tage vergönnt. Abermals flieht er Anfang September 1795 vor dem siegreichen Feinde, um seine Residenz nicht mehr wieder zu sehen. Auf dem Lustschlosse Freudenheim des Fürstbischofs von Passau findet er, nach kurzem ruhelosem Aufenthalt in Freising, die letzte Zuflucht. Es ward jetzt einsamer um den alten Herrn, aber der Herr ist er geblieben. Auch im fremden fürstlichen Hause, wohin er sich die Auszüge der Rabinetsprotokolle schicken läßt, regiert er sein verwüstetes, verarmtes Land, pflichttreu und strenge, unverändert der Alte. „Vicariatus“, schrieb er noch kurz vor seinem Ende, „muß nicht glauben, daß Celsissimus obgleich weit abwesend civiliter mortuus sind.“ Am



26. Februar 1797, kurz vor Mittag 12 Uhr, ist er gestorben. Mehrmals hat er verlangt, „so wenig kostspielig und so einfach als möglich und es der Anstand erfordert“ bestattet zu werden. Am 2. März in der Frühe um 5 Uhr ward er in der Kapuzinerkirche zu Passau beigesetzt.<sup>57</sup> Kirche und Grab sind längst vom Erdboden verschwunden. Er selber wäre vergessen, wenn seine Stiftungen nicht heute noch reichen Segen brächten. Sein Testament,<sup>58</sup> indem er sein ganzes Vermögen verschenkte, ist ein letztes beredtes Zeugniß dafür, daß der vorletzte Fürstbischof von Speier, der hartgesinnt und herrisch, von Zank und Streit gelebt, despotisch Land und Leute regiert hat, doch auch ein Wohltäter des Volkes war. Wenig Freunde hat er hinterlassen, sein schlimmster Feind war er selber.

---

## Anmerkungen.\*

<sup>1</sup> J. Wille, Bruchsal. Bilder aus einem geistlichen Staat im 18. Jahrhundert. Zweite vollständig umgearbeitete Auflage. Heidelberg 1900. — Fr. Hirsch, Das Bruchsaler Schloß. Heidelberg 1910.

<sup>2</sup> E. F. v. Moser. Über die Regierung in den geistlichen Staaten, 1788. Berthes, Das deutsche Staatsleben vor der Revolution, 1845. — Berthes, Politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft. 2 Bde., 1761—62. Wille, Bruchsal. Kap. 1 u. Anm. 1.

<sup>3</sup> Sartori, Geistl. u. weltl. Staatsrecht der deutschen kath. geistl. Erz-, Hoch- und Ritterstifter II, 1, S. 409.

<sup>4</sup> Fabrißius, Über den Wert und die Vorzüge geistlicher Staaten u. Regierungen in Deutschland, 1797.

<sup>5</sup> Sartori, Gefrönte Preisschrift, eine statistische Abhandlung über die Mängel in der Regierungsverfassung der geistlichen Wahlstaaten und von den Mitteln, solchen abzuweichen. 1788. — Schnaubert, Über die Vorschläge des Barons von Moser über die Reform der geistlichen Staaten Deutschlands, 1788. — Über die geistlichen Staaten in Deutschland und die vorgebliche Notwendigkeit ihrer Säkularisation, 1798.

<sup>6</sup> Sartori, Geistl. u. weltl. Staatsrecht II, 1, S. 427.

<sup>7</sup> Bütter, Geist des westfäl. Friedens, S. 406 ff. — Sartori II. 1 S. 187.

<sup>8</sup> Mejer, Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage. S. 21.

<sup>9</sup> Wille, Bruchsal. S. 11.

<sup>10</sup> E. F. v. Moser, Staatsgrammatik. S. 260.

<sup>11</sup> Die statistischen Angaben sind schwerlich ganz genau. Seyfried, Statist. Nachrichten 1809, S. 328 gibt je 20 Quadratmeilen mit 24 000 Einwohnern diesseits und jenseits des Rheins, Weissenburg mit 4 Quadratmeilen und 10 000 Einwohnern an. Nach den von Sartori (Preisschrift) benutzten Tabellen: 16 Quadratmeilen mit 40 000 Einwohnern, also 2500 auf die Quadratmeile.

<sup>12</sup> Über die forstlichen Verhältnisse vgl. Hausrath, Forstgeschichte der rechtsrheinischen Teile des ehemaligen Bistums Speier. 1898.

<sup>13</sup> G. 490—491, 494—507 (Hofstellerei).

<sup>14</sup> J. J. Moser, Von denen Teutschen Reichsständen. S. 556.

<sup>15</sup> Wille, Bruchsal. S. 10 ff.

---

\* Die Hinweise auf Akten und Handschriften beziehen sich, soweit nichts anderes angegeben ist, auf das General-Landes-Archiv in Karlsruhe. G bedeutet: Akten, Bruchsal Generalia.



<sup>16</sup> Wille, Cardinal Schönborn, Bruchsal. S. 14 ff.

<sup>17</sup> Fürstb. August an den Kaiser. 28. Aug. 1781, G. 894.

<sup>18</sup> Verolbingen an Fürstb. August. 12. Sept. 1793. (Verolbing Akten) vgl. IV Anm. 40.

<sup>19</sup> Seb. Brunner. Der Humor in der Diplomatie und Regierungskunde des 18. Jahrhunderts II, 412 Anm.

<sup>20</sup> Below, Die Entstehung des ausschließlichen Wahlrechts der Domkapitel S. 17 ff. Hinführung, Kirchenrecht II., S. 49 ff.

<sup>21</sup> Struben, Von der deutschen Domkapitel-Erb- und Grundherrschaft (Nebensünden I.).

<sup>22</sup> Struben I, 1 S. 1—180. Moser, Staatsrecht II, c 39 S. 430 ff.

<sup>23</sup> Sartori, Geistliches Staatsrecht I. 2, S. 216.

<sup>24</sup> Gedanken von denen Canonicis oder Domherrn und ihren Präbenden eines deutschen Patrioten. Wien 1782. S. 56.

<sup>25</sup> Zur folgenden Darstellung: „Einfstweilige, jedoch best gegründete hochfürstlich Speyerische Anmerkungen ueber jenes . . . Exhibitum sub rubrica: Abdruck der in Sachen eines Domkapitels zu Speyer contra Ihro hochf. Gnaden daselbst . . . sub subro: Aller unterthänigste Gegenanzeige dat 8. Jan. 1759 usw. Gedr. 1760.

<sup>26</sup> Die domkap. Ortschaften sind: Jöhligen, Wäschbach, Rödersheim und Ketsch. „Kommt darauf an,“ erklärte das Domkapitel, „ob der gegentheil in weltlichen dingen denen domkapitulatischen vier ortschaften geseze vorzuschreiben befugt, auch dergleichen geseze domkapit. seitß jemals anerkannt worden seien. —

<sup>27</sup> Einfstweilige Anmerkungen S. 162 ff.

<sup>28</sup> Ebend. S. 44 u. 48.

<sup>29</sup> A. Becker, Schiller und die Pfalz. S. 31.

<sup>30</sup> Christof Philipp Wilibald Freiherr v. Hohenfeld, früher kurtier. Geh. Rat und Konferenzminister, auch Domherr zu Speyer. Becker S. 28.

<sup>31</sup> Ursprung des Gräfl. Hauses Limburg-Stirum. G 1159.

<sup>32</sup> Annales XIII c. 53.

<sup>33</sup> Auch das Schloß Gehinen im Hochstift Münster gehört dem Geschlecht.

<sup>34</sup> Wille, Bruchsal. S. 14 u. 88, Anm. 2.

<sup>35</sup> Das Nähere bei Remling, Gesch. d. Bischöfe v. Speier, 2, S. 711.

Seine Universitätszeugnisse G 1563. Er studiert in Rom vom 7. Januar 1742 jus civ. et can. bis 22. Aug. 1743, in Würzburg vom 3. Nov. 1743 bis 20. März 1744. — Clemens August v. Köln ernennt ihn 19. Juni 1745 zu seinem münsterischen Geh. u. Kriegsrat. G 1157.

<sup>36</sup> „als der unfug deren juniorum welche das denen älteren zugewachsene recht lediglich der ursachen und in dieser niederträchtigen absicht unfruchtbarlich zu machen trachten, umb ihre nominationes nach ableben deren seniorum desto elender zur wirklichkeit bringen zu können, jedem in die augen fallen muß“. Rf. v. Trier an Stirum. 21. Jan. 1755. G 1497. Am 13. Febr. 1755 schreibt Stirum (an einen Freund), er müsse bei Trier in Ungnade gefallen sein und bereue aufrichtig, jemals an die Dombachanei gedacht zu haben. „bin ein ehrlicher mann, passire gott lob in allen stiftern und dicasteriis dafür und werde eher allemahl

daß große glück mit freuden fahren lassen, als schliche zu gebrauchen.“ § 1497. — „der herr better vermeint seinen mit einschidung des so empfindlich gearteten bischoflichen schreibens gethanen vortritt damit zu beschönigen, weilen er dabei keinen niedrigen entzweck gehabt, demselben solle aber nach so langjährigem umgang mit mir unverborgen gewesen sein, daß ich jeglicher vorfallenheit auf den grundt zu sehen pflege und daß die wahre absichten der mir machen wollenender vorspiegelungen, wie künstlich auch solche gefaßt seyn, mir nit leicht entgehen.“ Wenn Stirum die eigentlichen Besorgnisse bekannt wären, die ihn (den Trierer) an der Niederlegung der Dechantenstelle hinderten „so würde der herr better mit so übereilt und übertriebenen postpferden in mich schwerlich gesetzt haben. Derselbe lasse mir zeit und weil“. Kf. v. Trier an Stirum. 22. Febr. 1755. § 1497

<sup>37</sup> Wenn er durch die Gnade des Kurfürsten zur Dombachanei kommen sollte „ich solche so weniger aus gelbt oder ehrenbegierdt annehme, als ie schwerlich mich mit familie erfreuet sehen werde, mithin mit mir alles abstirbt, sondern nebst möglichster beförderung göttlicher ehre, erstellung der kirchen- und ordnung, auch recuperirung des viel verlohrt- und versaumbten, auff für hiesige kirche von höchst. Ew. churf. gn. alß decano so preßwürdigst angefangene große schritte, nach meinen geringsten kräften nachzugehen und die protocolla solcher glücklichen zeit zu meinem einzigen augenmerk zu nehmen, mithin alles in das glückliche höchst denenselben zur ewigen gloire sehende gleiß nach möglichkeit zu führen, mich äußerst bestreben werde.“ Stirum an Kf. v. Trier. 8. März 1755. § 1497.

<sup>38</sup> § 1470 (Streit mit dem Domkapitel) Extr. a. d. Prot. Cap. 10. Nov. 1755. Franz Christoph an Kurmainz. Conc. exped. 11. Okt. 1759.

<sup>39</sup> § 1514 Copia Informatorium ad Commiss. metropolitica in causa senioris et capituli eccl. Spirensis contra decanum comitem de Limburg-Stirum. Bruchsaliae, 28. Febr. 1761, ein für die Charakteristik Stirums außerordentlich wichtiges Aktenstück: „Dolendum est sane,“ so urteilt Fürstbischof Franz Christoph, „quod circumspectissima eius simulatio, perpetuus ille boni viri capitularis obtentus et insidiosissime hunc in finem affectata sollicitudo atque anxietas optimam plerorumque capitularium intentionem per multos annos ita circumvenire noverint, ut credentes insinuationibus, consiliis et propositionibus decani, suffragia sua artium occultarum inscii, in proprium conferre detrimentum. Nos autem viri connata et suspecta garrulitas, indiscreta proprii ingenii jactantia, et rerum praeclare gestarum ostentatio attentos ad ipsum reddidit, sicut oportebat episcopum, ne verbis deciperemur, sed potius facta decani intimius scrutaremur, inde ab eo tempore dolenter perspeximus pleraque illa, quae integrum et unanime capitulum unus sero nimis comperta deplorat“.

<sup>40</sup> In der Informatio: percipere debet „qua impietate decanus virum sacerdotem, quod ipsum justis ex causis suspendissemus, ad sacrilegam vindictam concitare et ut in animam nostram perciperet sanctissima sacramenta, suis eum suasionibus inducere, imo ipsemet de immani hujusmodi sacrilegio, quo sanctus sanctorum offertur in holocaustum atrocissimae vindictae, gloriam ducere veritas non sit.“



An einer anderen Stelle: „Invanum nobis tanquam episcopo et ordinario obtrudere se cupiet is, qui per inauditam impetratam sanctissima Dei mysteria in sacrilegam contra nos vindictam convertere non haesitavit et mortalitati nostrae avidissime inhians, sedem, quam Dei miseratione in annum quindecimum replemus, post nos occupandi praematuram et vaniloquiis suis jactatam spem modo conceperat.“ — An einer anderen Stelle: „qui characterem suum et ordinem sacerdotalem proprio sed etiam alieno polluit sacrilegio et tamquam de re pie et praeclare gesta ad hucdum gloriatur.“ In dem Memorial des Advokaten Stirums, des Professors Horig aus Mainz wegen Verständigung zwischen Dean und Kapitel heißt es: „Den mißverständnis, woraus die sacrilegienbeschuldigung entstanden, kann das originalattestat der Lindßchen erklärung darstellen, fällt selbst auf grund der Lindßchen aussage hinweg.“ § 1515. Der Dean selber rechtfertigt sich in der Fama contra detractationem 1766, S. 42 gegen die gemachten Vorwürfe. „Quod ad imputatum sacrilegii attinet, illud stupiditatem incusantium officiatorum abunde manifestat, qui sacrilegium adstruentes nequidem cognitum habent, quidnam sit sacrilegium: Certe si sacrilegium est, dum dicitur, quod episcopus impediendo sacra a beneficiato peragenda, faciat, ut horum ommissio in ipsius animam redundet; illustrissimus d. decanus non unum, sed plura sacrilegia commisit; nam pluries conquestus est, quod rr. dd. capitulares impediendo, ne collationes vicariarum ad effectum perveniant, et ita faciendo cessare cultum divinum iisdem annexum, eo ipso in causa sint, quod omnes hae ommissiones in animam eorum redundant: Imo, si hoc sacrilegium est, sacrilegi sunt canonistae piissimi, imo ipso sacri canones, dum eadem de omittentibus breviarium, de chorum defrandantibus, de pignorantibus cultum divinum etc. etc. saepius asserunt.“

<sup>41</sup> „irrequieti illius ingenii, qui paulo post ea fax et tuba erat in dissentionibus nos inter et capitulum nostrum ipso decano discordiam sufflante exortis.

<sup>42</sup> Franz Christoph an den Kf. v. Mainz Conc. (exped. 11. 8. 1759). § 1470.

<sup>43</sup> „was massen man sich jenseits und seither einigen iahren u. hauptsächlich während der zeit, als durch den iezigen herrn domdechanten dem gegenteil die ambitiente principia der affectierten unmittelbarkeit eingepflanzt worden sei.“ Einstrw. Anmerkungen 1760. S. 187.

<sup>44</sup> Bgl. Einstrweil. Anmerkungen usw.

<sup>45</sup> „Non solum enim consuetis defraudationibus summam legati enormiter extenuavit sed etiam ex insubsistente praetextu neglectae ab electore Treverensi reparationis aedium et appertinentiarum decanalium sibi retinuit, in praediciu clamantis in caelum fabricae 8000 florenorum.“ Informatio des Fürstbischofs an Kurmainz. § 1514

<sup>46</sup> Domkapitel an Kaiser v. j. (1763). § 1501.

<sup>47</sup> Kapitalsbeschluß 4 Aug. 1756.

<sup>48</sup> „Habe domdechant das ganze capitel in die idee einer prätenbirtten connexität mit der schönbornschen erbschaft hinein zu führen und zu persuadiren gewußt, als wenn die vorenthaltung des kurf. legats die schönbornsche sache zu einem baldigen ende führen müsse.“ Fürstb. an Domkapitel. 21. Sept. 1760. § 1503.

<sup>49</sup> „habe das ansehen, als wolle domdechant die bisherige verfassung teutſcher domſtifter und ſonderlich deſſenigen, dem er vorzüglich mit pflichten zugethan wäre, umzuſtürzen, ſort dieſelbe von ihrer biſchöflichen obrigkeit abzutrennen und ſub praetextu ihrer am reichſtammergericht habenden etwaigen prozeß-angelegenheiten dieſer weltlichen gerichtſbarkeit zu unterwerfen.“ Actum in cap. 1. Okt. 1760. § 1503.

<sup>50</sup> „es habe herr domdechant eine förmliche juridiſtion über ſein domkapitel, kraft welcher ihm obliege, die domkapitelſchen angelegenheiten in und außerhalb zu beſorgen, ohne darinnen von dem ordinario oder kapitel gehört zu werden.“ Ebenb. § 1503.

<sup>51</sup> Gutachten von Joh. Brand. Würzburg, 30. Dez. 1760. § 1508.

<sup>52</sup> Domkapitel an Fürſtbischof. 7. Nov. 1760. § 1503.

<sup>53</sup> „judicium ex praesidentibus et assessoribus protestantibus mixtum. Illud vero ferendum non est, et insignem meretur animadversionem, huiusmodi, ex systemate protestantium notorie desumpta principia a viro catholico, eoque in eminenti dignitate ecclesiastica constituto, in summum cleri germanici praejudicium fuisse adoptata et in praxim deducta.“ Informatio 1761. § 1514.

<sup>54</sup> Actum in cap. 5. Nov. 1760. § 1503.

<sup>55</sup> Domkap. an Fürſtbischof. 7. Nov. 1760. § 1503. Informatio 1761.

<sup>56</sup> Informatio 1761.

<sup>57</sup> § 1503.

<sup>58</sup> Kurpf. Anwalt an den Kaiſer ſ. dat. § 1501.

<sup>59</sup> 28. Febr. 1761. § 1514.

<sup>60</sup> § 1470. Auszug aus dem Domkap.-Protokoll 19. Juli 1756: „Dieser passus ratione der völligen praesens ist nicht von anfang im protokoll gestanden, sondern erst lang nachgehends, da das protokoll laengstens mundiret war, beigerudt worden, wesfalls dann 2 blätter ex jussu moderni decani herausgerissen und 2 andre eingeschaltet werden mußten, als mir dieses durch herrn secretarium befohlen wurde, so constatirte derselbe, daß seines wissens in capitulo nicht die mindeste meldung beschehen von diesem passu, er wolle daher zu seiner dereinstigen legitimation die ausgerissene blätterzahl aufheben. Wie er dann auch lange zeit diese blätter in seinem schreibpulten aufbehalten, endlich aber selbige auf das s. v. secret verrissener gelegt hat.“ Anmerkung zu diesem Auszug: „Erbiete mich aber diese ausſag allſtündlich jurato zu erhärten.“ Aus dem Bericht des Synbifus vom 10. April 1762 (conc.) über die Protokollfälschung vom 19. Juli 1756: „kann bei ſeinem der domkirchen geleisteten eid nicht verhalten, daß des herrn domdechant grafen von Limburg-Stirum hochwürd. gnaden bey damahliger capitular session, wo nur noch vier andere gnädige herren capitularen mit zugegen waren, lauter zu ſeinem privat intereſſe abgezweckte propositionen gemacht, ſo ſort ein capitular conclusum vermög welchem ihm nicht nur jährlich zweyhundert gulden aus dem präſenzamt gegen das herkommen und ausdrückliche statuta zugeleget, ſondern auch enneltem praesenzamt auch eine jährliche güld von 22 malter korn zu Dannstadt entzogen, ſort dmno decano angewieſen worden, ex practiciret habe. Da nun derſelbe noch ſelbigen tags nehmlich den 19. juli 1756 von Spener nacher Weßlar abgereiſet und nach einig nothigem



aufenthalt bey seiner zuruckkunft die inspection des inzwischen bereits mundirt gewesenen capitular protocolli verlangte, so hielte er sich gleich bey dem paragrapho, wo von denen 200 fl. geld und 22 malter forngulb meldung geschehen auf und reprochirte mir, warum ich nicht auch diesem paragrapho und protocollo einverleibt hätte, daß ihme noch überdies die doppelte praesenz gelber und daß zwar in absentia quacumque verwilliget worden seye, mit dem beyfügen, dieses seye ein übersehen und vergessenheit von mir und solte ich sothanen passum mehrbesagtem protocollo annoch inseriren. Als ich aber hierauf erwiederte, daß ich von einiger proposition in puncto duplicitatis praesentialium nichts gehört, vielweniger, daß ihme solche per conclusum a d. d. capitularibus in illo capitulo praesentibus verwilliget worden seye, vernommen hätte, auch das protocoll bereits mundiret und sich nicht schade a margine etwas einzuschalten, sondern d. decanus mögte diesen punct in nächster capitular session proponiren und die capitularresolution darüber einholen, so wurde derselbe ungehalten und bedeutete mir ich sollte thun, was er mich heiße, wannenhero dann der bogen aus dem mundirten protocollo herausgenommen und ein anderer, nachdem dieser paragraphus mit einschaltung der doppelten praesenz durch den damahligen domcapitularischen cancellisten Wendmann abgeändert worden, dergegen eingeschaltet werden mußte. Ich aber gabe sogleich über diesen vorfall zu meiner exculpation ein und anderen herren capitularen pflichtmäßige nachricht und es notirte des herrn capitularen und dermaligen domscholasters freiherrn von Mirbach hochw. gnaden den casum auf, um zu bequemerer zeit und gelegenheit darüber beschwerde zu machen, zu all weissen bestätigung ich gegenwärtiges unter meinem gewöhnlichen petchaft, auch eigenen hand und unterschrift hiermit ertheile“. — Vgl. auch Historia processus apologet. S. 46 u. Anhang S. 56 u. 60 ff. — Bei den Vermittlungsverhandlungen zwischen Dechant und Kapitel kam es vor allem darauf an, des erstern Reumund wiederherzustellen. Stirums Advokat, Prof. Horig aus Mainz sagt: (§ 1515) „Im betreff des blätteraus-schneidens aus dem protocoll wäre selbst das domcap. seits vorgebrachte zeugenverhör durch die unterschrift des mainzischen vicariats-secretarii berichtiger vorzulegen und dabei zu bemerken, wie solches in impressis Romanis und in dem letzten domcap. impresso sei verfälschet worden, da nach dem druck es heißet, als hätten des herrn domdechanten hochw. das protocoll auszuschneiden befohlen, dahingegen das ohnverfälschte zeugenverhör sagt, des herrn domdechant hochw. haben den hofrath Bauer erinnert, wie in dem protocoll von 1756 die capitularverwilligung der praesenz in abwesenheit sei ausgelassen worden, hierauf habe herr hofrath Bauer deponenten geheissen, er solle dieses noch zusehen. Er deponent habe sofort für gut befunden, diesen zusatz vermittlest einer ausschneidung vorzunehmen. Daß diese von des herrn domdechanten hochw. geschehene erinnerung wirklich gegründet gewesen und also nicht zur falsification, sondern vielmehr zur berichtigung des protocolls gereichet, solches versteht sich vonselbsten. Zum überfluß wären die alle quartal capitulariter genehmigte notaturae chori vorgelegen, woraus erhellet, wie nach dem 19. juli 1736 alle quartal diese verwilligung der praesenz in abwesenheit beständig fort seye angeregt und also alle quartal von einem hochw. capitel be- stätigt worden. 1756er protocoll sei vom syndicus Bauer in fidem totius protocolli



am ende des jahres unterschrieben und also gegen alle falsificationsbeschuldigung gerettet worden."

<sup>61</sup> Act. in cap. 24. Dezember 1760. § 1503. Protokoll über das Verhör des Schlossers vom 9. Dez. 1760, der zugibt, „er habe den schlüssel so machen müssen, um die domkanzlei zu öffnen.“ Ebend.

<sup>62</sup> Actum in cap. 26. Nov. 1760. § 1503.

<sup>63</sup> Nach einem Bericht vom 3. Dez. 1760 sollen nach Ausweis der domkapitelischen Rechnungen von 1755—1760 den Offizien ein Schaden von 37605 fl. 43 kr. zugefügt worden sein. § 1503. Dazu kommen Klagen über vernachlässigte Residenzpflicht; Stirum soll zw. 1760—1761 nur zehn Wochen in Speier gewesen sein. 1755 ist zwar bei seiner Wahl das juramentum in majorem partem anni geändert, durch Kapitelbeschuß vom 3. August 1761 aber wieder aufgehoben worden, wonach auch die fructus während der Abwesenheit nicht verabsolgt werden sollen. Außerdem war Stirum angeklagt, sich angemacht zu haben, die Kollationen unter seinem Privatsiegel statt unter jenem des Domkapitels expediert zu haben u. a. m. § 1497.

<sup>64</sup> Von seiten des Bischofs: „Abdruck deren zum Vorschein gekommenen Gedanken über die Ereignisse des speyerischen Herrn Domdechanten 1760. — Von seiten Stirums: *Fama contra detractationes publicas defensa sive continuatio historiae processus apologetica . . . in causa comitis de Limburg-Stirum etc.* 1766 (wohl von Prof. Horig in Mainz).

<sup>65</sup> So *Catilina*, cap. 13.

<sup>66</sup> Metropolitangericht an das Domkapitel § 1504.

<sup>67</sup> Verhör des Konsulenten der Stadt Speier, v. Stoecken, der geäußert haben soll, Defan habe ihm erklärt, das Domkapitel solle mit der Stadt Speier gemeinsame Sache machen. „Die Gespräche“, sagt Stoecken beim Verhör, „welche der domdechant vorhin mit mir geführt haben mag, sind meistens nach der tafel, wo stark getrunken war, vorgefallen“, weiß sich nur soviel zu erinnern, daß Stirum gesagt habe, Domkapitel habe zwar auch Differenzen mit dem Fürstbischof, es werde darauf ankommen, ob die Stadt sich eher mit dem Domkapitel akkomodiere, wo nicht, so werde er Domdechant suchen, mit dem Fürstbischof sich zu akkomodieren, alsdann werde der Vergleich mit der Stadt schwer werden. „Ich habe dem herrn domdechanten nie getraut, wie ich bei der tafel öffentlich gesagt, daß ich ihm nicht traue.“ Habe sich darum nicht weiter eingelassen. Dechant habe über die prinzipia des Fürstbischofs geklagt. Gegen hiesige Stadt habe er solche Äußerungen getan, „welche einen aufstand in der stadt erwecken konnten.“ § 1470.

<sup>68</sup> Über das Verhältnis Guttens zur Pfalz vgl. Remling. *Gesch. der Bischöfe von Speier* II, S. 693. Geißel, *Der Kaiserdom zu Speier* III, 139.

<sup>69</sup> Anwalt der Stadt Speier 1762. § 1501. „endlich beruft sich anwalt auf eine in dortigen gegenden so ausgebreiteten notorietet, welche der herr Graf v. L. St. selbstn nie leugnen wird.“

<sup>70</sup> 11. März 1761. § 1514.

<sup>71</sup> 20. Dez. 1761. § 1514.

<sup>72</sup> Bericht über die Konferenz v. 13. Januar. 1763. § 1496. (Pfälz. Arrest).



<sup>73</sup> A. J. C(aesar), Geschichte der Nuntien Deutschlands S. 41. Über diese römische Frage und ihre weiteren Folgen vgl. Cramer, Wehlarische Nebenstunden 68, S. 100. Pütter, Histor. Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des teutschen Reichs III. S. 175 ff. A. J. C(aesar) Geschichte der Nuntiaturen Deutschlands, S. 64 ff. u. 117 ff. Meier, Zur Geschichte der römisch-deutschen Frage. I. 31 ff.

<sup>74</sup> Instruktion für Wessenberg, 4. Febr. 1763. G 1496, in Mémoires présentés au duc de Praslin par le baron de Wessenberg: Darin werden die Ansprüche Stirums auseinandergelegt: 1. double presence lorsque'il est absent, 2. emoluments: capitularia, scavoir ce que les chanoines perçoivent des conditions de comptes, des receptions et emancipations des domicellaires etc. et 3, une seconde portion d'obley.

<sup>75</sup> Wessenberg an Domkapitel. 16. Mai 1763. G 1496.

<sup>76</sup> Ebendaselbst. Schon am 13. Nov. 1762 hatte Marquis Dâlème die Weisung erhalten, noch einmal im Namen des Königs von Kurpfalz die Aufhebung des Arrests zu verlangen, andernfalls ohne Verzögerung an den Maréchal de Contades zu schreiben, „alle pfälzischen einkünfte und güter in Elsaß mit arrest zu belegen.“ Wessenberg an Domkapitel. Paris, 25. Febr. 1763. G 1496.

<sup>77</sup> Wessenberg an Domkapitel 2. Sept. 1763. G 1496.

<sup>78</sup> Erklärungen Praslins: „Nous avons des troupes en Alsace, mais nous n'aurons pas besoin de les employer pour cette expédition.“ Wessenberg an Domkapitel. praes. 19. Aug. 1763. G 1496.

<sup>79</sup> Wessenberg an Domkapitel. 2. Sept. 1763.

<sup>80</sup> Mandat vom 9. Mai 1762. G 1501.

<sup>81</sup> G 1501 ohne dat. praes. beim Reichshofrath 11. April 1763. Vergeblich sucht der Kurfürst von Mainz vor dieser Berufung an den Reichshofrat zu warnen: „Es ist päpstlicher Heiligkeit, der kirch und insbesondere der teutschen kirche, alles daran gelegen, damit nicht unter dem vorwand deren temporalien ganz geistliche sachen, und sogar beklagte geistliche personen an weltliche richter gezogen werden. Wir dürfen aber sagen, daß E. L. und dero hochstift noch mehr daran gelegen sein muß, dann wofern die von deroelben agenten in der bezeichneten reichshofrath überreichten schrift aufgestellten sätze ferner behauptet werden wollen, so werden sämtliche derselben des hochstifts und domcapitels zu Speyer temporalien eben dadurch in den churpfälzischen, marggräflich baadischen, wurtenbergischen etc. dortlichen weltlichen richtern freiwillig unterworfen, besagte höfe werden sich in prima instantia Churpfalz anheh cum privilegio electorati de non appellando alljene jurisdiction praetextu temporalium zu eignen, die E. L. mit voller hand dem reichshofrath zu schreiben lassen.“ Kurf. v. Mainz an Gutten. 27. Jan. 1763. G 1514. „Klage“ heißt es in einem anderen Schreiben (von gleichem Datum) „gegen einen clericum oder prälaten unter dem vorwand mixtorum temporalium gehört nicht an den reichshofrath. G 1514; „da er aus antrieb seines bößen gewissens und um der verdienten bestrafung auszuweichen, schädliche collisiones zu veranlassen und dadurch sich aus der schlinge zu ziehen mit allen kräften arbeitet.“ Domkapitel an den Kaiser. 11. April 1763. G 1501.

<sup>82</sup> Domkapitel an den Kaiser praes. beim Reichshofrat 11. April 1763. G 1501.

<sup>83</sup> Ebend.

<sup>84</sup> Ebend.

<sup>85</sup> Hutten an Kf. v. Mainz, 6. April 1763. In einem andern Schreiben des Kapitels an den Kaiser: „Da nun aus allem diesem des Grafen von Stirum unruhiger geist, dessen zu chicanen geneigtes gemüth und sein bößes gewissen sattfam hervorleuchten, auch die so boshafte verwirrung dieser Sache und sowohl bei geistlichen als weltlichen inkompetenten richtern recht vorsätzlich anzuspinnen vortretende collisiones und E. K. M. dadurch bezeugte verachtung allerdings eine bestrafung verdienen, fort dem weitem kammergerichtlichen verfahren zu verhütung noch größerer verwirrung und unheil ein ziel gesteckt werden muß.“

<sup>86</sup> Wehlach an Fürstbischof Weßlar. 27. Aug. 1760.

<sup>87</sup> Vgl. besonders die ausführliche Darstellung bei A. J. Caesar) Gesch. der Nuntiatoren in Deutschland. S. 40 u. 170 ff. u. die Aktenstücke S. 363 ff.

<sup>88</sup> „ob das Stirumsche dragonercorps im trotz oder wohl gar in vollem galopp zu attaquiren gemeinet ist.“ Franz Christoph an Domkapitel. 16. Sept. 1760. G 1503.

<sup>89</sup> Kurf. v. Mainz an Franz Christoph. 26. Nov. 1763. G 1514.

<sup>90</sup> Abgedruckt bei Cramer, Weßlarische Nebenstunden 68, S. 100 Nr. 5. Auf die praesentia der absentia verzichtet Stirum für die Zukunft. Die 8000 fl. werden der Domfabrik ausgeliefert, auf die Entscheidung des Prozesses mit den Schönbornschen Erben wegen Ersatz für Renovation der Defanatsgüter wird gedrungen. Dafür sollte aus der Exekutorie der Schönbornschen Erbschaft zwei Drittel der Fabrik, ein Drittel dem Defanat zugeteilt werden. Salvo tamen regressu contra partem in camera imperiali succumbentem. —

<sup>91</sup> Actum in cap. 4. Nov. 1765. (Spruch des Domcantor v. Hutten:) „solle man decano keine weitere réparation d'honneur geben, maßen er dadurch nur eine Attestation suche, um diese wiederum gegen das Capitel zu gebrauchen.“ G 1515.

<sup>92</sup> Lectum in cap. 22. Jan. 1767. G 1513.

Interessante Vorbehandlungen im Kap. 16. Nov. 1765. G 1515, Amotio foliorum betr. heißt es: „Gesteht defanus die ausreißung ein. Das von ihm zu seiner rechtfertigung allegirte protocoll vom 24. Nov. 1758 probirt gar nichts anders, als daß die rechnung, wo vorher schon das blatt ausgerissen war, abgehört, keineswegs aber vom capitel approbirt worden sei.“ —

<sup>93</sup> Actum in cap. 28. Dez. 1765. G 1515.

<sup>94</sup> Lectum in cap. 22. Jan., 1767. G 1513.

<sup>95</sup> Vergleichungs-Außerungen vom 6. Dez. 1765.

<sup>96</sup> Lectum in cap. 22. Jan. 1767. —

## II.

<sup>1</sup> „villicus perversus, proprii ingenii indiscretus jactor, rerum praeclare gestarum ostentator, discordiae episcopum inter et capitulum anthor et promotor, dictator despoticus capituli, captator mortis episcopalis, maginator exitii sub pelle ovina, perturbator ecclesiae etc.“ Histoia apolog. S. 4. —



<sup>2</sup> Remling, Gesch. der Bischöfe von Speier. II., 716 ff.; III., 10, S. 204 ff.

<sup>3</sup> Memoriale an eine hohe Reichsversammlung (1786) S. 1. „Fast sollte das Domkapitel zu Speier glauben, daß des jetzigen herrn fürstbischöfes hochf. gn. schon in den ersten tagen nach ihrer berufung zu stab und insel, sich mit dem plane beschäftigt haben müssen, die uralte verfassung der speierischen cathedralkirche aus ihren grundlagen zu heben, allen domkapitelschen einfluß auf die seite zu schaffen, und frei von jedem verband, das vermögen und die gerechtsame der kirche nach ihrem alleinigen gutbefinden zu verwalten.“

<sup>4</sup> Fürstbischof an Kaiser 6. Mai 1778. G 889.

<sup>5</sup> Schlözer Staatsanzeiger III. 10 S. 204 „weil uns die gewalt bei handen war, alles jene zu entfernen, wozu wir etwa durch die benannte wahlcapitulation widerrechtlich gebunden werden wollten.“ An das Domcapitel G 882. — Domherr Freiherr v. Wessenberg war anfangs gegen jede capitulation und nur für monita, ohne daß der neue Landesherr zu beschwören brauche. Interregnums-Protokoll 4. April 1770.

<sup>6</sup> Die Akten über den Streit mit dem Domkapitel umfassen eine ganze Archivabteilung und finden sich hauptsächlich in G 882—901, 910, 952, 1169, 1213, 1215, 1296, 1305—1306, 1432—1435, 1496, 1497, 1499, 1503—1505, 1508, 1509, 1513—1515, 1535, 1540, 1556, 1562, 1563, 1566. Von Wichtigkeit sind die Drucksachen: 1. Abdruck der bei hochpreisl. Reichshofrath übergebenen Parititional-Anzeige u. Berichts-Erstattung ad conclusum de 28. Aug. 1781. Gedruckt 1782. — 2. Memoriale an eine hohe Reichsversammlung in Betreff der von dem kais. Reichshofrath wider das Domkapitel zu Speier erlassenen Urtheile usw.: Aechte Geschichts-Erzählung wie das Domkapitel zu Speier in dem von seinem Herrn Fürst-Bischofe bey dem kais. Reichshofrath angesponnenen Prozesse . . . behandelt worden sei. 3. Einstweilige hochfürstl. Speierische Anmerkungen über das von Seite des Domkapitels zu Speier in Druck erschienene Memoria an eine hohe Reichsversammlung usw. 1786. — 4. Nachtrag zu den einstweiligen hochfürstlich Speierischen Anmerkungen usw. 1787.

<sup>7</sup> An Urban den Agenten des Domkapitels in Wien. 18. Juni 1786. G 484.

<sup>8</sup> J. J. Moser, Persönliches Staatsrecht der teutschen Reichsstände. II, 367.

<sup>9</sup> Stirum an den Kaiser. 6. Juni 1778. G 889.

<sup>10</sup> „stehe,“ erklärt er in der Sitzung vom 18. Mai 1770 dem Domkapitel „keine andere jurisdiction zu, als einem vormund über seine pupillen“. Vormund dürfe sich das Vermögen derselben nicht zu eigen machen. Wenn das Hochstift mit öftern Sedisvakanz heimgesucht werde, müßte aus solch unerhörten Theilungen ein Umsturz erfolgen. Interregnums-Protokoll 18. Mai 1770.

<sup>11</sup> Reichshofrathskonklusum vom 7. Aug. 1778. — Schlözer, Staatsanzeiger III., 10, S. 214 ff. — Einstw. Anmerkungen 1778, S. 1, Beil. B.

<sup>12</sup> Fürstb. a. d. Kaiser. 28. Aug. 1781. G 894.

<sup>13</sup> Briefwechsel Beroldingens mit Syndikus Geh.-Rat Baur. Wien. 8., 14., 16. Juli, 12. Aug., 8. Nov. 1780. G 883.

<sup>14</sup> Reichshofrat-Konklusum. 7. Aug. 1778 u. 7. April 1788. G 882. (Einstw. Anmerkungen S. 5, Beil. C). Das Schreiben Beroldingens mit seinen respektswidrigen Ausdrücken ist vom 12. September 1773. Im ersten Deprekationschreiben



vom 26. Nov. 1781 („bloß aus allergehorfamster verehrung der allerhöchsten k. k. verordnung“) sieht Stirum noch mehr Anzüglichkeit als bisher. An Kaiser. 18. Dez. 1781. Das zweite Deprekations schreiben ist vom 28. Februar 1782. § 892.

<sup>15</sup> Urban lobt seine geschickte Handlung. — „So viel weiß ich von den fürstl. exhibitis, daß solche die exorbitanteste und extravaganteste petita enthalten, welche dahin abspielen, daß der herr fürst allein nach gefallen die ganze regierungsform umschmelzen, alles nach seinem eigenen sinn einrichten und quasi sanctiones pragmaticas statuiren will, nach welchen es künftighin allzeit solle gehalten werden. Die worte erb- und grundherrschaft machen den stein des anstoßes aus.“ Urban an Baur. Wien, 17. Aug. 1780. § 910.

<sup>16</sup> § 882. Gedr. Einstw. Anmerkungen. 1778, Beil. A. — Neuß. Teutsche Staatskanzlei. II., 363 ff. — Schlözer, Staatsanzeiger. III., 10, S. 215 u. a., vgl. Politisches Journal 1781. St. XI., S. 389.

<sup>17</sup> Klageschriften Stirums an den Kaiser. 1778—1779. § 891.

<sup>18</sup> Memoriale an die Reichsversammlung. S. 5.

<sup>19</sup> An den Kaiser. 28. Aug. 1781. § 984.

<sup>20</sup> „daß es mithin um der kapiteln vorzüglichste befugniß, falls die kapitulare durch derlei despotische bedrohungen abgeschreckt sich nach seiner hochf. gnaden fingerzeig lediglich schweigen und biegen müssen, platterdings gethan sei.“ Domkap. a. d. Kaiser. 17. Aug. 1781. — § 910. — „wären die domherrn gezwungen gar nichts mehr als protocollum zu geben, sondern sich privatim zu berathschlagen und ihre vota in ihren eigenen souvenirs zu notiren, um im falle der noth solche hernehmen zu können.“ Urban an Geh. Rath Baur. Wien. 3. Okt. 1781. § 910.

<sup>21</sup> Abdruck der bei hochpreißlichem Reichs-Hofrath übergebenen . . . Partitional-Anzeige u. § 895. „So dachte sich“ — heißt es dort — „das domkapitel bei dem gebrauch dieses ausdrucks: erb- und grundherrschaft, dasselbe vertrete ienes subject, bei welchem die an die domkirche ursprünglich abgegebenen gerechtigkeiten, vorzüge und regalien ihren sitz haben, jedoch dergestalten, daß die thätigkeit oder ausübung davon dem bischof allein zusteht und solche das domcapitel nur nach dessen ableben oder bei einer andern langwüthigen hinderniß zu übernehmen hat, weilen sich nach der natur der sache nicht zwar wesentlich, jedoch gewöhnlicher maßen der gebrauch des rechts mit dem rechte selbst in eben jenem subject verbindet, wo das recht haftet und weilen nunmehr die grundgesetze des reiches in ansehung der deutschen hochstifter und ihrer regierung eben diese wahrheit bei erledigten oder gehinderten bischöflichen stul zur unverbrüchlichen regel für die domcapiteln gemacht haben, während der lebenszeit des bischofs kein condominat oder etwa von der thätigen landeshoheit, sondern nur die substanz der zur regierung von land und leuten gehörigen befugnisse. Diese befugnisse selbst oder aber nur als moralische möglichkeiten betrachtet und in den gedanken von aller thätigkeit entblößt, ruhen bei dem domcapitel und dem bischof zusammen, als e i n e m subject, dabei verbleibt aber diesem letztern sein besonderes und ausschließliches recht, all diese befugnisse nach dem zweck der stiftung, nach den gesetzen des reiches und nach der besondern verfassung des landes auszuüben.“ Vgl. auch Schlözer, Staatsanzeiger III., 226 ff. Neuß, Teutsche Staatskanzlei II., 374, §. 4. — Beroldingen z. B. beruft sich auf Lüttich,



wo man die Domherrn „tré fonciers id est seigneurs du fond de terre nennt, welches man deutsch grundherr übersetzen könnte.“ An Baur. Wien. 8. Nov. 1780. § 895.

<sup>22</sup> Berufung auf eine Urkunde Konrads II., wonach es dem Domkapitel gestattet wird, nach dem Tode des Bischofs sich den dritten Teil des Mobilarvermögens anzueignen, zu einer Zeit, da die Trennung der Güter noch nicht erfolgt war. § 883.

<sup>23</sup> Schlözer, Staatsanzeiger III., 10. S. 226.

<sup>24</sup> Ebendaß.

<sup>25</sup> Bericht in der Kapitelsitzung v. 7. Aug. 1784. § 883.

<sup>26</sup> „Es ist gewiß, daß die praktische philosophie, so wie sie mehr vervollkommet und zu Bruchsal, ebenso wie auf den meisten oesterreichischen universitaeten gelehrt ward, auf einmal wenigstens mündlich verboten worden ist, weil sie nach der denkweise der jesuiten, welche in Bruchsal die geistlichen geschäfte vorzüglich zu besorgen haben, die mutter der fehre sei soll“. Abdruck der Paritionalanzeige. § 895. —

<sup>27</sup> In seinem Schreiben an den Kaiser vom 17. Mai 1783 sagt Stirum über den unbekannten Verfasser des Abdrucks: „dessen ausfälle sind von jener rabulistischen art, die sich beleibiget zu sein glauben und daher ihre lieblingsätze, die öfters auf philosophischen unsinn gebaut sind, in leeren und ungereimten raisonnements sich begränzen, auf die tollkühnste art nach sich selbst formirenden begriffen zu demonstrieren suchen, wodurch die schwäche ihrer idealischen stimmungen je mehr verrathen, als ihnen nicht nur die zur staatswissenschaft nöthige geschichte abgeht und die erforderliche beurtheilungskraft mangelt“.

<sup>28</sup> An das Domkapitel. 26. Sept. 1781. § 882.

<sup>29</sup> Vom 30. April 1784. Darnach ward das Kapitel nur zur Vorlage der Sedisvakanz- und Statthalterprotokolle nicht aber der Domkapitelsprotokolle verpflichtet. Kammer- und Landschaftsrechnungen, jedoch nur mit jenen Belegen, deren Einsicht dem Kapitel zur Erläuterung nötig ist, müssen an dasselbe abgegeben werden. Der Beisitz eines fürstl. Deputierten bei Abhör der domkap. Rechnungen wird gestattet. — § 896. Reuß, Deutsche Staatskanzlei VI., 220 ff. Schlözer, Staatsanzeiger VI., 228 ff. Einstweilige Anmerkungen S. 65, Beil. 3. Reuß XI., 130 ff. woselbst auch eine Verteidigung des Fürstbischofs wegen des Spoliums.

<sup>30</sup> Fürstbischof an den Kaiser. 6. Mai 1778. § 882.

<sup>31</sup> Sollte jährlich von den Präbenden der dritte Teil abgezogen werden bis zur Tilgung der ganzen Schuld an die Kammerkasse. Reichshofratskonfl. 29. Aug. 1786. § 885.

<sup>32</sup> Reichshofratskonklusum 28. Aug. 1786. Reuß, Deutsche Staatskanzlei XVI S. 45. Will an Syndikus Baur. Mainz. 8. Nov. 1785. § 884.

<sup>33</sup> Domprobst v. Wessenberg an Baur. Zweibrücken 2. u. 4. Sept. 1785. § 884. Demnach scheint auch hier wieder der Zweibrücker Hof in Paris vermittelt zu haben.

<sup>34</sup> Korrespondenz mit den Domkapiteln Febr. 1786 bis April. 1787. § 885.

<sup>35</sup> Will an Domkapitel Mainz. 17. Nov. 1785. § 884.

<sup>36</sup> Will an Baur, Mainz. 8. Nov. 1785. § 884.

<sup>37</sup> Bericht in der Kapitelsitzung. 5. Okt. 1788. Fürstbischof an Kurf. v. Mainz. 24. Febr. 1787. König v. Preußen an Fürstbischof. 15. März 1787. G 885. Bevollmächtigte Räte, Gesandte und Botschafter am Reichstag. 21. Mai 1787. G 886.

<sup>38</sup> Siehe Anmerkung 6 nr. 3 u. 4.

<sup>39</sup> Fürstb. an Kurf. v. Mainz. 24. Febr. 1787. G 885.

<sup>40</sup> Er ist datiert Christmonat 1786.

<sup>41</sup> Graf v. Mirbach, Domscholaster und Freiherr v. Putten, Dombechant, hatten an dem Refus nicht teilgenommen. Letzterer besonders wollte am Vorgehen der Domherren keinen Teil haben und behielt sich Separatvotum vor. Ausz. a. d. Kapitelsprotokoll. 8. Nov. 1785. G 884.

<sup>42</sup> Original mit Siegel. G 886.

<sup>43</sup> Noch 1791 gibt der Mainzer Konferenzminister v. Albini zu verstehen, daß vom Mainzer Hof „bei dormalen ganz geänderten verhältnissen vis à vis des herrn fürsten v. Speier, kein schritt der ersterem mißfallen dürfte, unterstützung finden werde.“ — Schreiben Wessenbergs. 19. Febr. 1791. G 887.

### III.

<sup>1</sup> An das Domkapitel. 15. Mai 1770. G 878.

<sup>2</sup> Polizeiprotokoll. 1245. S. 1.

<sup>3</sup> Karl Friedrich v. Baden an Komitialgesandten Görz. Haus- u. Staatsarchiv, in Karlsruhe, Speier. Landeserwerb fasz. 1.

<sup>4</sup> Visitationsakte G 779—784, geben für den Lokalforscher manch lehrreichen Einblick, den ich in einer Skizze nicht bieten kann.

<sup>5</sup> G 1067. (Statistik.) u. 1672.

<sup>6</sup> G 20.

<sup>7</sup> Horig erhielt nacheinander 1100, dreimal 500, einmal 480, 145 u. 102 Gulden, Hofrat Kuland 153 u. 180, Müller 275 Gulden.

<sup>8</sup> Bericht Guynards. 17. Nov. 1802. Geh. Haus- u. Staatsarchiv. Speier. Landeserwerb fasz. 2 (Nach gütigt von Herrn Dr. Andreas in Marburg mir zur Verfügung gestellten Exzerpten.)

<sup>9</sup> wie oben.

<sup>10</sup> 14. Sept. 1770. G 414.

<sup>11</sup> 14. Jan. 1771. G 414.

<sup>12</sup> Karl Friedrich an Komitialgesandten Görz. 26. Aug. 1802. Haus- und Staatsarchiv, in Karlsruhe Landeserwerb Speier fasz. 1.

<sup>13</sup> Status radicalis über den vorrat, welcher bei antritt Cels. regierung 29. mai 1770 und jenen, so unterm 29. mai 1777 ff. bis 1793 u. 1795 sich vorgefunden. G 1206.

<sup>14</sup> G 882.

<sup>15</sup> Genauer Bericht an den Kaiser. 24. Nov. 1781. G 894. Lehrreiche Auskunft über Aktiva und Passiva der Gemeinden geben die Tabellen G 1067.

<sup>16</sup> Bericht an den Kaiser. 24. Nov. 1781. G 894.

<sup>17</sup> Wünscht die Rechnungen von 1729 an durchzusehen. G 831.



- <sup>18</sup> Auszug aus den Kabinettsprotokollen. 25. Juni 1785. G 781.
- <sup>19</sup> Deidesheim a. d. Fürstbisch. 30. Juli 1785. G 781.
- <sup>20</sup> Hanhofen a. d. Oberamt. 11. Juli 1785. G 781.
- <sup>21</sup> Waldsee a. d. Amt. Juli 1785. G 781.
- <sup>22</sup> 6. Nov. 1784. G 780.
- <sup>23</sup> u. <sup>23a</sup>. Protokoll der Kommission. 29. Nov. 1784. G 780.
- <sup>24</sup> u. <sup>24a</sup>. Verordnung. 26. Juli 1781. G 781.
- <sup>25</sup> 28. Sept. 1774. Samml. Speier. Gesetze IV., 212.
- <sup>26</sup> Schölzer, Staatsanzeiger XIV., 242.
- <sup>27</sup> Aus Peter u. Joseph Franks Denkwürdigkeiten. Mitgeteilt v. Guhrauer. (Deutsches Museum 1852, I., S. 15 ff. Denkwürdigkeiten des Grafen Hans v. Schlip. S. 33.)
- <sup>28</sup> Die ganze folgende Darstellung beruht auf den Hofmarschallsakten G 80, 87 u. 818.
- <sup>29</sup> Ordnung vor die Ober- und Aemter des fürstl. Hochstifts Speyer im Betreff der Polizei-Pflege, sowohl als der Justiz-Pflege von dem zweiten des Jahres 1772. Bruchsal. — Auch enthalten in Samml. Speier. Gesetze, IV., 46 ff.
- <sup>30</sup> Mohl, Polizeiwissenschaft. 3. Aufl. S. 76 ff.
- <sup>31</sup> Samml. Speier. IV. 11 ff.
- <sup>32</sup> Mößigs Lehrbuch der Polizeiwissenschaft. 1786.
- <sup>33</sup> Reskript an die Polizeikommission. 2. Nov. 1779. Polizeikomm.-Protokoll 12, 530.
- <sup>33a</sup> Die Quelle für die folgende Darstellung bilden die Polizeikommissions-Protokolle 1779—1789 sowie die Handschriften 1502—1505.
- <sup>34</sup> Samml. Speier. Ges. IV., 199.
- <sup>35</sup> „Höchstl. Hofgericht begnüge sich doch einmal mit Celsissimiweisungen und verlange nicht allezeit das letzte Wort.“ Kam. Protok.-Extr. 6. Dez. 1788. G 3074.
- <sup>36</sup> Briefe eines reisenden Franzosen in Deutschland. I., 20.
- <sup>36a</sup> G 1997. Erlaß 16. März 171.
- <sup>37</sup> Auf das Gesuch, einen Arrestanten wegen starker Kälte in die warme Ratshammer einsperren zu dürfen, schreibt er: „Wozu können doch derlei kleine erbarmnissen helfen, als die Leute in iezigen leider aufgeklärten Zeiten noch unruhiger zu machen.“ Polizeiprotokoll 12 530, 852.
- <sup>38</sup> J. J. Moser. Von der Landeshoheit in Polizeisachen. S. 4.
- <sup>39</sup> So besonders G 62, auch 97, 233, 354, 367.
- <sup>40</sup> Status über das personal sämtlich hochfürstlich speyerischer Dienerschaft u. derselben bestehende salaria. G 404. Diese Gehalte betrugen, den Anschlag der Naturalien eingeschlossen im Jahre 1786 für das Konsistorium 6762, die Regierung (Hofrat) 19 817, Rentkammer 13 001, Hofämter 75 788 fl. 55 kr. Oberämter und Ämter 30 896 fl. 57 kr. Gnabengehalte 5706 fl. 2 kr. Gesandte 15 861 fl. 14<sup>1</sup>/<sub>2</sub> kr. zusammen 167 833 Gulden, 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Kreuzer. Davon wurden bestritten ex aerario cam. 151 007 fl. 36<sup>5</sup>/<sub>8</sub> kr., ex provinciali 3521, ex piis corp. 2130, von Hochstiftsgemeinden 4354 fl. 34<sup>2</sup>/<sub>3</sub> kr., aus Saline-Einkünften 5562 fl., 12 kr., zusammen 167 833<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Gulden.

<sup>41</sup> G 2038. Ordnung der Wittwen-Casse vor die weltliche Dienerschaft des fürstlichen Hochstifts Speier von dem Jahre 1771. Druck in 10 Blättern. (16. Mai 1771.)—Von 1766—1773 vermehrte sich das Kapital von 2102 fl. 8 kr. 2 Sch auf 29 982, 3, 2, von 1773—1798 auf 138 397, 24, 3, von 1797—1801 auf 155 480 fl. 40 kr. Dabei ist nicht eingerechnet das Kapital, das aus der Stirum'schen Verlassenschaft seit 1797 zugewiesen worden ist, von dem aber nur die Zinsen an die Wittwenkasse fielen, so war der Stand der Kasse vor dem Übergang des rechtsrhein. Fürstentums an Baden 215 480 fl. 40 kr. gegenüber dem Stand unter Cardinal Hutten im Jahre 1766 mit 2102 fl., 8 kr. 2 Sch, also eine Vermehrung in 35 Jahren um 213 378 fl. 31 kr. 2 Sch. S. die Wittwenkassenakten G 1301, 1304. 2026, 2037, 2038.

<sup>42</sup> Vergl. auch Journal von u. für Deutschland 1785. I. S. 266.

<sup>42a</sup> Reskr. a. d. Kammer. 9. Okt. 1770. Kammerräte an den Fürstb. 20. Juli 1776 Gutachten Baaders. 1. u. 6. März 1777. G 1177.

<sup>43</sup> Aus Excerpten, von Prof. Köfiger mir gütigst zur Verfügung gestellt. Vgl. Anm. III, 30.

<sup>44</sup> Gesetzsammlung IV., 147. Schlözer, Briefwechsel X., 114 ff. 287 ff.

<sup>45</sup> Bruchsaler Beschwerden beim Kaiser. Handschrift 629.

<sup>46</sup> J. J. Moser, Landeshoheit in Anschauung der Untertanen Personen u. Vermögen. S. 225. Sartori, Geistliches und Weltliches Staatsrecht II., 2, S. 450.

<sup>47</sup> Auszug aus dem Kabinettsprotokoll. 28. Febr. 1784. G 3073.

<sup>48</sup> „Canonicus Nedermann scheint man gelegenheit geben zu wollen, sein vermögen nach und nach durchzubringen, damit die herrschaft das leere nachsehen habe.“ Weiß auch, daß die Witwe Traitteur ihre Güter „versilbert und kapitalien kündigt“. Ausz. a. d. Kabinettsprotokoll. 28. Febr. 1784. G 3073.

<sup>49</sup> Sammlung Speier. Ges. IV., 194, 195, 202. G 3074. 6. Dez. 1773.

<sup>50</sup> Ausz. a. d. Kabinettsprotokoll. 17. Febr. 1787. G 3074 und Samml. Speier. Ges. IV., 193.

<sup>51</sup> Ausz. a. d. Kabinettsprotokoll. 1. März 1780.

<sup>52</sup> Samml. Speier. Ges. IV., 394.

<sup>53</sup> Bruchsaler Beschwerden. Handschrift 629.

<sup>54</sup> Ausz. a. d. Kabinettsprotokoll. 5. Febr. 1780. G 3072.

<sup>55</sup> G 3076. 18. Febr. 1795.

<sup>56</sup> Kabinettsrescript. G 3076.

<sup>57</sup> Speier. Anmerkungen (1760). S. 62. Akten über die Saline 1791—92. G 489. Am 29. März 1747 wurde die Hauptquelle entdeckt, sie gab in 24 Stunden 888 Fuder 3grädiges Salzwasser, wozu nur ein einziges Grabierwerk nötig gewesen wäre. Die Vorsteher des Salzwerkes, nicht zufrieden damit, gruben zu tief, hierdurch verlor sich teils die Hauptquelle, teils bekamen dadurch die Nebenquellen süßes Wasser. In den ersten 8 Jahren trug das Salzwerk gar nichts, von 1758—1771 durchschnittlich im Jahre 1798 fl. 53 kr. Dabei war der ganze Zehnte von den Äckern auf denen die Saline stand, verloren gegangen und die herrschaftlichen Waldungen litten Schaden, da jährlich 771 Klafter Brennholz und zwischen 70—80 000



Wellen verbraucht wurden. Erwächst im Ganzen ein Schaden von wenigstens 31 755 fl. 32 kr. Bericht des Fürstb. a. d. Domkapitel. 27. Okt. 1773. —

<sup>58</sup> Samml. speier. Ges. IV., 138.

<sup>59</sup> Speier. Anmerkungen (1760). S. 64.

<sup>60</sup> Samml. speier. Ges. IV 193.

<sup>61</sup> „offenkundig, daß: 1. Gelsiffimus denen hiesigen weinleitern 1 gulden bezalen läßt, so oft auf ihr anbringen und zuführen eines käufers ein weinverkauf in dem fürstlichen keller geschieht.

2. daß er denen weinkäufern bei hofe essen und trinken voll aufgeben oder doch rothen wein in bouteillen auf den weg reichen läßt, so oft sie dort kauften oder wein abführen.

3. Daß er diesen käufern zoll- und freiheitspatente durch das ganze hochstift ertheilt.

4. Daß er ihnen auf 1 jahr lang den wein mit dem beding borgt, daß sie bei der bezahlung wider mit weinwägen versehen vor dem keller erscheinen sollen.

6. Daß er seinen wein immer um 5 fl. wohlfeiler gibt, als der gewöhnliche preis in Bruchsal ist, daß er nicht zufrieden, soviel wein in traden zu haben, noch wohlfeiler abgedrungenen wein er überall aufkauft, um alle weinbesitzer so viel ihm möglich zu ruiniren.“ Verordnungen an Geh.-Rat Baur. 3. Dez. 1786. G 885.

<sup>62</sup> Kempf, Bruchsaler Streitigkeiten zwischen Stadt und Bischof. S. 98. Auch Auszug a. d. Rabinetsprot. 24. Febr. 1777. Handschr. 629.

<sup>63</sup> Auszug a. d. Rabinetsprot. 13. März 1784. G 3073.

<sup>64</sup> Ausführliche Darstellung usw. S. 104 ff.

<sup>65</sup> So besonders der Fall Schanzenbach u. a. m. Schlözer, Staatsanz. VI., 203 ff. XI., 258 ff., XII., 117 ff., Reuß, Deutsche Staatskanzlei, XXVIII. 89. Fabri, Deutsche Staatskanzlei, XIV., 236 ff. XX., 431 ff.

<sup>66</sup> G 20. (Privatrechnungen I.)

<sup>66a</sup> Schlözer, Staatsanz. XIV., 241 ff.

<sup>67</sup> Verzeichniß aller Stiftungen in: Hirtenbriefe S. 507 ff. G 664 u. 2155. Kopbch. 664. Vgl. auch Journal von u. für Deutschland. 1788, I. 164.

<sup>68</sup> G 664. Jan. 1781.

<sup>69</sup> Auspendungs-Rassenordnung 1771. G 1565.

<sup>70</sup> Bürgerm. u. Rat v. Speier a. d. Fürstb. 10. Nov. 1787. G 2167. Die Hälfte der Zinsen kam an 10 lutherische u. 5 reform. Arme.

<sup>71</sup> Schlözer, Staatsanz. XIV., 245.

<sup>72</sup> Biographie des D. Johann Peter Frank (Selbstbiographie). 1802. Aus den ungedruckten Denkwürdigkeiten der Ärzte Peter und Joseph Frank, mitget. v. Guhrauer (Deutsches Museum 1852, I., S. 15 ff.) Haeser, Gesch. d. Medizin 3. Bearb. II., 620 ff. Rohlfß, Gesch. d. deutschen Medizin II., 127 ff. Seiler, Johann Peter Frank. 1895. Doll, Johann Peter Frank, 1909. Akten G. 804, u. 828 Hirtenbriefe S. 367. Samml. speier. Gesetze IV., 217.

<sup>72a</sup> Allgemeine Ordnung f. d. niedern deutschen Schulen im Hochstift Speier. Bruchsal 1785. Hirtenbriefe S. 459 ff. Geschichte des Volksschulwesens im Großh. Baden. S. 105 ff.

- <sup>73</sup> Bericht der Kommission. G 684.
- <sup>74</sup> Verhandlungen d. Kommission. 28. Juni 1781, bezgl. 13. Dez. 1784. G 780.
- <sup>75</sup> Gesch. d. Volksschulwesens i. Baden. S. 179.
- <sup>76</sup> G 62. (Dikasterialverordnungen.)
- <sup>77</sup> Über diese Mainzer Verhältnisse vgl. Schlözer, Staatsanzeiger III., 23 ff., 415 ff. Der deutsche Zuschauer I. (1785) S. 9 ff., II. (1785), S. 141 ff. Bodenheimer, Die Restauration der Mainzer Hochschule im Jahre 1784. Mainz 1884. — Für die Schulen: Messer, Joh. Jos. Friedrich Steigentesch Abhandlung von Verbesserung des Unterrichts der Jugend in den kurf. Mainzischen Staaten 1771. 1. — Derselbe, Die Reform des Schulwesens im Kurfürstentum Mainz unter Emmerich Joseph (1763—1770. — Über die Aufklärung in den Mainzer Klöstern: Der deutsche Zuschauer I., 91 ff. Dohm, Materialien f. d. Statistik u. neuere Staatsgeschichte, II., 181 ff.
- <sup>78</sup> Buff, Eine Klosterrevolte im Jahre 1777. (Sammler 1881 u. 20.) — Derselbe, Klosterleben zur Zeit der Aufklärung (Grenzboten, XXVI., II. Bd. 1, S. 411 ff. u. 450 ff.
- <sup>79</sup> Protokolle d. Polizeikommission 12 538, S. 656.
- <sup>80</sup> Dsgl. 12, 538, S. 653.
- <sup>81</sup> Remling II., S. 757 ff. Schlözer, Staatsanzeiger III., 226 ff. Briefwechsel VI., 346, VIII., 246. IX., 55 ff. u. 204 ff. R. F. Seubert, Altenmäßiger Begriff von der Verfeßerungsgeschichte Wiehrls u. Ph. Anton Schmidt, Erläuterungen.
- <sup>82</sup> Remling II., 760 ff. Kopbch. 445 fol. 580 ff. Über Hoffmann, vgl. auch die inzwischen erschienene tüchtige Arbeit von W. Windelband: Staat und katholische Kirche in der Markgrafschaft Baden zur Zeit Karl Friedrichs. S. 32 ff.
- <sup>83</sup> Remling II., 762 ff. Kopbch. 445, fol. 1 ff.
- <sup>84</sup> Brunner, Humor in der Diplomatie II., 412, Verdammungsurteil Kopbch. 445, fol. 510 ff.
- <sup>85</sup> Kopbch. 445, fol. 420 ff.
- <sup>86</sup> G 229. 19. Okt. 1780. „in rücksicht auf die dahin gehörigen besonders pfälzische und baadensche unterthanen gleichsam ihren mittelpunkt u. gewöhnliche residenz unseres gn. herrn.“ Kopbch. 664 fol. 7.
- <sup>87</sup> Jsenbiehl, Neuer Versuch über die Weissagung des Emmanuel. Schlözer, Briefwechsel VI, 346. VIII., 222 ff., Remling II., 752 ff.
- <sup>88</sup> A. Becker, Schiller in der Pfalz. S. 25 ff.
- <sup>89</sup> G 895. (Abdruck der bei kais. Hofrat übergebenen Partitionalanzeige 1782). Schlözer, Staatsanzeiger III., 229.
- <sup>90</sup> Kardinal v. Rodt an Stirum. 19. Juli 1771. G 1566.
- <sup>91</sup> Stirum an Kardinal v. Rodt. 29. Juli 1771. G 1566.
- <sup>92</sup> Antwortschreiben Sr. hochf. Gn. zu Speier an Sr. kurf. Gn. zu Mainz, im Betreff der Emser Punkten. Bruchsal 1787. — Die nach den Grundsätzen des Emser Kongresses vertheidigten Gerechtsame der Bischöfe gegen die Erzbischöfe. Verfaßt von einem öffentlichen Lehrer der Kirchengeschichte. Paderborn 1789. Ungrund der Prüfung des fürstl. speierischen Antwortschreibens in Betreff der



Emser Punkten in der sogenannten Gründlichen Entwicklung der Dispens- und Nuntiaturstreitigkeiten. 1788. Götting. Histor. Magazin I., 525, 584. Sartori I. 1. S. 238.

<sup>93</sup> Politische Korrespondenz Karl Friedrichs v. Baden. Hsg. v. Erdmannsdörffer, I., S. 215 ff.

<sup>94</sup> Ohnmaßgeblicher Plan zu Führung eines die Rettung der Gerechtsamen und das Eigentum Teutscher Klerisei zur Absicht habenden Geschäftes. Exped. Spirae 30. Jan. 1784. G 1296. „Es handelt sich hier wohl um gefürchtete secularisationen, wie sie in Oesterreich geschehen.“

<sup>95</sup> Sammlung der bischöflich speierischen Hirtenbriefe und Diözesanverordnungen.

<sup>96</sup> Rechtliches Bedenken usw. Anhang. Handschrift 629.

<sup>97</sup> „Gleichwie nun bekannt und von selbst schon einleuchtet, daß eben besagter fürstenbund mit der ursprünglichen reichs konstitution nicht wohlbestehen und von jedem wahrhaft patriotisch gesinnten deutschen fürsten anderst nicht betrachtet werden kann, als für ein stein des anstoßes, woran unsere vaterländische verfassung nothwendig scheitern muß, wenn nicht mit vereintem ernst darauf festgehalten wird, daß das reich einen andern bund weder eingehen noch anerkennen kann, als jenen, welcher in der grundverfassung selbst liegt und vermög dessen das gesammte reich als ein unter dem schuß seines allerhöchsten kaiserhauses unzertrennbar bestehendes ganze bestehen und sich in allen seinen theilen und rechten wechselseitig unterstützen muß.“ Stürum an den Reichstagsgesandten Rarg. 13. Mai 1795. G 2393.

<sup>98</sup> Vikariatsbericht von Pfarrer Schäfer: 9. März 1776. — Auch sonst für die kirchlichen Verhältnisse Philippsburgs wertvoller Bericht.

<sup>99</sup> 24. Aug. 1784. Schlözer, Staatsanzeiger VI., 522.

<sup>100</sup> Über den Dombau vgl. Henlin II., 724 ff.

<sup>101</sup> Peter u. Jos. Frank, Denkwürdigkeiten (Deutsches Museum 1852 I., 15 ff.).

<sup>102</sup> Frank, Selbstbiographie, 1802. S. 96.

<sup>103</sup> Schlözer, Staatsanzeiger XIV., 241 ff.

<sup>104</sup> Sartori, Gefrönte Preisschrift S. 34.

<sup>105</sup> Mitgeteilt v. W. Andreas i. d. Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins N. F. 24, 519 ff.

<sup>106</sup> G 1156. (Akten über d. Erkrankung.)

#### IV.

<sup>1</sup> Memoriale S. 6. Fürstbischof an den Kaiser. 18. Aug. 1781. G 894.

<sup>2</sup> Rechtliche Bedenken über die Frage: kann ein Landesherr nach den Reichsgesetzen eine billige Abgabe auf den Handel schlagen? Handschrift 629.

<sup>3</sup> An alle Seelsorger. 28. Nov. 1777. Sammlung d. bisch. speierischen Hirtenbriefe u. Diözesanverordnungen. S. 324 ff.

<sup>4</sup> Handschrift 1503. (1780.)

<sup>5</sup> Probe eines Deutschen politischen Volks-Katechismus. Patriotisches Archiv für Deutschland, I., 308 ff. Vgl. auch Schlözer, Staatsanzeiger, IX., 501 ff. Journal von und für Deutschland. 1785, I., 47.

<sup>6</sup> Wendt, Deutschland vor hundert Jahren, I., 59 ff.

<sup>7</sup> Moser, Patriot. Archiv, I., 311.

<sup>8</sup> Patriot. Archiv I., 320.

<sup>9</sup> Remling, Gesch. d. Bischöfe v. Speyer, I., 723.

<sup>10</sup> Rechtliche Bedenken usw. S. 5.

<sup>11</sup> 21. März 1774. G 1064.

<sup>12</sup> Anmerkungen (1764), S. 136.

<sup>12a</sup> Kempf, Bruchsaler Streitigkeiten zwischen Stadt und Bischof unter der Regierung des Fürstbischöfes Karl Philipp August, Grafen von Limburg-Stirum in den Jahren 1773—1797. Bruchsal 1907.

<sup>13</sup> Obristleutnant v. Skal an den Fürstbischof 1795. G 3072.

<sup>14</sup> Ausz. a. d. Kabinetprot. 12. Okt. 1781.

<sup>15</sup> Reinhard, August Graf von Stirum, Bischof von Speier und die Zentralbehörden im Bistum Speier. (Freiburger Dissertation). S. 23.

<sup>16</sup> Geh. Haus- u. Staatsarchiv Karlsruhe Staatsertwerb. Speier 3. Bericht des Geh. Referendar's Herzog (Exzerpte von Dr. Andreas in Marburg, mir gütigst zur Verfügung gestellt). — Fürstb. an Domkapitel, Mai 1793. G 1433.

<sup>17</sup> Fürstb. a. d. Kaiser. 24. Nov. 1781. G 494.

<sup>18</sup> Replik in Sachen Beroldingens contra Bischof. Wehlar. 2. März 1792. G 2193.

<sup>19</sup> An die Kammer. 9. Okt. 1770. G 1199.

<sup>20</sup> G 367.

<sup>20a</sup> Dienerordnung. 12. Febr. 1781. G 882. Vgl. Anm. 24.

<sup>20b</sup> An Görz. Handschrift (in Karlsruhe) 17. Mai 1791.

<sup>21</sup> Denkwürdigkeiten des Grafen Hans v. Schlig, S. 32. Behse, Gesch. d. deutschen Höfe, VI. 13, S. 243.

<sup>22</sup> E. F. v. Moser, Herr und Diener. S. 28.

<sup>23</sup> Kurz vor der franz. Revolution verlangten die Bruchsaler die Abschaffung dieser Formel. — Klagen der Landschaft an den Fürstbischof. Handschrift 629.

<sup>24</sup> Samml. speier. Gesetze, IV., 289. Patriot. Archiv VIII., 387 ff.

<sup>25</sup> Ausz. a. d. Kabinetprot. 13. Dez. 1777. G 3071, 31. Jan. 1781. G 3072.

<sup>26</sup> Dgl. 24. April 1784. G 3073.

<sup>27</sup> Erl. v. 30. März 1781. G 3072. „Wann vielleicht der herr dem diener, woher er etwas weiß, redt und antwort geben sollte, so würde der freche diener überzeuget werden können, daß seine vorurtheile und soupçons einem hirco cervo gleichen.“ Handschrift 1513, fol. 146.

<sup>28</sup> G 97 u. Hofmarschallsakten. G 818.

<sup>29</sup> Handschrift 1508. S. 451.

<sup>30</sup> Von Prof. Rösiger gütigst mitgeteilte Exzerpte.

<sup>31</sup> Urban an Geh.-Rat Baur. 2. Okt. 1781. G. 950.



<sup>32</sup> Schreiben Stadions Trier. 10. April 1763. G 1499.

<sup>33</sup> Remling II, 752.

<sup>34</sup> Rösiger'sche Exzerpte.

<sup>35</sup> Akten Rammerrat Baader betr. G. 1199. „ohnschidliche ausdrud über das edelste geschöpf Gottes, nehmlich die seel: kann der mensch solche verunreinigen, so ist wohl der größte koth: hoffart, eigenlieb, verachtung und geringschätzung des nächsten, auch aus niederträchtiger einbildungskraft entspringender hochmuth nach dem ohntrieglichen zeugnuß Gottes.“ Stirum an Baader. 5. März 1777.

<sup>36</sup> Äußerung des Domkapitels. 12. Dez. 1786. G 884.

<sup>37</sup> Einstweil. Anmerkungen usw. 1786.

<sup>38</sup> Beroldingen an Geh. Rat Baur. 14. Juli 1784. G 883.

<sup>39</sup> G 252. An Fürstbischof. 16. Aug. 1793.

<sup>40</sup> Akten über Beroldingen. G 893, 910 u. 2193.

<sup>41</sup> Edelsheim an Karl Friedrich v. Baden. 18. Aug. 1776. Vgl. Politische Korrespondenz Karl Friedrichs I. S. 187.

<sup>42</sup> Beroldingen a. d. Fürstb. 2. März 1792. G 2193.

<sup>43</sup> Selbstbiographie Frank, 1802, u. Denkwürdigkeiten von Peter und Joseph Frank. (Deutsches Museum. 1859. S. 13 ff.)

<sup>44</sup> Briefwechsel Stals (G 748), der von Herrn Hauptmann Reichert in München im „Pfälz. Museum“ ausführlich mitgeteilt werden soll.

<sup>45</sup> Chr. Schlözer, A. L. v. Schlözer. 2 Bde. Bermelo, Ludwig v. Schlözer, ein Publizist im alten Reich. 1875. — Wend, Deutschland vor hundert Jahren, I., 71.

<sup>46</sup> Politisches Journal 1782 S. 429. Chr. Schlözer, I., 19.

<sup>47</sup> Schlözer, Staatsanzeiger IX., 501 ff. X., 114 u. 286. XII., 118 Anm. Briefwechsel X., 114 ff. Erwiderung des Fürstbischofs in Heft 59.

<sup>48</sup> G 122. Kurze Bemerkungen, wie sich gegen den göttingischen Professor Schlözer zu benehmen sein müßte. Speier Reichstagsgesandte an Fürstbischof Regensburg. 24. Okt. 1784. Reuß, Staatskanzlei X., 190 ff.

<sup>49</sup> G 122. Memoriale des kurbrandenb. Gesandten Ompteda. 16. Nov. 1784.

In Verbindung damit mag es stehen, daß sich für das kommende Jahr 1785 Schlözer die Zusendung namenloser deutsche Länder und deutsche Personen betreffender Obdosa verboten hat. Reuß, Staatskanzlei, X., 184 anm.

<sup>50</sup> Landschaft an den Fürstbischof. „Wir sind zwar nur ein kleines volk, ob wir gleich in hinsicht auf die von gott und der natur uns verliehenen segensreichen lage, wo nicht ein großes, doch eines der beglücktesten und angesehensten im reiche sein könnten. Allein! Im grund waren es bis nun beide nicht, höchst Sie nicht, weil Sie bald nach dero regierungsantritt solche benehmungen eintreten ließen, die eine menge von fast täglichen beschwerdeschriften, von prozessen aller gattungen an den höchsten reichs- und andern gerichtsstellen, so mit ein aller verabscheuungswürdiges febergefecht zwischen herrn und landschaft, selbst zwischen regent und privatunterthanen nach sich ziehen mußten, die alle dazu geneigt waren, höchst Ihnen dero regierungstage zu vergällen. Wir waren es ebenso wenig, weil eine jede epoche für uns einen neuen zuwachs von beglemmungen und kummerniß hervorbrachte; kurz, wir waren seit einiger zeit im paradies, (denn das ist wirklich unser geliebtes

vaterland!) unglücklich. Wir waren und sind noch arm im lande des reichthums. wir waren und sind leider noch flaven in einem freien staate des heiligen röm, reichs." — Handschr. 629.

<sup>51</sup> Ludwig, Die deutschen Reichsstände in Elsaß und der Ausbruch der Revolutionskriege 1898.

<sup>52</sup> Aderweitige Anträge des Herrn Baron v. Groschlag an Fürstb. v. Speier, 1791 (Druck). G 2386 und Akten daselbst sowie G 1407, 2383 u. 2582. Politisches Journal, 1791, S. 298 ff. Politische Korrespondenz Karl Friedrichs v. Baden I. (an verschiedenen Stellen).

<sup>53</sup> Chuquet, L'expédition de Custine. S. 25.

<sup>54</sup> Stirum an Reichstagsgesandten Karg. 4. u. 20. Nov. 1792. G 2384.

<sup>55</sup> Briefwechsel mit Görz. 10. u. 24. Mai, 1. u. 13. Juni 1792. (Abschriften in Karlsruhe.)

<sup>56</sup> Akten über die Flucht. G 31. 561, 562 u. 1154.

<sup>57</sup> Bericht des geistl. Rats Heller über die Bestattung. G 31.

<sup>58</sup> Remling, II., 796 ff.



**Carl Winter's Universitätsbuchhandlung in Heidelberg.**

**Bruchsal.** Bilder aus einem geistlichen Staat im 18. Jahrhundert. Von Prof. Dr. J. Wille. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage. Mit Abbildungen. Gr. 8°. Geheftet 2 M.

**Das Bruchsaler Schloß** aus Anlaß der Renovation 1900–1909. Herausgegeben vom Großh. Badischen Ministerium der Finanzen, bearbeitet von Dr. phil. Fritz Hirsch, Großh. Oberbauinspektor in Bruchsal. Mit 5 Farbendruck, 65 Lichtdrucktafeln, 12 Photographien und einem Textheft im Format von 42:52. In Leinwandmappe 60 M.

**Das Bruchsaler Schloß im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Fritz Hirsch, Großh. Oberbauinspektor in Bruchsal. Gr. 8°. Mit 12 Abbildungen. 2 M. 80.

**Schloß und Garten in Schwetzingen.** Von Rudolf Sillib. 4°. 88 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und 2 Tafeln. Kartonierte 2 M.

**Konstanzer Häuserbuch.** Festschrift zur Jahrhundertfeier der Vereinigung der Stadt Konstanz mit dem Hause Baden. Herausgegeben von der Stadtgemeinde.

1. Bd.: **Bauweisen und Häuserbau** mit 182 Abbildungen und 1 Kupferstich, bearbeitet von Dr. phil. Fritz Hirsch, Großh. Oberbauinspektor in Bruchsal. Kartonierte mit Deckenzeichnung von J. Sattler. 20 M., in Leinwand gebunden 22 M.

2. Bd.: **Geschichtliche Ortsbeschreibung.** Erste Hälfte: Einleitung, Bischofsburg und Niederburg. Mit Titelbild und 1 Stadtplan, bearbeitet von Dr. Konrad Beyerle, Professor in Göttingen, und Dr. Anton Maurer am Stadtarchiv zu Konstanz. Buchschmuck von J. Sattler. Kartonierte 30 M., in Lwd. geb. 32 M.

**Großherzog Friedrich von Baden** als Landesherr und deutscher Fürst. Von Alfred Dove. Gr. 8°. VIII und 196 Seiten mit einem Bildnis des Großherzogs in Lichtdruck. Kartonierte 1 M. 20, in Leinwand gebunden 2 M. 20.

**Elisabeth, Königin von Böhmen, Kurfürstin von der Pfalz,** in ihren letzten Lebensjahren. Von Dr. Karl Hauck. 8°. VIII und 69 Seiten. Geheftet 2 M.

**Erinnerungen aus dem Hofleben.** Von Karoline von Freystedt. Mit 2 Bildern der Markgräfin Amalie von Baden. Herausgegeben von Karl Oberer. Geheftet 5 M., gebunden 6 M. Fürstenausgabe auf Büstenpapier in Ganzleder 12 M.

**Geschichte der Badischen Truppen 1809 im Feldzug der französischen Hauptarmee gegen Österreich.** Von Karl von Zech und Friedrich von Porbeck. Herausgegeben von Rudolf von Frendorf, Hauptmann und Compagnie-Chef im 1. Badischen Leib-Grenadier-Regt. Nr. 109. Mit 17 Gefechtskizzen, einer Übersichtskarte und 7 Porträts. Gr. 8°. Geheftet 10 M., in Halbfranz gebunden 12 M. 50.

**Der Feldzug der Großherzoglich badischen Truppen unter Oberst Freiherrn Karl von Stodhorn gegen die Vorarlberger und Tiroler 1809.** Nach archivalischen Quellen von Fr. von der Wengen, herausgegeben von Freiherrn O. von Stodhorn. Mit 2 Bildnissen und 1 Karte. Gr. 8°. Geheftet 8 M., in Halbfranz gebunden 10 M. 50.

**Geschichte des Verkehrs in Baden,** insbesondere der Nachrichten- und Personenbeförderung (Boten-, Post- und Telegraphenverkehr) von der Römerzeit bis 1872. Von R. Löffler, Postinspektor. Mit 5 Beilagen, 7 Karten und 4 Tafeln. Gr. 8°. XVIII und 588 Seiten. Geheftet 12 M., in Leinwand gebunden 14 M.

**Denkwürdigkeiten des Markgrafen Wilhelm von Baden.** Herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission. Bearbeitet von Karl Osler. Band I: 1792–1818. Mit 1 Porträt und 2 Karten. Gr. 8°. Geheftet 14 M., in Halbfranz gebunden 17 M.

Das Werk ist auf 3 Bände veranschlagt; der 2. Band befindet sich in Vorbereitung.

**Finanzpolitik und Staatshaushalt im Großherzogtum Baden in den Jahren 1850–1900.** Zugleich ein Beitrag zur deutschen Finanzpolitik. Von Finanzminister Dr. Adolf Buchenberger. Gr. 8°. VIII und 264 Seiten. In Leinwand gebunden 7 M.

**Aus vergangener Zeit.** Erinnerungsblätter von Max Föhrenbach, Großh. Badischer Geheimer Rat und Landeskommissär a. D., Freiburg i. B. 8°. Geheftet 4 M. Elegant in Leinen gebunden 5 M.

**Baugeschichte der Stadt Bruchsal vom 13.–17. Jahrhundert.** Von Dr. ing. R. Heiligenthal. Mit 1 Plan und 102 Abbildungen. Preis 16 M., für Abnehmer der Zeitschrift für Geschichte der Architektur 12 M. (Beiheft 2).

**Das sogenannte Skizzenbuch Balthasar Neumanns.** Ein Beitrag zur Charakteristik des Meisters und zur Philosophie der Baukunst von Dr. Fritz Hirsch. Mit 12 Tafeln. Preis 8 M., für Abnehmer der Zeitschrift für Geschichte der Architektur 6 M. (Beiheft 8).

**Topographisches Wörterbuch des Großherzogtums Baden.** Von Albert Krieger. Herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission. Zweite durchgesehene und stark vermehrte Auflage. 2 Bde. Lex. 8°. Geh. 46 M.

**Badische Biographien.** V. Teil. 1891–1901. Im Auftrage der Badischen Historischen Kommission herausgegeben von Fr. von Weech und A. Krieger. Lex. 8°. 2 Bände. 23 M. 40.

**Overbadisches Geschlechterbuch** von J. Kindler v. Knobloch und O. Freiherr v. Stözingen. Herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission. Mit eingedruckten Wappen. Band I. 43 M., Band II. 41 M. 50, Band III. Lieferung 1–5, 30 M.